



Auswärtiges Amt

Viertes Forum Globale Fragen



**Die UNO stärken – neue Impulse
nach dem Millenniums-Gipfel
Berlin, 24.– 25. Oktober 2000**

in Zusammenarbeit mit **ABB**

Viertes Forum Globale Fragen

**„Die UNO stärken – neue Impulse
nach dem Millenniums-Gipfel“**

24.–25. Oktober 2000, Auswärtiges Amt, Berlin

Bildnachweis:

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin

Laurence Chaperon, Pressebildagentur LASA

Herausgeber: Auswärtiges Amt,
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Werderscher Markt 1
10117 Berlin
Tel.: 0 18 88/17-0
Internet: <http://www.auswaertiges-amt.de>
E-Mail: poststelle@auswaertiges-amt.de

Druck: Gebr. Garloff GmbH
Gröperstraße 14
39124 Magdeburg

• Vorwort des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts, Wolfgang Ischinger	5
• Vorwort des Vorstandsvorsitzenden der ABB AG, Dr. Horst Dietz	6
• Was ist das „Forum Globale Fragen?“	7
• Kurzer Wegweiser in die Diskussion	8
• Eröffnung durch den Bundesminister des Auswärtigen, Joschka Fischer , mit anschließender Diskussion	11
• Rede von Louise Fréchette , Stellvertretende Generalsekretärin der Vereinten Nationen	21
Diskussion	25
• Panel 1: Der „Global Compact“: Neue Kooperationsformen zwischen den VN, NGOs und transnationalen Wirtschaftsunternehmen	35
John Ruggie , Assistant Secretary-General, Special Adviser, Office of the Secretary-General of the United Nations	35
Dr. Maritta von Bieberstein Koch-Weser , Generaldirektorin World Conservation Union (IUCN)	39
Malini Mehra , Director Centre for Social Markets	42
Gerd Poppe , Beauftragter für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, Auswärtiges Amt	44
Prof. Dr. Josef Wieland , Wissenschaftlicher Direktor, Institut des Deutschen Netzwerks Wirtschaftsethik	47
Diskussion	49
• Panel 2: Zukunftsperspektiven der VN nach dem Millenniums-Gipfel – VN als zentraler Pfeiler des „global governance“?	59
Prof. Dr. Sibusiso Bengu , Botschafter der Republik Südafrika in Deutschland	59
Dr. Eberhard Brecht , MdB, Vorsitzender des Bundestags-Unterausschusses für die Vereinten Nationen	63
Ingeborg Kaul , Direktorin für Entwicklungsstudien UNDP	65
Friederike Bauer , Frankfurter Allgemeine Zeitung	70
Diskussion	72
• Panel 3: Modelle der Nachhaltigkeit auf dem Weg zu „Rio plus 10“– Konkrete Beispiele aus der Praxis u.a. der VN	82
Dr. Angelika Zahrnt , Erste Vorsitzende, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)	82
Aira Kalela , stv. Exekutivsekretärin, VN-Sekretariat zur Bekämpfung der Wüstenbildung (UNCCD)	86

Udo Weis, ABB	88
Janos Pasztor , VN-Sekretariat der Klimarahmenkonvention (UNFCCC)	90
Diskussion	93
• Panel 4: Die VN und das Internet – Neue technologische Möglichkeiten und Risiken (am Beispiel ICANN)	102
Christopher Wilkinson , Generaldirektorat für die Informationsgesellschaft, Europäische Kommission	102
Dr. Jeanette Hofmann , Wissenschaftszentrum Berlin	104
Wau Holland , Chaos Computer Club	106
Winfried Schüller , Deutsche Telekom	109
Diskussion	111
• Schlußwort des Staatsministers Dr. Ludger Volmer	119
• Programm	123
• Teilnehmerliste	125
• Dokument: Millenniums-Erklärung des VN-Gipfels vom 6. bis 8. 9. 00 in New York	131
• Der Arbeitsstab Globale Fragen stellt sich vor	141
• Publikationen des Auswärtigen Amts	142

Redaktionelle Anmerkung:

Diskussionsbeiträge wurden weitgehend in ihrer Mündlichkeit belassen, Stellungnahmen der Moderatoren wurden nur zitiert, sofern sie inhaltliche Aussagen enthalten.

Die Redaktion wurde vom Arbeitsstab Globale Fragen im Auswärtigen Amt betreut. Der Beitrag der Kolleginnen Askim Selma Gencel, Andrea Heise und Christiane Kuhlemann sowie von Referendar Constantin Freiherr von Stechow ist besonders hervorzuheben.

Vorwort des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts, Wolfgang Ischinger

Keine andere Organisation ist wie die Vereinten Nationen in der Lage, die unterschiedlichen Staateninteressen, die Kontinente und Regionen zusammenzuführen und daraus eine gemeinsame globale Verantwortung zu formulieren. Mit diesem Hinweis eröffnete der Bundesminister des Auswärtigen, Joschka Fischer, am 24. Oktober 2000 – dem „Tag der Vereinten Nationen“ – das vierte „Forum Globale Fragen“ im Auswärtigen Amt. Die zweitägige Konferenz stand unter dem Thema: „Die UNO stärken – neue Impulse nach dem Millenniums-Gipfel“. Die Teilnahme der stellvertretenden UN-Generalsekretärin Louise Fréchette unterstrich die Bedeutung, die von UN-Seite dieser Zusammenkunft unmittelbar nach dem Gipfel in New York beigemessen wurde.

Wieder ging es – entsprechend dem Grundansatz des 1999 gegründeten Forums – darum, globale Problemstellungen mit einem breiten Spektrum von Teilnehmern aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft zu diskutieren.

Im Zentrum der Diskussion stand die Rolle der Vereinten Nationen im Rahmen eines internationalen Systems von „global governance“. Wie haben sich Herausforderungen der letzten Jahre in den Bereichen Krisen- und Konfliktbearbeitung, nachhaltige Entwicklung, Umweltschutz und Armutsbekämpfung auf das Gewicht der UNO ausgewirkt? – Welche Reformen sind überfällig? – Droht, wenn sie ausbleiben, eine Marginalisierung der UNO? Besonderes Interesse galt der 1999 in Davos vorgestellten Initiative des UN-Generalsekretärs zu einem „Global Compact“, mit dem Kooperationsstrukturen zwischen der UNO und transnationalen Wirtschaftsunternehmen angestrebt werden. Wirtschaftsunternehmen und Nichtregierungsorganisationen diskutierten das „Pro und Kontra“ dieses Ansatzes. Ein weiteres Panel beschäftigte sich mit Modellen der Nachhaltigkeit auf dem Weg zum Weltgipfel „Rio plus 10“. Den Abschluss bildete eine Diskussion zu einem aktuellen, politisch noch wenig aufgearbeiteten Thema: der Frage nach der politischen Gestaltung des Internets im Spannungsfeld zwischen privaten Akteuren und internationalen Organisationen.

Alle Reden und Diskussionen auf dem Forum können in dieser Broschüre nachgelesen werden. Wieder haben wir den mündlichen Charakter der Beiträge soweit wie möglich erhalten, um die Lebendigkeit des Gedankenaustauschs zu bewahren. Mein herzlichster Dank gilt der Firma ABB als Mitveranstalter für die hervorragende Zusammenarbeit bei der Durchführung unseres Forums; ABB hat zudem die Veröffentlichung dieser Broschüre gefördert.

Vorwort des Vorstandsvorsitzenden der ABB AG, Dr. Horst Dietz

Im Sommer 2000 kamen in Berlin 2 500 Athleten mit mehrfacher Behinderung zusammen, um sich im Rahmen der National Games von Special Olympics im sportlichen Wettkampf zu messen. Als freiwillige Helfer waren über 300 ABB Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dabei, die die Athleten unterstützten. Sie alle werden die Spiele mit ihren vielen bewegenden Momenten in besonderer Erinnerung behalten. Als Top-Sponsor der Special Olympics Deutschland ermöglichte ABB seinen Mitarbeitern dieses Engagement, was auch im Rahmen des hundertjährigen Jubiläums zu sehen war.

Als am 15. Juni 1900 Charles E. L. Brown, sein jüngerer Bruder Sidney Brown und Walter Boveri nach Mannheim kamen und den Gesellschaftsvertrag unterzeichneten, schlug mit der Elektrifizierung der Stadt Mannheim die Geburtsstunde der deutschen BBC. Aus BBC wurde 1988 durch die Fusion mit der schwedischen Asea die heutige ABB.

Als Investitionsgüterhersteller klassischen Zuschnitts sind wir vor hundert Jahren angetreten, um Energieversorgungsanlagen auf allen Bedarfsebenen anzubieten, zunächst im Inland, bald auch auf Auslandsmärkten.

War der Energiemarkt anfangs noch ein Bestandteil der vom Staat gesteuerten Daseinsvorsorge, so entwickelte er sich zum Ende des letzten Jahrhunderts erst zögerlich, dann recht schnell – vor allem in den früh industrialisierten Ländern – zu einem „atmenden System“.

Durch die veränderte industrielle Wertschöpfung kommt es zwangsläufig zu Nachfrageschwankungen – weniger in Bezug auf die Strommenge, sondern mehr in zeitlicher und räumlicher Hinsicht.

Wir sind dabei, diese Veränderungen durch eine Produktpalette und eine Konzernstruktur abzubilden, die stärker auf dezentrale Kundenbedürfnisse ausgerichtet ist.

Genau hier treffen sich unsere Überlegungen, den dezentralen Bedürfnissen stärker zu entsprechen, mit den Vorstellungen in Entwicklungs- und Schwellenländern, denen es naturgemäß daran gelegen ist, sowohl bezahlbare als auch umweltverträgliche und effiziente Technologien zu erwerben.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir ganz ausdrücklich die Anstrengungen der Bundesregierung und der UNO, durch einen breitangelegten Dialog über die Wege und Ziele der Kooperation innerhalb der Zivilgesellschaften zu einem gemeinsamen Verständnis über die Kooperation („Global Compact“) zwischen den Vereinten Nationen, den Nichtregierungsorganisationen und den weltweit agierenden Unternehmen zu gelangen.

Wir wollen von unserer Seite einen Beitrag zur Weiterentwicklung der menschlichen Gemeinschaft leisten. Zum einen tun wir es durch Produkte und Dienstleistungen, die den Kriterien der Umweltverträglichkeit und Effizienz standhalten und zum anderen möchten wir zur Fortentwicklung der guten Unternehmenspraktiken beitragen. Deshalb waren wir gerne bereit, das vierte Forum Globale Fragen gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt zu gestalten.

Was ist das „Forum Globale Fragen“?

Der Prozess der Globalisierung, der **immer stärkeren Verflechtung** von einzelnen Staaten und Regionen dieser Welt, hat in den letzten zehn Jahren neben seinen unübersehbaren wirtschaftlichen Folgen auch **einscheidende politische Auswirkungen** gehabt. Zentrale globale Herausforderungen sind:

- der Schutz unserer natürlichen Umwelt und ihre Erhaltung für zukünftige Generationen,
- das Bevölkerungswachstum und die Suche nach einer angemessenen Reaktion darauf,
- die Armutsbekämpfung und die Schaffung eines gerechten Ausgleichs zwischen Arm und Reich,
- der Schutz der Menschenrechte in der ganzen Welt und die Durchsetzung von allgemein verbindlichen Menschenrechtsnormen,
- die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des Terrorismus und des Drogenhandels,
- die Prävention von politisch-militärischen wie auch von wirtschaftlichen Krisen und ihre Deeskalation.

Diese globalen Fragen sind in der Regel eng miteinander verknüpft; sie müssen deshalb deutlicher in ihren Zusammenhängen – mit dem Ziel **themenübergreifender Lösungsansätze** – analysiert werden. Dazu gehört die gewachsene Erkenntnis, dass die meisten Probleme nicht mehr von einzelnen Staaten alleine gelöst werden können und die Grenzen zwischen Innen- und Außenpolitik zunehmend unscharf geworden sind. Zusätzlich zur zwischenstaatlichen Zusammenarbeit und zu gemeinsamen internationalen Bemühungen ist eine verstärkte Beteiligung nicht-staatlicher „global players“, der sogenannten **„Zivilgesellschaft“**, notwendig.

Aus dieser Überlegung heraus wurde das **„Forum Globale Fragen“** im April 1999 vom Bundesminister des Auswärtigen, Joschka Fischer, im Beisein von UNO-Generalsekretär Kofi Annan ins Leben gerufen. Es dient als **Plattform** des Auswärtigen Amtes für den Dialog zwischen Regierung und Zivilgesellschaft. Dieser Dialog zwischen staatlichen Akteuren und Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen, Kirchen, Wirtschaftsverbänden und Unternehmen befasst sich mit dem **Gesamtspektrum globaler Probleme**.

Dem hier dokumentierten **vierten Forum** gingen bereits **drei große Treffen** voran, die ebenfalls in **Broschüren** dokumentiert sind.

Die **Gründungsveranstaltung** am 28. und 29. April 1999 galt dem Thema **„Globalisierung – Neue Wege der Zusammenarbeit zwischen Staat und Gesellschaft in der Außenpolitik“**. Ziel war es, die inhaltlichen Zusammenhänge einzelner globaler Fragen stärker herauszuarbeiten sowie nachhaltige, kohärente Lösungsansätze zu erschließen. Drei Themenkomplexe – „Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratisierung“; „Frieden und Sicherheit“; „Partizipation und Legitimation“ – wurden behandelt.

Das **zweite „Forum Globale Fragen“** fand am 6. und 7. Oktober in der Humboldt-Universität in Berlin statt. Es war dem Thema **„6 Milliarden Menschen – Bevölkerungswachstum als eine zentrale globale Herausforderung“** gewidmet. Der Direktor der Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen, Joseph Chamie, führte mit einer Rede in das Thema ein. Es folgte eine Diskussion mit dem Bundesminister des Auswärtigen, Joschka Fischer. Anschließend diskutierten ca. 200 Experten in vier Arbeitsgruppen Aspekte des Themenfelds.

Am 8. und 9. Mai 2000 fand im Auswärtigen Amt in Berlin das **dritte Forum** zum Thema **„Gleichstellung in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft“** statt. Die Konferenz wurde von Staatsminister Dr. Ludger Volmer eröffnet. Unter den Teilnehmern waren die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Christine Bergmann, die Sonderberaterin des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Frauenthemen, Frau Angela King, und die Exekutivdirektorin von UNIFEM, Frau Dr. Noeleen Heyzer.

Die über 200 in- und ausländische Gäste kamen wieder von Nichtregierungsorganisationen und aus Politik und Wirtschaft. Die Veranstaltung wurde zusammen mit der Heinrich-Böll-Stiftung durchgeführt. Im Hinblick auf die Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen „Frauen 2000“ vom 5. bis 6. Juni 2000 wurden dabei in einem ergebnisorientierten Austausch praktische Erfahrungen und neue Lösungsansätze zur Verwirklichung der Gleichberechtigung erörtert.

Kurzer Wegweiser in diese Broschüre:

Das in dieser Broschüre dokumentierte **vierte Forum** stand unter dem Thema: **„Die UNO stärken, neue Impulse nach dem Millenniums-Gipfel“**. Als Wegweiser in die Diskussion soll die folgende Zusammenfassung dienen.

In seiner Eröffnung gab **Bundesaußenminister Joschka Fischer** seine Eindrücke vom vorangegangenen Millenniums-Gipfel der Vereinten Nationen wieder und ging auch auf den Millenniums-Bericht des VN-Generalsekretärs ein. Der Schutz des einzelnen Mensch als Ansatzpunkt auch für Sicherheits- und Friedenspolitik, das Zusammenwirken von VN und regionalen Strukturen, die Halbierung der Armut als konkretes Ziel bis 2015, die Demokratieforderung und die Zusammenarbeit zwischen den VN und der Zivilgesellschaft sowie transnationalen Wirtschaftsunternehmen – waren Schwerpunkte seiner Ausführungen.

Die **stellvertretende VN-Generalsekretärin Louise Fréchette** unterstrich ebenfalls die Bedeutung des Millennium-Gipfels und plädierte für eine engere internationale Zusammenarbeit, um die dort gesteckten Ziele in die Tat umzusetzen. Die industrialisierte Welt habe die besondere Pflicht, die Entwicklungsländer zu unterstützen – auch im eigenen Interesse! Frau Fréchette ging auch auf die Implementierung des Brahimi-Berichts zur Reform des „UN-Peacekeeping“ ein, der insbesondere eine verbesserte Koordinierung der Maßnahmen zur Friedenssicherung fordert. In der anschließenden Diskussion nahmen die regionale Zusammenarbeit beim Friedenserhalt, der Katastrophenschutz, die Kleinwaffenproblematik und die Re-

form des VN-Systems (einschließlich der des Sicherheitsrats), breiten Raum ein. Ferner wurden Fragen der Nachhaltigkeit und die ökologischen Herausforderungen angesichts eines angestrebten weltweiten Wohlstandswachstums thematisiert.

Im **ersten Panel** stellte der **Sonderberater VN-Generalsekretärs, John Ruggie**, den „**Global Compact**“ – die Initiative zur verstärkten Zusammenarbeit zwischen VN und Wirtschaft bei der Durchsetzung zentraler Ziele im Bereich Menschenrechte, Umwelt- und Sozialstandards – vor. Er machte deutlich, dass sich schon viele Unternehmen beteiligten und plädierte dafür, dass auch Regierungen Interesse an der Unterstützung der Initiative zeigen sollten. Er ging aber auch auf Kritik besonders von Seiten der Nichtregierungsorganisationen ein.

Maritta von Bieberstein-Koch-Weser, World Conservation Union, begrüßte die Initiative im Ansatz, hielt das alleinige Abstellen auf Freiwilligkeit jedoch für nicht ausreichend und beklagte Unausgewogenheiten im System der internationalen Interessenvertretung vor allem aus Sicht der Umweltpolitik.

Eine kritische Sicht des „Global Compact“ wurde in der Reaktion von **Malini Mehra, Centre for Social Markets**, deutlich. Die VN drohten bei zu großer Nähe zur Wirtschaft an Glaubwürdigkeit zu verlieren. Zusätzliche Kontrollmechanismen und Auswahlkriterien seien für einen Erfolg des „Global Compact“ unabdingbar.

Gerd Poppe, Beauftragter des Auswärtigen Amts für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, betonte, dass er keinen grundsätzlichen Interessenkonflikt zwischen dem Schutz der Menschenrechte und den Wirtschaftsinteressen sehe. Seriöse Unternehmen müssten langfristig ebenfalls an Rechtsstaatlichkeit, Demokratieförderung und Menschenrechtsschutz interessiert sein.

Prof. Dr. Josef Wieland, Deutsches Netzwerk Wirtschaftsethik, hob hervor, dass es in einer globalisierten Welt keine ordnungspolitischen Problemlösungen gegen die Wirtschaft geben könne. Der „Global Compact“ sei nur als Selbstbindungsprogramm der Wirtschaft erfolversprechend.

Dieses Spektrum von befürwortenden bis kritischen Stimmen zum „Global Compact“ spiegelt dann auch die Diskussion wider.

Im **zweiten Panel zu den Zukunftsperspektiven der VN nach dem Millenniums-Gipfel** unterstrich der **Botschafter der Republik Südafrika, Prof. Sibusio Bengu**, die zentrale Herausforderung, die Globalisierung zu einer für alle Menschen positiven Kraft zu machen. Er begrüßte Bemühungen des Millennium-Gipfels, die demokratische Konsolidierung auf dem afrikanischen Kontinent zu unterstützen sowie Armut und Unterentwicklung zu bekämpfen.

MdB Dr. Eberhard Brecht, Vorsitzender des Bundestags-Unterausschusses für Vereinte Nationen, stellte die Frage der Stärkung der Vereinten Nationen ins Zentrum seiner Ausführungen. Nur mit ausreichender Legitimation, Effizienz und soliden finanziellen Mitteln könnten die VN im Sinne von „global governance“ funktionieren und einer Marginalisierung entgegenwirken.

Friederike Bauer, F.A.Z., unterwarf die Millenniums-Erklärung einer kritischen Prüfung und kam zu dem Schluss, dass das Dokument zwar einige erfolversprechende Ansätze aufweise, letztlich jedoch nur wenig greifbare Fortschritte bringe.

Ingeborg Kaul, UNDP, unterstrich, dass VN-Organisationen durch die verstärkte globale Interdependenz zunehmend darauf angewiesen seien, mit anderen Part-

nern, z. B. der Zivilgesellschaft, zu kooperieren. Auf nationale Egoismen könne in Zukunft weniger Rücksicht genommen werden. Zur Stärkung globaler Gerechtigkeit machte sie konkrete Vorschläge.

Aus dem Plenum kamen auch Lösungs- bzw. Reformvorschläge, allerdings auch Zweifel an der Bedeutung der VN als Pfeiler des „global governance“. Unterschiedlich bewertet wurde die Frage der Sicherheitsratsreform und eines möglichen ständigen Sitzes für Deutschland.

Im **dritten Panel**, das **Fragen der Nachhaltigkeit auf dem Weg zu „Rio plus 10“** gewidmet war, konkretisierte **Dr. Angelika Zahrt, BUND**, die Nachhaltigkeitsdebatte am Beispiel des Biosphärenreservates Rhön. Dies sollte verdeutlichen, dass auch in einem industrialisierten Land nachhaltige Entwicklung nicht nur Steigerung der Effizienz und sparsamerer Umgang mit Ressourcen, sondern auch einen anderen Umgang mit Land, Landwirtschaft, Natur und Artenvielfalt bedeutet.

Aira Kalela, UNCCD, und **Janos Pasztor, UNFCCC**, berichteten aus der Sicht ihrer VN-Organisationen. Frau Kalela unterstrich, dass die Aktionsprogramme der Agenda 21 nur als Teil der nationalen Nachhaltigkeits-Entwicklungsstrategien erfolgversprechend seien. Die Abstimmung sei durch internationale Organisationen zu leisten. Herr Pasztor konzentrierte sich vor allem auf den „Clean Development Mechanism“ als besonders progressives Element des Kyoto Protokolls, die Rolle der Zivilgesellschaft und die Reduzierung von Treibhausgasen.

Udo Weis, ABB, legte dar, es sei auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten sinnvoll, sich für eine nachhaltige Entwicklung zu entscheiden.

In der Diskussion wurden die Folgekonferenzen von Rio kritisch beurteilt und Anregungen für die weitere Behandlung gegeben.

Im **vierten Panel** zur **Rolle des Internets am Beispiel ICANN** stellte **Christopher Wilkinson, Europäische Kommission**, einführend die Aufgaben und grundsätzlichen Funktionsweisen des ICANN dar.

Dr. Jeanette Hofmann, Wissenschaftszentrum Berlin, warf die Frage auf, inwieweit ICANN als Vorbild für neue Formen demokratischer Willensbildung dienen könne. Trotz Kritik und vieler offener Fragen plädierte sie dafür, am Grundansatz und der „At Large Membership“ festzuhalten.

Wau Holland, Chaos Computer Club, äußerte die stärksten Vorbehalte gegen die dominanten Einflussmöglichkeiten von amerikanischer Wirtschaftsseite. Auch er befürwortete jedoch grundsätzlich eine nichtstaatliche Organisationsform. Das Internet sei nur deshalb so erfolgreich, weil es nicht von Regierungen, sondern durch Selbstorganisation und Selbstverwaltung entstanden sei.

Winfried Schüller, Deutsche Telekom, äußerte sich positiv zum gewählten Ansatz, räumte allerdings ebenfalls ein, dass noch zahlreiche Fragen zur Kontrolle, z.B. der „Top Level Domains“, und zur technischen Umsetzung ungeklärt seien. In der Diskussion setzten sich indes zahlreiche Redner für ICANN als Teil einer internationalen Organisation etwa im Rahmen der VN ein, um eine all zu große Einflussnahme einzelner Regierungen oder Interessengruppen zu vermeiden.

Eröffnung durch den Bundesminister des Auswärtigen, Joschka Fischer:

Madame Deputy Secretary-General, verehrte Louise Fréchette, meine Damen Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, meine Damen und Herren Abgeordneten, meine Damen und Herren,

Ich freue mich, Sie heute zum vierten „Forum Globale Fragen“ begrüßen zu können – am Tag der Vereinten Nationen und zu dem Thema „Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen“ in den vor uns liegenden Jahren. Ich bekenne ganz offen, ich gehörte zu den Skeptikern, was den Millenniumsgipfel betraf. Ich erwähne dies deswegen, weil meine Skepsis entkräftet wurde. Der Millenniumsgipfel war ein großer Erfolg, sowohl symbolisch als auch in Hinsicht auf die Stärkung der Rolle des Generalsekretärs und der Organisation als ganzer. Es war bewegend, über 180 Staats- und Regierungschefs an der Morgeneröffnung des Millenniums-Gipfel im großen Saal der Vereinten Nationen am East River versammelt zu sehen. Es war eine Stärkung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, der klar gemacht hat, dass es keine andere Organisation auf dieser Erde gibt, die in der Lage wäre, die unterschiedlichen Regionen und Kontinente, die unterschiedlichen Staateninteressen, zusammenzuführen und daraus eine gemeinsame globale Verantwortung zu formulieren. Die Millenniums-Erklärung ist ein sehr gutes Dokument.

Ich hatte gerade die Gelegenheit, mit der stellvertretenden Generalsekretärin in einem kurzen Vorgespräch auch darüber zu sprechen, dass nun auch das größte Mitgliedsland beginnt, eine konstruktivere Haltung gegenüber den Vereinten Nationen einzunehmen. Das kann meines Erachtens den Interessen der Vereinten Nationen, aber auch von uns allen, nur gut tun.



V. l. Dr. Günther Altenburg, Bundesminister Joschka Fischer, Staatssekretär Wolfgang Ischinger, stv. VN Generalsekretärin Louise Fréchette, Staatsminister Dr. Ludger Volmer, Hans-Heinrich Wrede

Keine andere Organisation ist wie die Vereinten Nationen in der Lage, die unterschiedlichen Staateninteressen zusammenzuführen und daraus eine gemeinsame globale Verantwortung zu formulieren.

UNO-Generalsekretär Kofi Annan hat einen hervorragenden Millenniums-Bericht vorgelegt, den ich nur wärmstens allen empfehlen kann. Dieser Bericht macht die Herausforderung klar, vor der wir stehen. Vor allen Dingen – und hierin kann ich Generalsekretär Annan nur nachdrücklich unterstützen – versucht dieser Bericht, ganz konkret den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Das ist keineswegs nur eine schöne Floskel. Wer diesen Millenniumsbericht gelesen hat, der sieht auch die Herausforderungen, vor denen wir in vielen Krisenregionen stehen oder gestanden haben, sei es in Europa, Afrika oder Asien, der sieht, dass es in der Tat dort um den Menschen geht und dass man sich nicht mehr in Fragen der Menschenrechte hinter die Souveränität zurückziehen darf.

Dies hat Generalsekretär Annan im letzten Jahr auch in seiner beeindruckenden, wegweisenden Rede vor der UN-Menschenrechts-Konferenz in Genf klargestellt. Gerade jetzt machen wir die Erfahrungen von schrecklichen Bürgerkriegen, die zu dem Kollaps ganzer Staaten führen mit ausschließlich destruktivem und selbstdestruktivem Charakter, dem völligen Verlust von institutioneller Stabilität und barbarischen Konsequenzen für die betroffene Zivilbevölkerung. Der Einsatz von Kleinwaffen, von Antipersonenminen, und als Gipfel der politischen Perversion der massenhafte Einsatz von Kindersoldaten macht klar, was die Herausforderungen dort, wo sich die Krisen extrem zuspitzen, tatsächlich sind. Dass es sich dabei nicht nur um andere Kontinente handelt, haben wir ja im Kosovo, auf dem Balkan, in Bosnien, erlebt. Es ist also keineswegs so, dass wir hier in Europa von einer Entwicklungsstufe auszugehen haben, die über diesen Problemen stünde, ganz im Gegenteil.

Es hat sich dabei auch gezeigt, dass das Konzept der regionalen Verantwortung als Ergänzung zu den Vereinten Nationen von überragender Bedeutung ist. Wir wollen diese regionale Verantwortung und sehen darin keinen Widerspruch zu den Vereinten Nationen. Gerade in Westafrika, in Ostafrika, im südlichen Afrika, in der Kongokrise erweist es sich, dass regionale Organisationen entscheidende Instrumente und entscheidende Hebel zur Lösung dieser Krisen sind.

Die ungerechte Verteilung in in einer immer kleiner werdenden Welt ist unsere große Herausforderung.

Diese Krisen reflektieren auch die ungerechte Verteilung der Zukunftschancen. Nach wie vor ist diese ungerechte Verteilung in einer immer kleiner werdenden Welt die große Herausforderung. Wir müssen, wenn wir über die Welt von morgen sprechen, von der Illusion Abschied nehmen, dass es so etwas wie regionale Begrenzung von Krisen, von kollabierenden regionalen Ökosystemen gebe, dass also die Negativfolgen einer sich globalisierenden Welt nicht über kurz oder lang auch die Staaten der „Ersten Welt“ erreichen würden – mit all ihren Konsequenzen. Im Klartext: Entweder nehmen wir uns der globalen Probleme an und versuchen sie zu lösen, oder die Negativfolgen der Krisen werden zu uns kommen. Das ist nicht nur eine Frage der Moral, sondern auch des interessengeleiteten politischen Han-



delns. Insofern ist ein verstärktes Engagement auf der bilateralen, auf der EU-Ebene und der Ebene der Vereinten Nationen von großer Bedeutung.

Der Bundeskanzler hat dem Generalsekretär gesagt – und ich unterstreiche das gerne, damit es auch hier zu Protokoll genommen wird: Wir unterstützen die Vereinten Nationen bei dem Ansatz, die Halbierung des Anteils der extrem in Armut lebenden Menschen bis 2015 herbeizuführen. Wir unterstützen die Vereinten Nationen bei dem Einsatz gegen das Aids-Virus insbesondere in Afrika und für den besseren Zugang zu Medikamenten – hier nenne ich die „Globale Allianz für Impfstoffe und Immunisierung“ von 1999 mit Beteiligung der Wirtschaft und der NGOs.

Das heißt im Klartext aber auch folgendes: Wir waren in der schmerzlichen Situation, Mittel auch in dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit reduzieren zu müssen. Diese Mittelrücknahme können wir nicht so weiterführen, wenn wir die Zusagen des Bundeskanzlers umsetzen wollen, und wir fühlen uns dieser Zusage selbstverständlich verpflichtet und wollen sie umsetzen. Daraus folgt mit Konsequenz, dass wir die Mittel dazu künftig brauchen werden. Ich appelliere hier an die

Vertreter des Parlaments, vor allem der Koalition, dass Sie dazu das Ihre bei den Haushaltsberatungen beitragen. Das Parlament entscheidet über den Haushalt und darüber, dass wir hier den Abwärtstrend nicht nur bremsen und stoppen, sondern umkehren.

Die Demokratiefrage ist das zentrale Thema der Zukunft.

Ich möchte einen weiteren Punkt ansprechen. In Krisenzeiten wird deutlich – dies hat das Beispiel der Asienkrise gezeigt –, dass Marktwirtschaft und das Setzen auf nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung nicht funktionieren, wenn das zentrale Thema der Zukunft ungelöst bleibt: die Demokratiefrage. Ohne „Rule of Law“, ohne „Good Governance“, ohne funktionierende Institutionen, die transparent sind und Rechtsstaatlichkeit, Freiheit der Meinungsäußerung und der Information gewährleisten, Korruption zurückdrängen, ohne all dies wird es keine dauerhafte, starke, auf private Investition gestützte Entwicklung geben können. Insofern kommt der erfolgreichen Umsetzung der Demokratie und eines Demokratisierungsprozesses überragende Bedeutung zu – und das gilt nicht nur für die „Dritte Welt“, sondern selbstverständlich auch und gerade für die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und andere Gegenden.

Wir werden aber nicht nur einen wesentlichen Beitrag zum Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen leisten müssen, sondern auch die Ausbildung demokratischer Strukturen in den Köpfen der Verwaltung, des Militärs, der Polizei und des Gefängniswesens, wo auch immer, angehen müssen. Ich erwähne das gerade vor dem Hintergrund unserer eigenen historischen Erfahrung. Auch wir waren sozusagen nicht originäre Demokraten, wenn man auf unsere Geschichte schaut. Insofern ist Deutschland ein erfolgreiches Demokratisierungsbeispiel. Das ist eine der großen Herausforderungen, mit denen wir es zu tun haben werden. Die Entwicklungschancen der Zukunft werden sich daran festmachen, hier ein harmonisches Verhältnis von marktwirtschaftlichen, zivilgesellschaftlichen Strukturen und erfolgreicher institutioneller Demokratisierung des Staates zu erreichen.

Umwelt- und Informationstechnologie sind zwei weitere globale Fragen, die der vertieften Bearbeitung bedürfen. Wir sehen es gegenwärtig bei der Energiefrage. Die Energiefrage ist die zentrale Frage der Ressourcenverteilung. Wir erleben, dass die Verdreifachung der Rohölpreise vor allen Dingen in den Entwicklungsländern zu noch wesentlich brutaleren Konsequenzen als in den entwickelten Ländern führt. Wir erleben, dass sich industrialisierende Staaten, etwa in Südostasien, ihre natürlichen Ressourcen im wahrsten Sinne des Wortes kurzfristig zerstören, um damit die notwendige Kapitalisierung zu erreichen, etwa durch Exporte von Holz aus tropischen Regenwäldern. Wir erleben die Überforderung von Ökosystemen bei sehr großen Schwellenstaaten, ich möchte hier nur das Beispiel China erwähnen. Und wir erleben gleichzeitig in der reichen Welt ein Überangebot an Kapital, das aber dort, wo es gebraucht würde, nicht entsprechend rentierlich angelegt werden kann.

Hier die Verbindung herzustellen zwischen der Erhaltung der globalen Ökosysteme und privaten Finanzierungen wird ein ähnliches Problem aufwerfen, wie wir es im Zusammenhang mit der Frage von Aids, Malaria und anderem angegangen sind. Wie können die Bedingungen geschaffen werden, dass auch hier ein „Global Compact“ bei der Umwelterhaltung, bei der Erhaltung regionaler und globaler

Ökosysteme zum Wirken kommen, und zwar immer in der Verbindung mit dem notwendigen Eigennutz, den private Investitionen nun einmal voraussetzen. Ich meine das positiv, nicht negativ.

Auch dem Klimaschutz müssen wir uns verstärkt zuwenden. Wenn man sieht, wie unter dem Druck der Rohölpreise oder von Entwicklungsnotwendigkeiten eher ein Stillstand zu verzeichnen ist, dann kann ich nur dazu aufrufen, dass wir hier mit allem Nachdruck voranmachen. Ich würde mir wünschen, dass auch unsere wichtigsten Partner in der ersten Welt, an erster Stelle der wichtigste Partner, energischer vorangehen würden. Ansonsten handeln wir uns die Negativkonsequenzen vermutlich noch zu Lebzeiten der hier Anwesenden ein. Dann wird es allerdings sehr, sehr teuer werden. Insofern ist es also nicht nur ein Gebot der moralischen und ökologischen Verantwortung, sondern auch ein Gebot des kalkulierenden, interessen-gesteuerten Egoismus, hier beizeiten zu handeln.

Ein wichtiger Punkt ist die stärkere Einbeziehung von transnationalen Unternehmen in die Politik der Vereinten Nationen im Rahmen des „Global Compact“.

Ein weiterer Punkt – ich habe ihn schon unter dem Stichwort „Global Compact“ angesprochen – ist die stärkere Einbeziehung von transnationalen Unternehmen in die Politik der Vereinten Nationen. Was hier der Generalsekretär angestoßen hat, verdient nachdrückliche Unterstützung. Die Unternehmen als, freilich sehr mächtige, zivilgesellschaftliche Akteure zu begreifen, die miteinbezogen werden, das halte ich für einen sehr wichtigen Schritt nach vorne, vor allem wenn es gelingt, zu einer neuen Verantwortungskultur bei diesen Unternehmen zu kommen. Das wird viel Mühe und Druck und Austausch auch von kontroversen Meinungen erfordern. Dann kann aber auch viel erreicht werden.

Dies sind im wesentlichen auch die Inhalte und Lösungsstrategien, die vom Generalsekretär der Vereinten Nationen vorgestellt wurden. Wir wissen uns dieser Politik verpflichtet und, ich sage es nochmals, es hat mich sehr gefreut, dass es der Bundeskanzler war, der für die gesamte Regierung, die ganze Koalition, betont hat, dass wir uns diesen Zielen verpflichtet fühlen. Daraus ziehen wir die Schlussfolgerung, dass wir es nicht nur bei schönen Worten belassen dürfen, sondern dass wir dies mit allem Nachdruck in Politik umsetzen und unseren notwendigen Beitrag dazu leisten müssen.

Diskussion

Moderation: Staatssekretär Wolfgang Ischinger, Auswärtiges Amt

Renée Abul-Ella, Al-Dar arabischer Frauenverein Berlin:

Ich möchte direkt zu dem Thema nachfragen, wie kann man die UNO verstärken und was kann man tun, damit auch die Drittweltländer und besonders die Menschen dort den Eindruck bekommen, dass die UNO für sie da ist. Was wir erleben, insbesondere im Moment in Palästina, ist, dass wir sehr schöne Wörter hören, aber tatsächlich nichts passiert. Wie kann man die UNO verändern, damit sie wirklich eine Vertretung aller Länder dieser Erde wird und alle auch gleichberechtigt sind?



Bundesminister Joschka Fischer:

Wir haben Generalsekretär Kofi Annan nachdrücklich in dem Versuch unterstützt, den Friedensprozess im Nahen Osten wieder voranzubringen, und wir haben es extrem bedauert, dass es hier jetzt zu einem wirklich großen Rückschlag gekommen ist. Aus meiner Sicht werden diese beiden Völker nur weitere unsinnige Runden des Blutvergießens drehen, wenn sie sich nicht wieder an den Verhandlungstisch begeben. Denn sie sind Nachbarn, und dies ist ein Faktum, das sich nicht ändern wird. Man war sich so nahe, alle Elemente lagen auf dem Tisch, waren ausdiskutiert, nicht einmal, sondern fünfmal. Dann gab es offensichtlich nicht die Kraft, den entscheidenden Baustein des Friedens einzusetzen mit der Konsequenz, dass wir jetzt weit zurückgefallen sind. Ich kann an beide Seiten nur appellieren, diesen Prozess der Verhandlungen wieder aufzunehmen, weil es sonst zu großen menschlichen Tragödien kommen wird. Es wird jenseits eines Kompromisses zwischen beiden Völkern keine Lösung geben, und dieser Kompromiss beinhaltet das Entstehen eines Staates Palästina. Beiden Seiten ist klar, dass die Alternativen nur sinnloses Blutvergießen und große Tragödien oder der Frieden sind. Nur fehlt es im Moment auf beiden Seiten offensichtlich an dem Vertrauen in die andere Seite. Dieser Verlust des Vertrauens, der macht mir große Sorgen. Insofern sollten wir alles darauf konzentrieren – und Generalsekretär Kofi Annan hat hier nun wirklich eine sehr zentrale Rolle gespielt –, dass der Friedensprozess wieder zum Laufen kommt.

Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer:

Herr Minister, Sie haben zu Recht Generalsekretär Kofi Annan großen Anteil am Gelingen dieses Millenniums-Gipfels gegeben. Besonders bemerkenswert war, dass er diesen Gipfel nicht nur auf der Basis der Regierungen veranstaltet hat, sondern in einem Vierklang: Neben den Regierungstreffen gab es die Treffen der Parlamentspräsidenten, der Religionsführer und den Dialog der NGOs. Jetzt wüsste ich gern, wie man dies in die Arbeit der Vereinten Nationen dauerhafter eingliedern kann. Die NGOs, wie ich gehört habe, haben einen Beobachterstatus. Die Parlamente sind, glaube ich, überhaupt nicht integriert. Gibt es da Vorstellungen, das etwas dauerhafter zu machen?

Louise Fréchette, stellv. VN-Generalsekretärin:

I believe that these various meetings that preceded the Millennium Summit indeed contributed to making the summit an event that had resonance beyond the walls of the UN itself. We have in the UN a long established system of accreditation of NGOs. Over time they have come to play quite an active role beyond being just observers. It is clear that in the major conferences of the 1990ies on human rights, on population, on women, the role of the NGOs was extremely important. They had a major input into the policy discussion, and I believe that is part of the reason why these conferences really did produce some very fundamental policy and action plans in the areas they were considering. I think there is a great challenge, however, that we will all be facing in the coming years, and it is linked to the explosion in the number of NGOs. There are now thousands and thousands of NGOs that are accredited to the United Nations. Which I think is a reason to start thinking how can the UN evolve in its relations with the NGOs, how can institutional mechanisms be developed so that there is a kind of orderly participation of non-state actors in the UN system.

NGOs had a major input into the policy discussion, and this is part of the reason why these conferences really did produce some very fundamental policy and action plans.

The parliamentary dimension is of a slightly different nature. I think parliamentarians rightly consider that they are not identical to non-governmental organizations. I know there is great interest – particularly through the IPU – in thinking through some kind of institutional response that would associate parliamentarians on a more regular basis with the work of the UN. I must say that at this stage the thinking is fairly embryonic. It is not something that has been discussed in any detail by governments and the UN. But I suspect that over the coming years these issues will be tackled in earnest because there is no going back. I think the UN is now a different institution from what it was thirty, forty, fifty years ago, and I believe we are on an evolutionary path towards some innovations in terms of how the government bodies can relate to the non-governmental entities.

Bundesminister Joschka Fischer:

Wenn ich einen Aspekt noch ergänzen darf: Die Parlamentarier sind sehr wirksam bei den großen Konferenzen der 90er Jahre gewesen, begonnen bei Rio. Dort und auch auf der Nachfolgekonzferenz von Kyoto waren die Parlamentarier gemeinsam mit den NGOs von überragender Bedeutung. Das gilt für die Weltfrauenkonferenz

ganz genauso. In den Sachkonferenzen spielen die Parlamentarier eine viel stärkere Rolle, als es gemeinhin den Anschein hat. Ich weiß das selbst noch aus meiner Zeit als Fraktionsvorsitzender. Ich glaube, die IPU ist eine wichtige Initiative; wie weit sie ausgebaut werden kann, hängt davon ab, wie sehr man wichtige Partner davon überzeugen kann.

Prof. Klaus Hüfner, Deutsche UNESCO-Kommission:

Herr Minister, vor Ihren eigentlichen Ausführungen berichteten Sie über sehr erfreuliche Veränderungen innerhalb der USA. Meine erste Reaktion ist: Zu schön, um wahr zu sein. Wir wissen, dass seit 1995 die USA durch eine einseitige Aufkündigung der Vereinbarung über die Finanzierung der VN-Friedenstruppen jetzt eine Lücke von 6 Prozentpunkten hinterlassen. Hat sich da etwas verändert? Wir wissen, dass seit über 15 Jahren die Regierung der USA ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nicht nachkommt, ihren Pflichtbeitrag regelmäßig zum Haushalt der Vereinten Nationen zu bezahlen. Hat sich da etwas geändert? Außerdem stehen wir kurz vor einer Präsidentschaftswahl. Was wissen wir eigentlich, was danach in Bezug auf die Politik der Regierung der USA kommt? Jedenfalls wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie noch etwas mehr über die positiven Entwicklungen sagen könnten. Zum zweiten: Was die Analyse des Millenniums-Berichts und den Konsensus, der auf dieser Konferenz erreicht wurde, betrifft, so teile ich Ihre Analyse voll und ganz, aber das eigentliche Problem beginnt ja jetzt. Wie sieht die Umsetzung aus? Es sind ja eine ganze Reihe von sehr konkreten Programmen genannt worden, so etwa Grundbildung für alle, Halbierung der Armut der Ärmsten dieser Welt bis 2015. Bis 2005 sollen Jungen und Mädchen im Bildungsbereich weltweit gleichgestellt werden. Das verlangt eine sehr intensive Umsetzungsarbeit, und meine Frage lautet, haben Sie mit dieser Umsetzung begonnen, wie sieht sie im einzelnen aus und inwieweit werden da auch die NGOs in Deutschland und die Privatwirtschaft miteinbezogen?

Bundesminister Joschka Fischer:

Zum ersten Punkt, Professor Hüfner: Ich habe gesagt, es scheint so zu sein, dass sich hier Veränderungen vollziehen, ich beziehe mich hier auf ein Gespräch mit Frau Fréchette, aber auch auf andere Erfahrungen. Angesichts der traditionellen Haltung der USA ist man – zumindest als Diplomat dem Optimismus verpflichtet – über bestimmte Veränderungen doch sehr froh. Auch der Millenniums-Gipfel hat gezeigt, dass es hier Anlass für Optimismus gibt – zumindest, was diese Administration betrifft. Aber ich denke, es wird auch für die Nachfolger gelten, insbesondere was die Diskussion mit dem Kongress betrifft, der in dieser Frage von einer nicht zu überschätzenden Bedeutung ist. Ohne die Dinge rosig zu malen, kann man doch vorsichtigen Optimismus walten lassen. Aber das kann sich auch wieder ändern. Nicht ändern wird sich hingegen die Bedeutung, die die Vereinten Nationen auch für die USA haben. Das ist der eigentliche Grund für meinen Optimismus. Nun zu den Beiträgen. Eines wird nicht gehen, dass es eine Änderung der Beitragsstruktur allein zu Lasten der sogenannten „fat cats in Europe“ geben wird. Wenn es zu einer Neuaustarierung kommt, muss diese fair sein und die gegenseitigen Interessen wahren. Das ist auch als Bestandteil der Frage der Sicherheitsratsreform zu sehen. Wir machen das der amerikanischen Seite immer klar, und auch, wie wichtig es ist, dass sie ihren Verpflichtungen nachkommt.

Der Vorsitzende der Generalversammlung hat eine Arbeitsgruppe zum „Follow-up“ im einzelnen eingerichtet. In diesem Zusammenhang wird man auch an die nationale Umsetzungspolitik herangehen müssen. Aber nochmal: Das setzt voraus, dass die dafür notwendigen Mittel dann auch bereitgestellt werden. Das gilt für mein Haus, aber vor allem eben auch für jene Ressorts, die die entsprechenden Mittel hauptsächlich verwalten. Aber nicht nur um Mittel geht es bei der Frage nach Wegen aus der Armut. Das Thema Marktöffnung müssen wir ebenfalls stark in den Vordergrund stellen. Bei scheinbar trivialen Fragen wie der Bananenfrage ist für ein Land wie Ecuador von zentraler Bedeutung, wie sich die Europäische Union dabei verhält. Das sind 17 % der Exporte des Landes, und zwar die ökonomisch attraktivsten aufgrund der Preisstrukturen in der Europäischen Union. Wenn die Europäische Union hier eine andere Position einnimmt in der Auseinandersetzung mit den USA und die Importe aus Ecuador entsprechend gekürzt werden, wird das für die dortige Wirtschaft fatale Konsequenzen haben. Das heißt, wir müssen hier über Marktzugängigkeit, aber auch über Technologietransfer sprechen. Die Frage, ob das Internet allein eine Veranstaltung der Ersten Welt und der Schwellenländer wird, ist ganz entscheidend für zukünftige Entwicklungsfähigkeiten. Alle diese Fragen wollen wir gemeinsam und in ihren Zusammenhängen angehen.

Michael Schneider, EuroISPA:

Herr Minister, ich bin hier heute eingeladen worden als Vertreter der Internet-Wirtschaft. Insofern hat es mich gerade besonders gefreut, dass Sie das Thema Internet angesprochen haben. Sie haben vorhin noch ein anderes Thema gestreift: Regulierung, Selbstregulierung, das ich im Zusammenhang insbesondere auch mit der UNO für sehr wichtig halte. Wir müssen uns in diesem Zusammenhang auch mit supranationaler Kriminalität im Cyberspace intensiver beschäftigen. Wir haben neulich bei einer Veranstaltung darüber diskutiert, ob wir auch mit verstärkter Kriminalität oder zumindest Kriminalitätsunterstützung durch Staaten rechnen müssen, so ähnlich wie wir das im Terrorismus-Bereich erlebt haben. Die einzelnen nationalen Regierungen werden damit u.U. überfordert sein. Da wir bei der UNO den Sicherheitsrat haben, aber auch andere Einrichtungen, die sich mit diesem Thema ganz praktisch auseinandersetzen, stellt sich doch die Frage, ob es eine Internet-UNO oder eine Internet-Unterorganisation oder andere Struktur innerhalb der UNO geben könnte, die diese Frage kompetent und wirksam angeht.

Johann Ganse, Gerling Versicherungsgruppe:

Wir sind Unterstützer des „Global Compact“ von Kofi Annan und freuen uns sehr, dass John Ruggie hier heute vertreten ist. Meine Frage zielt in die Richtung des Dialogs, den wir ja eröffnet haben zwischen der Wirtschaft und den VN. Daneben unterstützen wir auch das Thema „Sustainable development“ sehr stark in unserer Unternehmensentwicklung. Herr Minister Fischer, auch wir messen dem Thema Finanzströme große Bedeutung bei, und ich gebe Ihnen vollkommen Recht, dass Friedenssicherung und Wirtschaftsentwicklung miteinander einhergehen müssen und nur unter Nachhaltigkeitsbedingungen ablaufen sollten. Daher meine Frage: Gibt es bei der UNO auch eine Bestrebung, wie z.B. in Deutschland, einen Nachhaltigkeitsrat einzurichten, der diese übergreifenden Fragen global lösen hilft oder lösen könnte?

Hanns Michael Hölz, Deutsche Bank:

Mr. Ruggie, wir sind auch wie mein Vorredner gerne Mitglied geworden in Ihrer Initiative des „Global Compact“. Wenn wir schnell etwas verändern wollen – und ich glaube, wir stehen sehr unter Zeitdruck – dann werden wir auf Seiten der Wirtschaft oft gefragt: „Welchen Kriterien unterwerft ihr Euch, gibt es eine Kommission, die all das nachprüft, was ihr positiv voranbringen wollt: „micro credits“, „sustainability“? „Ich denke, dass die Selbstverpflichtung eines der stärksten Mittel ist, um die Dinge schnell in Bewegung zu bringen.“

Unterstützen Sie solche Ansätze, damit wir nicht erst zum Aufbau von Behörden und Prüfungsinstanzen kommen, sondern sehr viel schneller Marktmechanismen in Gang setzen können, die dann für die entwickelte wie für die sich entwickelnde Welt Lösungsmechanismen rasch unterstützen und weitere Industriefirmen dazu bringt, sich auch an solchen gemeinsamen Initiativen zu beteiligen?

Bundesminister Joschka Fischer:

Ich will in umgekehrter Reihe antworten. Es gibt bürokratische, aber auch demokratische Prüfungsmechanismen: Transparenz gegenüber NGOs, die über jeden Zweifel erhaben sind, die nicht interessengebunden sind, das ist ein Prüfungsmechanismus, der meines Erachtens sehr schnell wirkt und gleichzeitig sehr kostengünstig ist. Dies setzt allerdings voraus, dass man eine gewisse Transparenz, die nicht auf gesetzlicher Grundlage basiert, akzeptiert. Über kurz oder lang läuft es sowieso darauf hinaus, wie die Erfahrung in unserer transparenten Gesellschaft zeigt, und das ist gut so. Es gibt genügend unabhängige Institute, Publikationen, die als kritische Öffentlichkeit gerade in diesen Bereichen so etwas wie ein Wächteramt wahrnehmen. Das wäre aus meiner Sicht wesentlich schneller umzusetzen, als wenn man bürokratische Wege geht. Das wäre auch sehr teuer, und man kommt dann sehr schnell an die nationalen Grenzen der Souveränität und Zuständigkeitsfragen. Hier böte sich im wahrsten Sinn des Wortes eine private Lösung an. Allerdings müssten das über jeden Zweifel erhabene Nichtregierungsorganisationen oder -Institutionen sein. Es gibt genügend davon.

Das zweite, die Nachhaltigkeitsrate, müsste Frau Fréchette beantworten. Mir geht es nicht um Regulierung von Finanzströmen. Ich glaube, die beste Regulierung von Finanzströmen ist, nachhaltige Investitionsbedingungen zu schaffen, d.h. letztendlich eine positive Beantwortung der Implementierung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Das ist der entscheidende Punkt, weil ich nicht sehe, wie ansonsten nennenswerte private Investitionen dauerhaft angezogen werden können. Es war einer der großen Irrtümer zu meinen, man könnte da auf einen „crony-capitalism“ setzen. Indonesien, aber auch einige andere, war Beispiel dafür, wie es nicht funktioniert. Man sieht ja gerade bei den Schwellenländern, denen es gelungen ist, Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie einigermaßen zusammenzubringen, dass sie sich wesentlich besser aus der Krise herausgearbeitet haben als andere. Auch wenn man auf Afrika blickt, gibt es dort nicht nur Negativbeispiele, sondern auch Positivbeispiele, die aber eben eindeutig von der Beantwortung der Demokratisierungsfrage abhängen.

Ich würde unter dem Banner „Kampf gegen die Kriminalität im Internet“ gern auch auf das Thema Meinungsfreiheit hinweisen, weil das Internet eben den Zugriff staatlicher Organe auf die Meinungsfreiheit wesentlich schwieriger macht. Die virtuelle Realität wird eine immer größere Bedeutung haben. Es wird kein rechtsfreier Raum blei-

ben, aber die Frage wird sich nur international lösen lassen. Insofern wird die Frage der Grundregeln, auf die sich alle einigen, von überragender Bedeutung sein. Und da bietet sich natürlich, da es sich beim Internet in der Tat um eine globale Herausforderung handelt, eine globale Organisation an, und damit meine ich die Vereinten Nationen.

Louise Fréchette, Stellvertretende Generalsekretärin der Vereinten Nationen:

Excellencies,
Ladies and Gentlemen,

Let me first thank Minister Joschka Fischer for his kind words, and for convening this very timely meeting. Indeed, the aftermath of the Millennium Summit is an excellent time to consider ways of strengthening the United Nations. It is both an honour and a pleasure for me to address you on a subject which, you can well imagine, is close to my heart.

The Millennium Summit was certainly a momentous event for the UN – perhaps even a turning point in its history.

The Summit was certainly a momentous event for the UN – perhaps even a turning point in its history. It allows us to start the new century with the great advantage of having a set of principles on which everyone agrees – principles firmly rooted in the Charter, but which reflect the realities of today.



V. 1. Staatsminister Dr. Ludger Volmer, stv. VN Generalsekretärin Louise Fréchette, Bundesminister Joschka Fischer

Kofi Annan said in his Millennium Report that “we must put people at the centre of everything we do”, and that thought runs through the Millennium Declaration which the Summit adopted. In it, the world's leaders have articulated a clear vision of their priorities: attacking poverty, ending conflict, protecting the environment.

They affirmed, moreover, that the United Nations “is the indispensable common house of the entire human family”, and by coming to New York in such large numbers they showed that they meant it.

Such a declaration is very important, but it is a beginning, not an end. It gives us a formidable agenda of work to do. If we were to rest now, we should utterly betray its spirit. On the contrary, we must act – and when I say “we” I mean the international community in its broadest sense.

Much needs to be done at the national level, in every country. But strong action is also needed at the international level. There are many areas – like poverty reduction, climate change, the struggle against HIV/AIDS, and bridging the digital divide, as well as peace and security – where States and international organisations need to work together to reach the goals set out in the Millennium Declaration.

I would remind you, in particular, that the Declaration calls on the industrialized countries to grant duty- and quota-free access to exports from the least developed countries; to provide deeper and faster debt relief; and to give more generous development assistance. Since the Declaration was adopted unanimously, the leaders of the industrialized world have associated themselves with that call. We must assume, therefore, that they intend to respond to it. After all, not only do they have a human obligation to show solidarity with the developing countries: it is also in their interest to help those countries become full partners in the new global economy.

Let me mention a number of events in the next year or so which will give governments excellent opportunities to show that, when they proclaimed their goals in the Millennium Declaration, they meant business.

- The United Nations Conference on the Least Developed Countries, which will be hosted by the European Union in Brussels next May.
- The high-level intergovernmental event on Financing for Development.
- The Special Session of the General Assembly on HIV/AIDS.
- The Conference on Small Arms.
- And, just three weeks from now, the Conference of Parties to the UN Framework Convention on Climate Change in The Hague. I hope this will give new impetus, in as many countries as possible, to the process of ratifying the Kyoto Protocol, so that it can come into force by the tenth anniversary of the Rio Conference in 2002, fulfilling one explicit aim of the Millennium Declaration.

We all have a responsibility, if I may borrow the Declaration's language once more, to “preserve and pass on to our descendants ... the immeasurable riches provided to us

by nature”. Besides increasing the pressure to reduce greenhouse gas emissions, I hope the approach of “Rio Plus Ten” will remind us all of the broader ecological threats to human welfare.

But we still lack a full and detailed evaluation of those threats. That is one of the main purposes of the Millennium Ecosystem Assessment, which we plan to launch next year. This too, however, – as the Secretary-General pointed out in his Millennium Report – depends on financial backing from Member States.

Those, Ladies and Gentlemen, are only some of the opportunities for concerted action that will present themselves in the next year or so. But if we manage to use all of them productively, we shall have done a great deal to reinforce the credibility of the United Nations, as a forum in which the whole human species can come together and make progress on issues affecting its common welfare.

But now let me turn to the institution of the United Nations itself. If we are to strengthen it, we must continue to reform it. This too was a major theme of the Millennium Summit. Reform of the Security Council, in particular, was called for by almost every speaker – and with reason. It is vital for the security of all of us that that body be equipped to carry out its awesome responsibilities more effectively, and that it enjoy greater legitimacy in the eyes of all the world’s peoples.



Stv. VN- Generalsekretärin Louise Fréchette

I know many people hope and expect that one aspect of that reform would be to bring this country into the Council as a permanent member. Perhaps not all Germans share that hope, for indeed membership of the Council is more a burden than a privilege. But we can all be grateful to those Germans who do feel that their country, being one of the most prosperous and successful in the world, should make a greater contribution to international peace and security.

Other reforms, however, are no less important. Forgive me if today I lay special stress on just one of them, with which I personally have been much occupied in recent weeks, and which I believe is absolutely crucial in this same area of peace and security. I refer, of course, to the implementation of the Brahimi Report on the future of United Nations peace operations.

The United Nations peace operations can make the difference between life and death for millions of our fellow human beings. It is by their success or failure, more than any other of our activities, that the United Nations tends to be judged.

These operations – many of them far more complex than peacekeeping as traditionally understood – can make the difference between life and death for millions of our fellow human beings. It is by their success or failure, more than any other of our activities, that the United Nations tends to be judged.

The Brahimi Panel, thanks not least to the invaluable contribution made by General Klaus Naumann, set out with unprecedented clarity the reforms that are needed to strengthen the UN's capacity to conduct these operations. And the Secretary-General has now issued [or is now about to issue] his own first report on ways to implement the Panel's recommendations. In that report we provide Member States with a detailed action plan, and we ask for an emergency increase in the resources available for peacekeeping. Those resources are not insignificant, but if Member States are serious in demanding better service from the United Nations in this area – as nearly all of them assure us they are – then they must also be serious about providing us with the means to do it.

Finally, Ladies and Gentlemen, let me suggest to you that the agenda given to us by the Summit obliges us to look beyond the organs of the United Nations as defined by the Charter, and consider the overall institutional framework of global governance. The new global economy offers many exciting opportunities, but it also has its pitfalls and its victims. Do we have the right systems in place to manage such problems as the volatility of capital movements, the rise of electronic fraud, or the use of the internet to transmit child pornography across national borders? I suspect we do not, and I also worry whether the institutions that do take decisions affecting the global economy have all the necessary qualifications.

No one disputes that we face a range of global challenges. Nor does anyone doubt that these challenges affect the lives and interests of people in poor countries – who, alas, form a large and growing majority of the human race – quite as much as those who live in rich ones. Yet it seems that in many areas our collective response to these

challenges is formulated not in institutions where all humanity is represented, but in more select and often haphazard gatherings of the most powerful leaders.

I am not making a case for world government, or suggesting that governments at any level have all the answers. On the contrary, I think any new framework we come up with must, to be credible at all, offer a much bigger role to non-governmental bodies, whether private companies or civil society organisations. Already, such non-state actors wield enormous influence. But the formal structure of international society fails to reflect this – and one result is that these influential actors are often not as accountable as they should be.

It was with that in mind that the Secretary-General proposed his now famous “Global Compact” – an initiative intended to promote corporate social responsibility and citizenship in the new global marketplace. The compact seeks to do this by using the convening power of the United Nations to bring together private corporations, labour unions and NGOs in support of key international principles drawn from documents agreed by governments at the global level. It is only one small example, but I believe it points us in the right direction.

It may not be necessary to create new institutions. But more thought and much political effort is needed to make the institutions we already have more representative, more effective, and more relevant to the specific demands and issues of our time.

On that broad theme, Ladies and Gentlemen – and indeed on any of the themes I have broached in the last quarter of an hour – I should be most interested to hear your comments. And I will do my best to answer any questions you may have.

Diskussion

Moderation: Ministerialdirektor Dr. Günther Altenburg, Leiter der Abteilung Globale Fragen, Vereinte Nationen, Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Irmgard von Lehsten, Deutsche Komitee von UNICEF:

Ich danke Ihnen für Ihren Hinweis auf den Appell der Vereinten Nationen: Stoppt Kleinwaffen!

Wir können den Frieden nur herbeiführen, wenn wir gegen Kleinwaffen vorgehen, die im Millionenumfang illegal durch die Welt gehen, Kinder zu Kindersoldaten machen und sie bestialisieren.

Wir können den Frieden nur herbeiführen, wenn wir gegen dieses Massenvernichtungsmittel vorgehen, das im Millionenumfang illegal durch die Welt geht, Kinder zu Kindersoldaten macht und sie bestialisiert, dass sie selbst töten. Wir als Bevölkerung können dazu beitragen, indem wir diese Listen, die wir bei der nächsten Weltkonferenz im nächsten Jahr der UNO überreichen wollen, unterschreiben. Ich hoffe, dass in diesem prominenten Hause diese Listen vorhanden sind. Sonst werden wir sie Ihnen gern zugänglich machen, damit sie die Runde machen. Wir wollen mit unserer Unterschrift darauf hinwirken, dass der Gesetzgeber versucht, diesen illegalen

Fluss der Kleinwaffen in den Griff zu kriegen und den legalen Waffenhandel, die Vergabe von Lizenzen für die Waffen und für Munition, einzudämmen. UNICEF hat den Ehrgeiz, als führende Organisation hierbei 400.000 Unterschriften in Deutschland zusammenzukriegen.

Prof. Ernst Ulrich von Weizsäcker, MdB, Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags für Globalisierung:

Es ist bemerkenswert, wie eine sehr hohe Vertreterin der Vereinten Nationen die ökologischen Herausforderungen betont, nicht zuletzt auch mit Bangen auf den Klimagipfel in Den Haag nächsten Monat schaut. Ich gestatte mir, ein paar Worte über die Größe der Herausforderung zu sagen. Wir wollen ja alle – und das steht auch indirekt in der Millennium-Erklärung –, dass mehr Reichtum, mehr Wohlstand auf der Welt einkehrt. Wenn wir bis 2030 nicht mehr eine Milliarde Wohlhabender haben, sondern vielleicht drei Milliarden, dann ist das ungefähr das, was wir uns politisch wünschen. Gleichzeitig müssen wir den Ausstoß an klimawirksamen Gasen nach Auskunft des „Intergovernmental Panel on Climate Change“ etwa halbieren. Gleichzeitig also eine Verdreifachung des Wohlstands und eine Halbierung der CO₂-Emissionen! Das heißt, wir müssen ungefähr sechsmal besser werden im Umgang mit Kohle, Öl und Gas, aber im Grunde gilt das für alle Naturprodukte. Und ich sehe bisher weder in politischen Aktionen der Länder noch der Vereinten Nationen noch freiwilligen Vereinbarungen der Wirtschaft irgendwelche auch nur annähernd ausreichenden Schritte, um auf diese Größenordnung zuzugehen.

Louise Fréchette:

I would simply like to comment that the Secretary General dedicated a major chapter of his report to ecological challenges. But I think it is fair to say that at the Summit itself environmental issues were not very prominent. My role during the Summit was to be present on the podium of the General Assembly. So I listened to practically every statement made by the leaders. Very few actually mentioned environment as a major concern for them. So I think that in order for these challenges to be met in a timely fashion there is still the need for much, much greater public education and political mobilization around these goals. I would want to take the opportunity to mention here the extraordinary work that Klaus Töpfer, another compatriote of yours, is doing at the head of UNEP. UNEP is a very important organization in the UN system. It requires the support of the Member States. It depends largely on voluntary funding to be able to accomplish its mandate. Klaus Töpfer has worked extraordinarily hard to strengthen the organization, and I think results are starting to show in terms of increased support particularly on funding which is very often a good measure of the interest that exists out there. But we have a very long way to go if we are to meet the challenges satisfactorily.

Dr. Hermann Schmitz-Wenzel, Deutsches Komitee für Katastrophenvorbeugung:

Gestatten Sie, dass ich eine kritische Frage stelle. Der Generalsekretär hatte in dem Vorwort zum Jahresbericht 1999 sich sehr engagiert geäußert zu einem der Schwerpunktthemen der internationalen Dekade für Katastrophenvorbeugung, IDNDR. Ich darf nur einen Satz zitieren, die Ziffer 61 aus diesem bekannten Vorwort: „The transition from a culture of reaction to a culture of prevention will not be easy.“ Das war im September 1999. Und da hatte der Generalsekretär auch bei verschiedenen ande-

ren Gelegenheiten sein großes Engagement für diese Fragen herausgestellt. Wenn man den Millenniums-Report liest, stellt man fest, dass von diesem Engagement nicht mehr viel übrig geblieben ist. Und auch die Millenniums-Resolution erwähnt dieses Thema gerade am Rande. Ich erlaube mir die Frage, ob auf der Ebene des Generalsekretariats in New York, aber teilweise auch in Genf, ein gedanklicher und politischer Bruch eingetreten ist. Alle hier wissen – auch Sie, Herr Altenburg –, dass wir uns in den letzten Jahren sehr engagiert für diese Fragen eingesetzt haben mit nachhaltiger Unterstützung des Auswärtigen Amtes. Also warum diese Herabstufung?

Louise Fréchette:

The passage that you read from the 1999 report remains as valid as it was when it was written. The Millennium report was not an attempt to summarize everything that the UN does on every issue. It was trying to rather set a framework. Therefore, the prevention of natural disasters was mentioned in the report but did not become a major chapter simply because it is not in the nature of that particular report to get into deep discussion of that type of issue. But the UN system is very deeply engaged in natural disaster prevention even if this work does not make the front pages every day. Several programs of the operational agencies are connected to natural disaster prevention. So is the Secretariat in Geneva. So I want to reassure you that this remains a very important priority in the UN at the moment.

Brigitte Adler, MdB:

Ich hatte Gelegenheit, die Frauenkonferenz in New York zu besuchen, und da war mir aufgefallen, dass alle Staaten versucht haben, ihre Frauenpolitik sehr positiv darzustellen. Zu bemerken ist, dass die NGO-Konferenz, die parallel im Hause lief, sehr viel kritischer und nachfragender war. Nun haben wir heute morgen gehört, wie wichtig die Nichtregierungsorganisationen sind. Ich habe aber immer dafür plädiert, dass die dritte Säule, nämlich die Parlamentarierinnen und Parlamentarier, auch in diesem Prozess angemessen vertreten sein sollten, damit es zu einem Dialog zwischen allen Dreien kommen kann. Meine Frage an Sie: Inwieweit werden die Ergebnisse des Millenniums-Gipfels und der anderen Konferenzen in ganz konkretes Handeln umgesetzt? Wie wollen Sie in den Vereinten Nationen dazu beitragen, die Arbeiten, die jetzt in den nationalen Parlamenten und Regierungen zu leisten sind, auf den Weg zu bringen? Wie wollen Sie kontrollieren, dass das nicht wieder nur Absichtserklärungen sind, dass nach 5 oder 10 Jahren nicht nur wieder geschönte Berichte auf den Tisch kommen, sondern dass man echten Fortschritt spürt? Wie werden die Vereinten Nationen versuchen, ihr Wächteramt wahrzunehmen?

Louise Fréchette:

The responsibility to put the declaration into action is a responsibility of each and every country around the globe. It is not solely the responsibility of the Secretary-General. I would hope that in each country there would be groups including parliamentarians who will make it their business to engage their government in discussions on how to follow up on the declaration, how it can be turned into reality, but also how members of the civil society can carry on their share. It seems to be clear that all the goals of the declaration cannot be realized by only one actor, by only the governments, only the NGOs or only the private sector. I think the ambition that we see in

the declaration can only be achieved if all play their role and make it their business to follow.

There is a role for the Secretary-General in supporting Member States and using his own privileged platform to draw attention to these commitments, to offer some thoughts as to what steps might be taken to achieve them. In my speech I mentioned a number of important events that prepared our processes at the UN at the moment. The third element is the responsibility that the Secretary-General has been given in the Declaration itself to produce a regular report. I think the monitoring of progress is a very useful tool to maintain the momentum. Therefore, we in the Secretariat are at the moment looking at various models of reporting that we could implement in order to turn them into useful tools for assessing progress made and serving as a basis for taking the next step. So, there is a role for everybody and only if all of us play our role do we have a chance of meeting the goals we have set.

Dr. Hans-Joachim Heintze, Ruhr-Universität Bochum:

Sie erwähnten in Ihrem Bericht, dass es Bestrebungen gibt, den Sicherheitsrat um weitere Mitglieder zu erweitern. Können Sie nähere Angaben dazu machen, wie der Stand der Diskussion im Moment ist?

Louise Fréchette:

This is a question that is better answered by Mr. Altenburg. But let me just say in two words that this is one of those rare questions in the UN where every single Member State has a direct interest in the matter. This is one of the reasons why it is taking so long to find a formula that will accommodate the competing aspirations and demands, both of those who aspire to become permanent members and those who know they will not be permanent members, but would like to see more non-permanent



seats and combine that discussion with the question of the working methods. This is no doubt one of the most complicated negotiations ongoing.

Dr. Günther Altenburg:

In der Tat ist das eine der sehr schwierigen Fragen. Ich glaube aber, dass wir aus der jetzigen Millenniums-Versammlung eine Reihe von wichtigen Botschaften mitnehmen können. Zum einen, dass sich die ganz überwiegende Mehrheit der Staaten für die Reform des Sicherheitsrates ausgesprochen hat. Es ist ganz klar, wie es auch der Millenniums-Bericht festhält, dass der Sicherheitsrat dringend reformiert werden muss, um mehr Effektivität, Legitimität und Repräsentativität zu bekommen.

Eine der wichtigen Botschaften der Millenniums-Versammlung ist, dass sich die ganz überwiegende Mehrheit der Staaten für die Reform des Sicherheitsrates ausgesprochen hat.

Das Problem sind die Detailfragen, wer soll hinein, wieviele. Wir sind nach der Millenniums-Versammlung in einer Phase mit neuem Momentum, und ich gehe davon aus, dass diese Millenniums-Versammlung auch in dieser Frage interessante und wichtige Fortschritte nach sich ziehen könnte.

Dietrich Löpke, Bundesanstalt Technisches Hilfswerk:

Ich habe eine Frage zur Bewertung des im Aufbau befindlichen Krisenmanagements der Europäischen Union aus Sicht der Vereinten Nationen – auch eine etwas kritische Frage logischerweise. Man hat ja als Folge der Kosovo-Krise gesehen, dass man auch regional etwas tun muss. Aber die Kosovo-Krise hat natürlich auch zu einem Konflikt zwischen einem regionalen Sicherheitsbündnis, nämlich der NATO, und den Vereinten Nationen geführt. Die Europäische Union baut also derzeit intensiv mit großer Geschwindigkeit ein Krisenmanagement auf, zivil und militärisch. Ich habe das immer so verstanden, dass es eigentlich der Unterstützung der Vereinten Nationen dienen soll. Aber je mehr man die Papiere liest, desto weniger erscheint dieser Aspekt im Vordergrund zu stehen. Vor einigen Tagen ist ein Bericht der Kommission für das zivile Krisenmanagement in Naturkatastrophen erschienen, und dort ist von den Vereinten Nationen gar nicht mehr die Rede, sondern das, was die UNO oder wir mit der UNO seit vielen Jahren aufgebaut haben, wird einfach dupliziert. Wie bewerten Sie die Chancen oder die Gefahren solcher Regionalstrukturen?

Louise Fréchette:

I must say that I do not see a competition or a contradiction between strong and effective regional bodies and a strong and effective UN. Some issues are better handled at a regional level, others really do require a global organization. And I must say we welcome the interest of the EU in developing its own internal system to be able to react more rapidly. My understanding is that all the work that is being done to establish a list of police officers, of civilian experts, or indeed the cooperation at the military level could be very much put to the service of the United Nation missions. In fact, the EU is embarking on an exercise that is very similar to some of the recommendations of the Brahimi-Report in terms of building capacity, having experts available and so on. It is important to work in close cooperation so that we seek standards in Europe that are compatible with the standards of the UN. Just to take a very

simplistic example: If we are to establish a list of police officers it would be important that we have similar basic requirements. Is it two years experience, five years experience? I have every reason to believe that the EU is very interested in working with us. When Mr. Solana was in New York a few weeks ago, it was made very clear that they wish to work with us and vice versa.

Dr. Jochen Donner, Deutsche Welthungerhilfe:

Mir fällt auf, dass die Kühnheit der Deklarationen, sei es bei den Weltgipfeln oder jetzt beim Millennium-Gipfel reziprok zu ihrer Glaubhaftigkeit ist, zumindest wenn man mit den normalen Menschen auf der Straße darüber spricht. Zwei Ziele sind ja bemerkenswert: die Halbierung des Anteils der extrem Armen und die Halbierung der absoluten Zahl der Hungernden. Während solche Beschlüsse gefasst werden, berichten uns Organisationen aus dem internationalen Bereich, wie z.B. die FAO oder die Weltbank fast zeitgleich, dass diese Ziele offensichtlich nicht erreicht werden können. Die Weltbank rechnet uns vor, was notwendig wäre, um den Anteil der Armen zu halbieren, und macht deutlich, wie weit wir dahinter liegen. Die FAO rechnet uns vor, dass beim jetzigen Tempo ein solches Ziel, Halbierung der Hungernden, vielleicht 2030 – wenn es gut geht – zu avisieren ist. Jetzt frage ich Sie, irgendetwas klappt da offensichtlich nicht zwischen der Ebene der Zielsetzung und der Rhetorik einerseits und dem Monitoring und Evaluieren des eigenen Erfolgsprozesses andererseits. Frau Adler, Sie haben vorhin etwas Bemerkenswertes gesagt. In den Vereinten Nationen findet sich die Exekutive und die war immer schwach, ihre eigenen Erfolge zu „monitoren“, denn sie braucht eine Kontrolle auf der parlamentarischen oder auf der Nichtregierungsebene. Ist es nicht an der Zeit zu überlegen, wie man ein parlamentarisches Kontrollsystem bzw. ein NGO-Kontrollsystem einbauen kann, und zwar nicht nur irgendwo am Rande in einer Parallelveranstaltung, sondern als integralen Bestandteil des „Monitoring“-Prozesses.

Eva Quistorp UNIFEM Deutschland:

Als Pragmatikerin möchte ich einige Vorschläge, insbesondere Fragen von Herrn von Weizsäcker und Frau Adler, aufnehmen. Meinen Sie nicht, dass bei den anstehenden Konferenzen in Den Haag und demnächst bei „Rio plus 10“ in einer relativ gleichberechtigten Partnerschaft die Vorsitzenden der parlamentarischen Sachausschüsse zum Thema Klima mit offenen Kommunikationskanälen zwischen Exekutive und NGOs angemessen vertreten sein sollten. Wenn jetzt ein „Global Compact“ mit multinationalen Unternehmen gemacht wird, dann will ich nicht pauschal nur schreiben, das sei die Vereinnahmung der Vereinten Nationen durch die multinationalen Konzerne. Aber ich möchte doch darauf hinweisen, dass man dann umso stärker den „Monitoring“-Prozess und den Demokratisierungsprozess, der durch die NGOs angestoßen wird, institutionalisieren sollte.

Ulrike von Pilar, Ärzte ohne Grenzen:

Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie vorhin, wenn auch kurz, die Frage von Krieg und Frieden angesprochen haben, an der sich die UNO in Zukunft messen lassen muss. Herr Fischer hat heute morgen leider sehr wenig von Krieg und Frieden gesprochen. Ich möchte Sie insbesondere bezogen auf die Konflikte in Afrika fragen, ob Sie glauben, dass auf absehbare Zeit regionale Lösungen, also afrikanische Lösungen für afrikanische Konflikte, denkbar sind, und zwar nicht nur im Rahmen ei-

nes politischen Schemas, sondern wirklich mit dem Ziel, effektiv vor Ort die Menschen zu schützen. Denn unsere Angst ist natürlich, dass die Verantwortlichkeit unserer Regierungen umso geringer wird, je afrikanischer die Lösungen werden.

Martin Vogt, Verein Deutscher Bediensteter bei Int. Organisationen der VN

Zwei Anmerkungen zu den Themenfeldern Personal und Medien: International operierende Konzerne wissen seit langem, dass der Wert ihrer Unternehmen in höchstem Maße von der Qualität ihrer Mitarbeiter abhängt. Deswegen tun sie alles, um ausgezeichnete Mitarbeiter zu rekrutieren und zu motivieren. Sie wissen, dass in ihrem Konzern viele Leute sehr hart arbeiten. Gleichzeitig wissen sie auch, dass viele nur so tun, als ob sie hart arbeiten. Ich denke, dasselbe Personalproblem stellt sich bei der UNO. Nur lässt sich in einer Firma die Leistung eines Mitarbeiters viel leichter beurteilen. Dort wird ergebnisorientiert gearbeitet. Macht er Profite, kann ich das beurteilen. Wie beurteile ich die Effektivität eines Mitarbeiters im Sicherheitsrat oder in den VN-Sonderorganisationen? Machiavelli hat einmal gesagt: Es ist einfacher, mit guten Soldaten Gold zu bekommen, als mit Gold gute Soldaten. Das heißt, Personal muss absoluten Vorrang haben. Seit Jahren stellt man fest, dass die Bedingungen für die Bediensteten der Vereinten Nationen konstant schlechter werden. Welche Hoffnung hat man denn, mit sogenannten „short-term-contracts“ von sechs Monaten bis ein Jahr qualifizierte Mitarbeiter unter Vertrag zu stellen?

Zum zweiten Punkt: Wenn man die Presse aufschlägt und man liest Berichte über die Vereinten Nationen, dann wird sensationell beurteilt und geurteilt. Die Frage ist, wie kann man eine Verbesserung in der Medienpolitik erreichen.

Friederike Bauer, F.A.Z.:

Ich würde gern kurz an das anschließen, was wir zur Rolle der NGOs gehört haben. Madame Fréchette, wie stellen Sie sich denn eine konkrete Einbeziehung der NGOs künftig vor? Sie sprachen von Tausenden und Tausenden, die da in New York akkreditiert seien. Gibt es konkrete Überlegungen im Sekretariat dazu?

Dr. Günther Altenburg:

Vielen Dank. Das war nun wirklich sehr viel auf einmal, aber als Stellvertretende Generalsekretärin werden Sie das in derselben Brillanz, wie Sie es im Sekretariat machen, auch hier bewältigen.

Louise Fréchette:

Flattery will get you nowhere! On the question of the goals and whether they are achievable: First I think one has to remember what has happened in the world of development in the last 25 years. There has been enormous progress. Literacy rates are up, education rates are up. The state of health is better in many parts of the world. So this is not a dream that has never been realized. Real improvement in the life of real people has happened over and over. I believe that the goals that have been set in the Declaration are eminently achievable. What I am not sure about is whether they are achievable in each and every country. They may not be achievable in countries if war, for instance civil war, continues for a long long time. But we never said that these goals were achievable simply by continuing as we are now. It will require real efforts, real commitments on the part of all the players in this exercise. Much has to

come from the national level. Governments who make a commitment to tackle problems of poverty, of education, who take whatever measure is taken to reduce corruption, to institute measures of good governance, stand a much better chance of achieving these goals. But they need in most cases stronger support than they are getting now from those who have more. That is why the call for better trade access, for more development assistance, for accelerated debt reduction is so important.

There were a number of questions relating to the involvement of NGOs. NGOs who are committed to these causes have a great role to play. If you just look at the role that Jubilee 2000 has played in pushing the issue of debt reduction. It goes to prove that quite a lot can be accomplished in terms of mobilizing public opinion internationally around a cause. I would urge NGOs to set themselves some goals and play their role in gaining public support and promoting political momentum. Look at the history of the last few years, the Jubilee 2000, the treaty on land mines or the conclusion of the negotiations on an International Criminal Court. When these movements started they were deemed to be utopian. So I guess one can be pessimistic and say, well this bridge is too far and it's none of my business, or one can be a more positive thinker and say: It is achievable if we all play our part.

Having said this, we may be approaching a cross road in the manner in which NGOs are involved in the work of the UN. Through the late eighties and the decade of the nineties, NGOs have become more and more directly involved in discussions in the UN on a very broad range of issues. Practically every conference or every meeting that deals with economic or social development issues have developed their own techniques for relating to NGOs. But as I mentioned earlier, there is an increasing num-



Im Auditorium: Die Bundestags-Vizepräsidentinnen MdB Dr. Antje Vollmer und MdB Petra Bläss

ber of NGOs, some large, some small, some self appointed, some based on a very broad membership. And it is my sense that there will have to be some deep thinking done not only by governments or by UN officials but more seriously by NGO-leaders themselves to see how they organize themselves. Because the real challenge is the inevitable fragmentation of the NGO-community in thousands and thousands and tenths of thousands of entities. So the challenge is not only for the UN-Secretariat or the Member States but also for the NGO-community itself to start thinking about designing roles for themselves, about who represents whom, who speaks for whom, whether there is room in the NGO universe to establish some elements of representativeness, some criteria or some guidelines for transparency. Frankly, I don't have a model, but I really think these questions are important and will have to be tackled.

The question about regional solutions to problems particularly in Africa is a very interesting one. And again I do not see a contradiction between regional and global action on these issues. I think the recent history of African conflicts has demonstrated that there is a need for action at both levels. Very often the regional level is the best one to support a political process. But it is also clear that some regional organization really do not have the capacity to support for instance complex peace keeping operations. The OAU does not have that capacity. It would be enormously expensive for African countries to try to invest in an OAU full fledged capacity to deploy support peace keeping operations.

We all know that countries that come out of conflict need money to be able to demobilize rebel forces and to reintegrate them in society. The best way to avoid new conflict, especially in poor countries, is to generate economic activity, to respond to social needs. And this requires some form of involvement from the global level. The important thing is that there be very close coordination and cooperation at all times among the levels.

One of the problems the UN sometimes faces is that a peace negotiation leads to an agreement that calls for the UN to do certain things that are not realistic or that the UN is not equipped to do. It is very important that the UN is involved in these negotiations, so that, when the baby is transferred to the UN, expectations can be met effectively. I think that was the case for instance in the negotiations between Ethiopia and Eritrea, where the UN was very present with technical advisors so that the agreement that emerged out of that negotiation called for a deployment of a peace mission that is very much in keeping with UN principles and UN capabilities.

One last word on the quality of staff in the Secretariat – I was not sure whether the question was suggesting that we have problems with our quality of staff, that we were too generous, or not generous enough. So I will just say a few things. First of all I think there has been a lot of unfairness towards the UN staff in terms of the quality of the people. Yes, it is like any big organization. It has stars, it has satisfactory performers and it has its share of less impressive performers. But this is what you find in every big organization, even in the private sector. So this notion that the UN is different from the real world is a little unfair. What we have is challenges of management that are similar to challenges of management of any public entity. There is a difference between managing a private entity and a public sector entity. I have now been with the UN system for two and a half years. I was very pleased to find that we had in fact first rate people in many fields. However, in the field of management concepts or modern management organization, our conditions of employment are not always as good as it should be. Like everybody we find it very difficult to attract computer specialists. But I

think every public sector entity that I know finds the same problem. The public sector salaries were not competitive in that sense. But we do attract some excellent people from around the world. The notion that fair geographic representation is an impediment to quality is unfair. We have excellent people all over the world, and I have never considered that because I had to maintain some kind of geographic representation around me that I was in any way sacrificing quality.

I will end with one issue because this one is very close to my heart, that of the security of staff. We have had a very large number of deaths amongst our ranks in the last two or three years. There is an expectation out there that the UN, particularly the UN humanitarian agencies, will be present everywhere at any time, and frankly the cost in human lives has been extremely high. We are about to submit to the Assembly a major reform plan to increase the security of our staff. But I hope also that the friends of the UN out there who have come to appreciate the good work of our humanitarian agencies will understand that there are times where it would be irresponsible for the heads of these agencies to deploy these people. I know sometimes NGOs will go where we leave. It is a very honourable decision on their part and I admire them very much for that. But we as leaders of the UN also have to worry about the safety of our people and we have to give them a minimum of guarantees that they can operate within a reasonable level of risks. It is quite hard to take and yet I know that my UN colleagues – especially those who are in the field – are probably the ones who want to stay. They are the ones who want to take more risks. So let me use this UN day to again pay homage to my colleagues.

“Those who suffer, or who benefit least, deserve help from those who benefit most.” (United Nations Millennium Declaration)

Panel 1: Der „Global Compact“: Neue Kooperationsformen zwischen den Vereinten Nationen, Nichtregierungsorganisationen und transnationalen Unternehmen

Einführung: John Ruggie, Assistant Secretary-General, Special Adviser, Office of the United Nations Secretary-General:

Thank you for this opportunity to discuss with you the Global Compact (GC) initiated by Secretary-General Kofi Annan – and for all the good efforts by the Foreign Ministry and your Mission in New York to enhance understanding of it and rally support behind it. We are extremely grateful.

I propose to do three things this afternoon: First, to describe the GC briefly – what it seeks to accomplish and how. Next, to place the GC in perspective. What is it *about*, in the broader and deeper context of globalization? And finally, I want to address several criticisms the GC has generated in some parts of the NGO community.

1. The Global Compact

The GC is an initiative intended to promote corporate social responsibility and citizenship in the new global marketplace. It seeks to utilize the power of transparency and dialogue as its chief tools. And it is a collaborative effort involving not only the United Nations and corporations, but also international labor and NGOs as core participants.

The Global Compact is an initiative intended to promote corporate social responsibility and citizenship in the new global marketplace. It is a collaborative effort involving not only the United Nations and corporations, but also international labor and NGOs as core participants.

The GC is not designed as a regulatory instrument. Nor should it be viewed as a substitute for any regulatory arrangement that either countries or companies might wish to construct. It represents an altogether different type of organizational activity: an open-ended experiment intended to identify, disseminate and promote good practices based on universal principles.

As many of you know, the GC encompasses nine such principles, drawn from the Universal Declaration of Human Rights, the ILO's Fundamental Principles on Rights at Work and the Rio Principles on Environment and Development. The ILO, OHCHR and UNEP are the core UN partners, along with UNDP to manage the operational dimensions.

The GC asks companies to act on the nine principles in their own corporate domains, moving towards „good practices” as understood by the broader international community, rather than relying on their often superior bargaining position vis-à-vis national authorities, especially in smaller and poorer countries, to get away with less.

Specifically, we ask companies to undertake three commitments:

1. To advocate the GC and its 9 principles in mission statements, annual reports and similar public venues, on the assumption that their doing so raises the costs of behaving otherwise;

2. To post on our website at least once a year the concrete steps they are taking to act on the 9 principles – discussing lessons learned, both positive and negative, thereby generating a dialogue intended to disseminate learning experiences;
3. To join with us in partnership projects of benefit to developing countries – either a policy forum (e.g., the role of corporations in zones of conflict) or operational activities (e.g., Ericsson’s First on the Ground initiative).

Our labor and NGO partners play essential roles in these endeavors. Their contribution will be particularly important in the on-line dialogue concerning good practices that lies at the heart of the learning experience the GC hopes to promote.

Following a high-level kickoff event at the UN on 26 July, our efforts have been focused on achieving practical results – and then letting those results speak for themselves: specifying how firms can engage with the GC, shaping the format and contents of their on-line postings, planning the first policy forum and devising a recruitment strategy to hit our target of 1000 major companies within 3 years.

I am very pleased that the GC has generated considerable interest among German companies. Of the 50 corporations that participated in our July meeting, no fewer than 7 are German-based. Indeed, Europe as whole accounts for more than half of our corporate partners thus far.

U.S. firms are under-represented at the moment, being generally more restrained in their enthusiasm for such initiatives. In our case, the fact that labor and NGOs are core participants has given some U.S. firms additional pause. But we have quite a number of American fence sitters, watching closely how the Compact unfolds before committing themselves. I trust that they will come on board in due course.

Recruiting Asian firms requires somewhat different approaches than we employ in Europe and the U.S. But we expect soon to announce several Japanese participants, and perhaps some Koreans not long thereafter. The GC has also piqued the interest of a number of Chinese firms, and one from Hong Kong attended our inaugural meeting.

Firms from developing countries also attended our July meeting – including from Brazil, India and South Africa.

So, that’s the Compact in brief. Now, what is it about, in the broader context of globalization?

2. The GC and Globalization

As I have indicated, the GC is a voluntary instrument promoting corporate social responsibility in the new global economy. Why should companies be interested in joining this initiative? And why should governments be supportive of it? There are macro reasons and micro reasons, and both involve the current state of globalization. Let me explain.

First, on the macro side. Today, the benefits of globalization are distributed highly unequally, both within and among countries. Large parts of the developing world are left behind entirely; these are the countries where 1.2 billion people strive to survive on \$1 a day, or nearly 3 billion on \$2 a day.

Moreover, globalization is characterized by an imbalance in global rule making. Those rules that favor global market expansion have become more robust and enforceable in the last decade or two. Rules intended to promote equally valid social objectives, be they poverty reduction, labor standards, human rights, environmental

quality or control of transnational criminal activity, lag behind and in some instances actually have become weaker.

Finally, what we might call a global identity crisis has emerged. “Who is us?” is being asked with growing shrillness all over the world. “Who is in control of the unpredictable forces that can bring on economic instability and social dislocation, sometimes at lightning speed?” The answer, “no one,” serves only to feed fear and even paranoia – apart from the fact that it is not, strictly speaking, accurate.

These adverse features of globalization are neither acceptable nor sustainable – any more than they were during the Victorian episode of globalization, which collapsed into world war, followed by an outburst of enormously destructive economic nationalism and worldwide depression.

And yet we have a very strong interest in making globalization work for everyone. Open markets maximize opportunities for firms, they help sustain prosperity in the industrialized countries and they provide the only hope of pulling billions of poor people in developing countries out of the abject poverty that entraps them like a cage. There is also good evidence that open markets, over time, have positive political effects as well.

Globalization must mean more than making markets bigger. It requires much stronger social and environmental pillars, which would help overcome its disparities.

But globalization must mean more than making markets bigger. It requires much stronger social and environmental pillars, which would help overcome its disparities.

Let me describe the challenge this way: today, we have to learn to do at the *global* level what every industrialized country learned to do at the *national* level in the aftermath of the Great Depression and World War II: to embed market forces in shared values, principles and institutional practices.

Corporate social responsibility is one step toward that end.

Do I believe that companies all of a sudden have become altruists? Certainly not – indeed, I would be deeply suspicious if any made that claim. But, in addition to these overall macro factors, there are also good reasons at the level of firms why they should engage with the Global Compact and similar efforts.

The most encompassing is the protection and promotion of the company brand – which accounts for an ever increasing, and in some cases overwhelming, share of companies’ market valuation. In that context, it pays for them to be seen to do “good” things.

Some companies have done “bad” things in the past, they’ve paid a price in public embarrassment and perhaps even diminished sales, and they want a new image.

Others are coming to view global corporate social responsibility as a natural extension of corporate social responsibility in their home countries, as one of the rules of the game in the new global marketplace.

Still others – particularly companies in cutting edge industries, where attracting absolutely the best personnel worldwide is the key to success – are finding that they cannot sufficiently motivate the very best people only with monetary rewards. In such cases, more elevated social purposes are becoming part of corporate culture.

Finally, there may be companies looking to the GC for a free ride – mere publicity, or

“co-branding” with the UN, as it were – with little intention of doing what we ask of them. If so, they ought to be aware that they are operating in a fish bowl. We are alert. Our NGO and labor partners are watching. And so, too, is the wider world out there, led by an increasingly attentive media.

In short, as markets are going global, so, too, must corporate social responsibility and citizenship.

3. Some Areas of Disagreements

The GC has attracted an enormous amount of attention in the world’s press, most of it supportive, and in the NGO community, some of it quite negative. My favorite assessment in the press, it won’t surprise you, was an editorial in the *Christian Science Monitor* – no free-market apologist – describing the GC as Kofi Annan’s “most creative reinvention yet” of the United Nations.

Certain criticisms by activist groups I won’t dignify with a response; they’re the one’s that question Kofi Annan’s motivations. The Secretary-General is doing what he’s doing because he believes it to be the right thing. If the GC turns out not to work as intended we will adapt it, and if it’s a flop it will be dropped.

A larger number of NGOs and activist groups are genuinely concerned about the risks involved to the image and reputation of the United Nations. In turn, we genuinely appreciate their concern. We, too, are aware of those potential risks, as I’ve indicated, and will do our best to manage them.

A third area of disagreement is the most profound and, therefore, the most difficult to resolve. It concerns our respective postures toward globalization.



Beigeordneter VN-Generalsekretär John Ruggie

The Secretary-General has committed himself, and the United Nations, to help reverse the adverse attributes and consequences of globalization. But we do not reject the very phenomenon of globalization itself. And therein lies the major difference between us, and some of our friends in the NGO community.

I fear that rejectionists of globalization in the North are on a collision course with the needs of the poor in the South – however unintended it may be.

I fear that rejectionists of globalization in the North are on a collision course with the needs of the poor in the South – however unintended it may be. Nurtured and sustained by the greatest accumulation of wealth the world has ever known, northern rejectionists are driven by a cultural alienation from the institutions and practices that generate this wealth. And that is their prerogative.

But the life-shaping force haunting the world's poor is not Disneyfication; it is not McWorld. Nor is it a Nike or a Shell, whatever its other sins may have been. Nor, indeed, is it the WTO, the World Bank or the IMF, though each has committed egregious policy errors over the years.

Poverty has been exploding in Africa – but it is *hardly* because of *too much* globalization. According to the latest UNCTAD figures, the share of direct foreign investment allocated to Africa has now shrunk to 1.2% of the global total – 1.2% for a continent that accounts for more than ten times that fraction of the world's population. In contrast, poverty is declining in East Asia, and more modestly in South Asia, where much of the direct foreign investment destined for the developing countries has been heading.

The stark reality facing the world's poor is the absence of economic opportunity, a deep-rooted inability to generate equitable and sustainable economic growth, and a scarcity of the political, economic and social institutions conducive to that outcome. This root problem is compounded by an insufficient sense of global solidarity – in the form of faster and deeper debt relief, greater market access for the exports of developing countries, especially the least developed, and vastly expanded programs of outright grants to poor countries, targeted for poverty reduction programs.

Rejectionism will not solve a single one of those problems. Globalization can help do so – a globalization that is embedded in universal values and principles, and one that is better managed by “good governance” at national and international levels alike.

That is *our* agenda – expressed, most recently, in the United Nations Millennium Declaration, adopted by heads of state and government at the Millennium Summit in September, and reflecting the priorities laid out by the Secretary-General in his Millennium Report, “We the Peoples.”

We invite all those who care deeply about these issues to work with us in making this agenda a reality.

Reaktionen der Panelisten und Diskussion

Moderation: Hans-Heinrich Wrede, Auswärtiges Amt, Arbeitsstab Globale Fragen

Dr. Maritta von Bieberstein Koch-Weser, Generaldirektorin World Conservation Union (IUCN):

Reflecting on the Global Compact and environmental achievements since the 1992 Rio Earth Summit, we find that:

* Significant advances have been made over the last decade in the form of national and multilateral environmental policies, legislation, agreements, and institutions. Much remains to be done, however, to enact and enforce these. The world over there are many underfunded, poorly supported mandates. In national administrations Environment Ministries often preside over the least endowed portfolios. Also, their agendas are insufficiently mainstreamed across related sectors such as agriculture, water, energy, transport or infrastructure. The most appalling example of “under-endowment” among environmental institutions worldwide may well be UNEP itself. It carries the burden of a huge mandate on earth, but its annual budget of some US\$ 60 million is utterly insufficient to fulfill it.

* We must look at environmental realities on the ground. We see accentuated, continuing negative trends in many parts of the world, especially in terms of the acceleration of finite, irreversible losses. The onset of climate change and the growing numbers of endangered or already extinct biological species give us pause. The most recent Red List of endangered species, published by IUCN in September 2000, documents dramatic changes which have occurred over the short 1996-2000 time span in terms of the increases in numbers of endangered species of birds, monkeys, turtles and plants (see www.redlist.org).

* The pressure on limited, finite planetary resources has become ever greater with population growth, economic development and exploitative greed. Degradation of vital resources is a threat to human wellbeing and ultimately to peace and security. Extrapolation of current data leads to scenarios which are ugly, unthinkable and ethically unacceptable. The gap between mandate and means, between rhetoric and reality, is large and growing. We can and must do better.

* One important step towards more significant progress in environmental stewardship is to take an honest look at the current system of environmental institutions, and to improve upon it. One reason why environmental institutions are prone for failure is that responsibilities for environmental safeguards and policy development are split among a particularly large, diverse and at times infighting group of weak, underfunded and understaffed organizations – both, public and private:

* Public environmental agencies notoriously lack economic and political weight. An additional complication is that the various Conventions (MEAs) have been set up separately, in terms of their themes and their governance routines. Overlapping agendas such as biodiversity, wetlands, migratory species or climate are separated rather than integrated. Progress is slow as a result of the present high cost, cumbersome transaction system. Again in the year 2000, we have seen that conferences on water or climate convene thousands of players, but bear little or no fruit. Their cost must be enormous.

* The large environmental civil society sector, while committed and increasingly significant, also lacks the solid financial basis needed to assure long term environ-

mental action programs. The environmental world of civil society is mostly hand-to-mouth, not cohesive and internally competitive. NGOs rely only in part on direct fundraising with the committed public, and on support from private sponsors. Much like public sector agents, they also compete for shrinking or stagnant national and international aid budgets. They have to compete with other sectors, and with “emergency” funding for calamities associated with wars or natural disasters.

* The academic research & science institutions are often far removed from environmental policy making and action oriented programs. Consequently, the translation of their findings, or the dissemination and application of environmentally benign inventions and technologies occur with undue delay.

The “Global Compact” is a hopeful development. It represents a first, albeit exceedingly modest attempt to engage private sector agents on a voluntary basis in the international environmental and social agenda.

* The private sector has in recent years become more open to environmental and social concerns. However, so far the private sector has only few structured avenues to move beyond ad hoc contributions. In this context, the Global Compact launched by Dr. Kofi Annan is a hopeful development. It represents a first, albeit exceedingly modest attempt to engage private sector agents on a voluntary basis in the international environmental and social agenda.



V. l. Beigeordneter VN-Generalsekretär John Ruggie, Hans-Heinrich Wrede, Malini Mehra, Gerd Poppe

* Overall, there is a disequilibrium between the frail powers of the fractioned world of environmental institutions on the one hand, and the synergies and potential heavy-handedness of powerhouses such as the WTO, the World Bank, the IMF or WHO on the other.

* Concluding questions and recommendations: How could the international environmental system be further improved? What could be some of the considerations for Rio+10?

* The world may well need a synergistic mechanism to bring together the strands of its environmental institutions. There is a need for a continuous, binding, results-oriented system. To make a difference on earth, such an organizational apex system, if created, would need to go beyond the customary UN system and be reflective of today's "Realpolitik" distribution of power and knowledge.

* It would ideally be a 4-partite system, bringing together around one table representatives ("chambers") of the public sector, academia, civil society and the private sector. It would be worthwhile to take a closer look at any forerunners of such 4-partite collaboration, e.g. in voluntary umbrella organizations such as IUCN (752 NGOs, 76 States and 6 scientific commissions) or the ILO, which gives a formal place to the private sector.

* There would be 5 Key functions of a world environment apex system, namely: (1) to better implement environmental agreements, (2) to foster knowledge for and about the environment, (3) to mainstream environmental considerations across all relevant sectors, (4) to provide technical assistance and training in environmental disciplines and management, and (5) to mediate environmentally related debates and conflicts.

The Litmus test for any institutional improvements should be what eventually happens in nature. We must focus on targets such as a measurable reduction of losses, and the regaining of the environmental ground.

Malini Mehra, Director Centre for Social Markets:

The Global Compact is like motherhood and apple – a well-intentioned attempt to enroll business in advancing the noble agenda of the United Nations: peace, development and human rights. Who could be against it? Indeed, it seems to be churlish to say anything unkind about it. However, the reality is that views are split on the motivations, modalities and likely impact of the Global Compact.

Some say that the Global Compact is an idea whose time has come and that the UN Secretary General should be congratulated for his foresight in reaching out to international business. Others, however, view this development with deep suspicion and hostility.

Why?

Both sides have compelling reasons for their positions. The 'corporate optimists' – many of them present on this panel – for their belief that business must be a part of the solution and pull its (self-interested) weight in efforts for global problem solving. The 'corporate sceptics' for their belief that powerful corporate interests are simply using the Global Compact to whitewash or 'bluwash' their image for public relations gains and seek to weaken or co-opt the United Nations.

My own view is that while a pragmatic relationship with the private sector is necessary for the United Nations, the UN stands to lose its reputational integrity among its staunchest civil society supporters because of the manner of its embrace of big business. Perhaps this is the price that the Global Compact will come at. But it need not be. Trust, as Francis Fukuyama pointed out many years back, is an essential glue between protagonists and antagonists. Civil society groups tend to trust the UN but see it in great danger of 'selling out' to big business. They want to stop the UN becoming another handmaiden of big business – as the IMF, World Bank and WTO are perceived to be. The UN is seen as the last bastion of the global public interest and civil values – as opposed to private interest and commercial values.

While a pragmatic relationship with the private sector is necessary for the United Nations, the UN stands to lose its reputational integrity among its staunchest civil society supporters because of the manner of its embrace of big business.

But before going further, let me just back and take a look at some of the pros and cons of the Global Compact as I see them:

Pros

1. Involving business in positive, solutions-oriented approach to global problems.
2. Setting coherent package of international human rights (incl. labour) and environmental standards for business.
3. Working with market leaders – the most visible and influential – to act as a spur to the laggards and less well-performing companies.
4. Building coalition of NGOs, trade unions with business. (This will also result in some mutual cross-checking and monitoring.)
5. Provision of business expertise to bureaucratic and often badly-managed UN operations.
6. Business courted as new supportive constituency for the UN – e.g. Ted Turner's UN Foundation – to bring much needed money and political support for embattled UN.

Cons

1. Easy PR for big business. This damaging UN credibility with NGOs – especially those NGOs who had seen UN as last chance of regulating international big business.
2. Non-binding, voluntary nature of Global Compact. This seen to be a 'soft sell' to business and the reason for their involvement – a lot of gain for little pain.
3. No system of checks and balances. No independent monitoring or verification of participating companies performance.
4. Fear of creeping 'corporate takeover' of the UN. UN in danger of becoming just another tool of big business – a servant instead of a master or even an equal.

Here other key questions that arise are:

Can the UN remain true to its mandate and impartial with its growing dependence on corporate money? Or will it still be able to fight the good fight – e.g. the battle between the World Health Organisation and big tobacco companies?

Will this new partnership mean an end to attempts to regulate international business activities through UN and other multilateral bodies? Or will it have a ‘chilling effect’ on such attempts even if it does not kill them outright?

In conclusion then, I would like to make the following points:

If the Global Compact is to succeed, big business will have to earn the trust of citizens. Can it do this? Here action will count much more than words or PR razzmataz. If the Global Compact is seen as just another public relations exercise by big business, it will backfire badly. If it is seen as a good faith attempt to accept and implement global standards and values as a touchstone for 21st century business – then it may just have a chance of succeeding. But participants should be prepared for a bumpy ride ahead – and much scrutiny by public interest watchdog groups.

As for the United Nations, it will have to win back the confidence of NGOs and other civil society groups who have begun to question the motivations and agendas of UN leaders. This disquiet is shared by many UN policy and programme staff themselves: many of whom have become demoralised at the increasingly unquestioning attitude of their bosses towards the private sector.

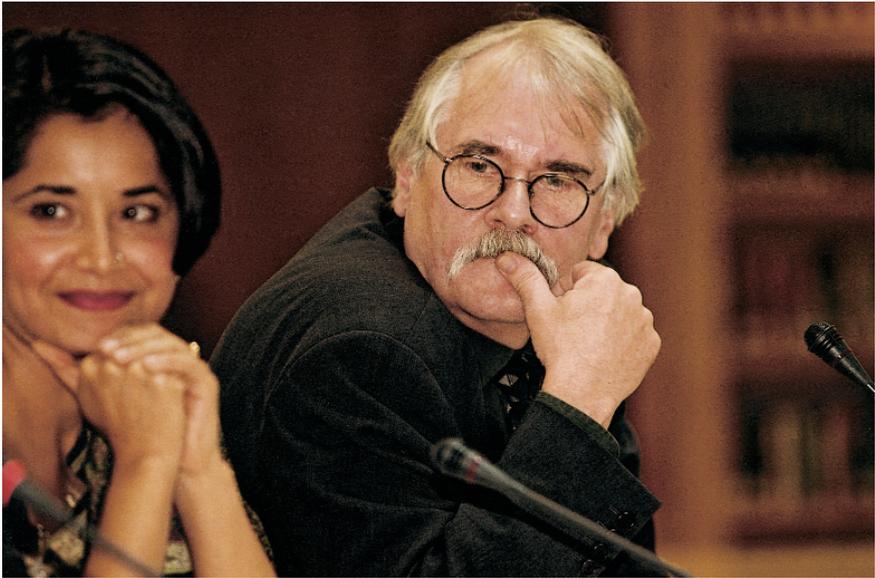
To counter this, the UN’s leadership must urgently prepare a coherent system-wide **strategy document** towards the private sector. This must be prepared in consultation with staff in operational agencies on draw on lessons learnt from existing experience with the private sector. This document could then be used as a framework and guide for future UN/private sector interaction – including the Global Compact – leading to clarity and building support for the effort, rather than perpetuating the current confusion and ad-hocism at the UN.

Five other things that the UN can do to restore its credibility and ensure the effective functioning of the Global Compact are:

1. Establish an **independent verification fund** – with money from participating corporations – to enable systematic third-party monitoring and verification of corporate activities undertaken under the aegis of the Global Compact.
2. Establish **strict guidelines** to clarify what each participating party in the Global Compact can and cannot do vis-a-vis its association with each other. E.g. companies using the UN association for corporate PR or advertising, use of the UN logo, etc.
3. Establish transparent **selection and rejection criteria** for participating companies and civil society groups.
4. Establish **national versions** of the Global Compact – e.g. supported by country UNDP offices – with clear links to domestic regulation and associated enforcement mechanisms.
5. Re-engage in the international debate on **rules for global business** – e.g. competition policy to prevent monopolies and restrictive business practices – with other UN bodies such as UNCTAD and ILO.

Gerd Poppe, Auswärtiges Amt, Beauftragter für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe:

Sie haben ja heute schon vom Bundesaußenminister gehört, in welcher Weise die Bundesregierung den Global Compact begrüßt. Sie werden deshalb vom Menschenrechtsbeauftragten nicht das Gegenteil erwarten. Ich will aber aus der Per-



V. I. Malini Mehra, Gerd Poppe

spektive des Menschenrechtlers noch einmal darlegen, warum ich diese Initiative befürworte und in ihr eine Chance sehe.

Es ist ja fast ein Allgemeinplatz, wenn man sagt, dass sich die gegenwärtigen globalen Aufgaben nicht ausschließlich von Regierungen lösen lassen werden, sondern dass die aktive Mitwirkung der Zivilgesellschaft erforderlich ist. Wir haben heute unter anderem von der Stellvertretenden Generalsekretärin gehört, wie stark die NGO-Szene insgesamt schon in dem VN-System verankert ist. Das eigentlich Neue an dieser Initiative des Generalsekretärs der Vereinten Nationen ist, dass nun auch der Akteur Wirtschaft als ein Akteur der Zivilgesellschaft aufgefordert ist, sich einzubeziehen.

Deshalb sehe ich den Global Compact vor allem als den Versuch, den Globalisierungsprozess mit unserem Wertesystem in Einklang zu bringen. Das heißt nicht etwa, dass transnationale Unternehmen nun die VN für sich vereinnahmen, um dadurch einen Imagegewinn zu erzielen, sondern dass umgekehrt transnationale Unternehmen auf die Ziele der Vereinten Nationen verpflichtet werden sollen in den drei Bereichen, die der Global Compact enthält.

Ich sehe zwischen dem Schutz der Menschenrechte und den Wirtschaftsinteressen keinen grundsätzlichen Interessenkonflikt. Ein Unternehmen, das an einer seriösen Entwicklung interessiert ist und im internationalen Maßstab investiert, muss letztlich ein Interesse an Rechtsstaatsentwicklung, an Entwicklung von Demokratie und am Schutz von Menschenrechten haben.

Ich sehe keinen grundsätzlichen Interessenkonflikt zwischen dem Schutz der Menschenrechte und den Wirtschaftsinteressen. Ein Unternehmen, das interessiert ist an

einer seriösen Entwicklung und im internationalen Maßstab investiert, muss letztlich ein Interesse haben an Rechtsstaatsentwicklung, an Entwicklung von Demokratie und am Schutz von Menschenrechten.

Minister Fischer hat heute mit Recht darauf hingewiesen, dass es bei der Asienkrise eben nicht nur um eine Finanzkrise ging, sondern um eine tiefe Demokratiekrisis, und dass Unternehmen deshalb gut beraten sind, wenn sie das von ihrer Seite Notwendige tun, um die Ziele von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu unterstützen. Das heißt nun aber nicht, dass die Wirtschaft hier eine Rolle übernehmen soll, die ihr nicht angemessen ist. Sie soll nicht etwas lösen, was die Regierungen bisher nicht in der Lage waren zu lösen, sondern sie soll in ihrem wohlverstandenen Eigeninteresse handeln und gerade deshalb sich den Zielen verpflichtet fühlen, die die Vereinten Nationen formuliert haben.

Es bleibt dabei, dass Menschenrechtsschutz eine staatliche Aufgabe ist und eine vorrangig staatliche Aufgabe bleiben wird. Aber schon die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 verpflichtet jeden Einzelnen und damit auch die wirtschaftlichen Akteure, zur Lösung dieser Aufgabe beizutragen.

Ich halte eine Formulierung für besonders wichtig, die im Global Compact ausdrücklich genannt ist, die Wirtschaftsunternehmen sollen Menschenrechtsverletzungen vermeiden helfen, jedenfalls selbst nicht dazu beitragen. Sie können sie nicht im einzelnen verhindern durch ihre Tätigkeit, aber sie sollen nicht selber Menschenrechtsverletzungen begehen. Ich finde, das ist ein ganz entscheidender Satz, und ich würde gerne hinzufügen wollen, dass die Wirtschaft auch vermeiden soll, in Krisenregionen auf eine Weise tätig zu werden, die zur Verschärfung von Konflikten führt.

All das ist in der Vergangenheit schon geschehen und ich denke, wenn es jetzt nach dem hochrangigen Treffen im Juli unter Beteiligung auch einiger sehr renommierter deutscher Firmen – zwei davon haben sich heute hier schon kurz zu Wort gemeldet – dazu gekommen ist, dass die Wirtschaft sich den dort genannten Zielen verpflichtet, so ist das zunächst ein Fortschritt. Und ich muss jetzt allen Kritikern sagen, dass diese Entwicklung natürlich nicht in jeder Hinsicht vorprogrammiert ist, aber dass sie, verglichen mit dem bisher Möglichen, einen Fortschritt darstellt.

Es bleibt bei dem Prinzip der freiwilligen Selbstverpflichtung. Es wird aber weiter staatliche Normensetzung geben müssen. In der Zukunft wäre die Frage, inwieweit staatliche Normensetzung mit der Freiwilligkeit unternehmerischer Verpflichtungen kollidiert oder es sogar umgekehrt Normensetzungen gibt, an der die Wirtschaft auch im eigenen Interesse außerordentlich interessiert ist.

Für ähnlich klärungsbedürftig halte ich alles, was mit der Transparenz dieses Vorhabens zu tun hat. Zu klären ist die Frage: Wie weit kann die Überwachung der Implementierung der eingegangenen Verpflichtungen gehen? Was sind die Mindestanforderungen öffentlicher Berichterstattung oder öffentlicher Darstellung? Darüber ist bisher nichts gesagt. Und welche Maßnahmen gibt es möglicherweise bei Nichteinhaltung der Verpflichtungen?

Ich muss sagen, dass ich den Mut dieser Firmen, die sich jetzt beteiligen, doch bewundere. Denn was können sie gewinnen? Sie können sich mehr Kritik einhandeln als öffentlichen Imagegewinn davontragen. Denn diese Firmen, unter anderem diese sieben oder acht deutschen Firmen, die sich im Juli entschieden haben, sich zu beteiligen, werden damit rechnen müssen, dass die Zivilgesellschaft in ihrer Gesamtheit keine Möglichkeit auslassen wird, ihnen Fehler und Verstöße gegen die

selbst eingegangenen Verpflichtungen nachzuweisen. Das verdient unsere Achtung. Was können wir auf der nationalen und regionalen Ebene tun, um diesen Prozess weiterzuentwickeln? Wir haben dazu einiges auch im eigenen Hause in Gang gesetzt. So haben wir seit einem Jahr einen Arbeitskreis Menschenrechte und Wirtschaft. Ich kann später eventuell nochmal darauf zurückkommen, was sich aus diesem Arbeitskreis für Fragestellungen ergeben und inwiefern sie auch möglicherweise mit dem Global Compact zu tun haben.

Professor Dr. Josef Wieland, Wissenschaftlicher Direktor Institut des Deutschen Netzwerks Wirtschaftsethik:

Die neuen Prinzipien der Global Compact Initiative der UN, die sich auf die Bereiche Menschenrechte, Arbeitswelt und Umwelt beziehen, sind in einer Reihe zu sehen mit verschiedenen anderen Initiativen, die in den letzten Jahren von den verschiedensten Organisationen und Institutionen ins Leben gerufen wurden. Dazu sind zu zählen die Initiativen Public Private Partnership, Corporate Social Responsibility, Good Corporate Citizenship, oder etwa der Standard Social Accountability 8000. In all diesen hier genannten Initiativen und Standards geht es im Kern um die gleiche Thematik, wie sie auch die neun Prinzipien des Generalsekretärs Kofi Annan benennen, andere gehen im konkreten Bereich noch darüber hinaus.

Die Global Compact Initiative ist daher keineswegs zufälliger Natur, sondern ist in einem Kontext, der sich schon seit einigen Jahren entwickelt, zu sehen. Worin genau besteht dieser Kontext?

Die Globalisierung der Wirtschaft hat dazu geführt, dass die sich verändernde Steuerungskompetenz der Nationalstaaten nach neuen Regimen der Governance verlangen. Unternehmen der Wirtschaft werden schon seit Jahren mit Aufgabenstellungen konfrontiert, die man vor wenigen Jahren noch für genuin politische Aufgaben der Nationalstaaten gehalten hätte.

Die Globalisierung der Wirtschaft hat dazu geführt, dass die sich verändernde Steuerungskompetenz der Nationalstaaten nach neuen Regimen der Governance verlangen. Unternehmen der Wirtschaft werden schon seit Jahren als solche relativ stabilen Regime der Governance erkannt und zunehmend mit Aufgabenstellungen und Aufgabenansprüchen konfrontiert, die man vor wenigen Jahren noch für genuin politische Aufgaben der Nationalstaaten gehalten hätte.

Diese Steuerungskompetenz drückt sich aus in der möglichst raschen Schaffung von stabilen Spielregeln, die sich vor allen Dingen auch dadurch auszeichnen, dass sie von den gemeinten Akteuren auch wirklich angewandt werden. Es sind daher Selbstbindungs- und Selbstorganisationsprozesse der Unternehmen an Spielregeln und Standards zunehmend zu einem Mittel der Politik geworden, die darauf nicht verzichten kann, wenn sie drängende Probleme der globalen wirtschaftlichen Entwicklung überhaupt noch bearbeiten will.

Unternehmen verfügen in einer ganzen Reihe von Gebieten über eine Expertise, wie sie in den Wissenschaften und vor allen Dingen auch in der Politik nicht zu finden ist. Global Compact und die anderen Initiativen suchen daher danach, nicht nur die Steuerungskompetenz und Regelungsschnelligkeit der Unternehmen zur Lösung von drängenden Problemen zu nutzen, sondern ebenfalls deren Sachexpertise.

Es gibt buchstäblich keine ordnungspolitischen Probleme der globalen Wirtschaft mehr, die gegen die Wirtschaft durchgesetzt, sondern nur noch gemeinsam mit der Wirtschaft zu einer praktikablen und den jeweils Betroffenen wirklich zugute kommenden Lösung geführt werden können.

Die ersten drei Punkte zusammengenommen zeigen, dass es buchstäblich keine ordnungspolitischen Probleme der globalen Wirtschaft mehr gibt, die gegen die Wirtschaft durchgesetzt werden können, sondern nur noch gemeinsam mit der Wirtschaft zu einer praktikablen und den jeweils Betroffenen wirklich zugute kommenden Lösung geführt werden können.

Diese Zunahme an Steuerungs- und Integrationsanforderungen an Unternehmen werden in der Gesellschaft nicht selten als Machtzuwachs derselben verstanden. Es hat sich daher, vor allen Dingen auf der Ebene der Nicht-Regierungs-Organisationen, die Forderung nach gesellschaftlicher Legitimation und Kontrolle der Unternehmen in der globalen Welt herausgebildet. So sehr dieser Wunsch auch verständlich ist, wenngleich er auf einer falschen Wahrnehmung des Problems basiert, so sehr muss jedoch auch den NGOs klar sein, dass sie in neue Kooperationsformen mit den Unternehmen heineingedrängt werden und nicht in ihrer Rolle als Pressure Group und als Advokaten des Guten verharren können.

Wenn also der Global Compact und die anderen erwähnten Initiativen Antworten der Gesellschaften und der Politik auf institutionelles Defizit der Globalisierung sind, so gilt es für die deutsche Diskussion dennoch zu beachten, dass im Rahmen der „sozialen Marktwirtschaft“ die Grundideen dieser Initiativen bereits enthalten sind, nämlich die Grundidee der Subsidiarität. Was das Neue gegenüber der sozialen Marktwirtschaft bezeichnet, ist die Kooperationsform der Co-opetition. Co-opetition heißt, dass organisationale und personale Akteure über die Fähigkeit verfügen müssen, zum jeweiligen Partner simultan sowohl Kooperations- und auch Wettbewerbsbeziehungen aufrechtzuerhalten. Unternehmen und der Nationalstaat, Staat und NGOs und Unternehmen und NGOs stehen bei der Lösung der von Global Compact angesprochenen Themen in einem Verhältnis wechselseitiger Kooperation zur Lösung der Probleme und Konkurrenz im Hinblick auf die Lösungsfähigkeit und Lösungsbereitschaft der Probleme. Dieser neue Aspekt der Steuerung moderner Gesellschaften muss stärker beachtet werden. Dies gilt im übrigen auch für die NGOs selbst, die im Hinblick auf die Förderung der NGOs im allgemeinen kooperieren, aber selbstverständlich im Hinblick auf ihr jeweils spezifisches Thema im Wettbewerb stehen um die knappen Mittel der verschiedenen Institutionen. Es wird vor allen Dingen die Aufgabe der nationalen Politiken sein, für diesen Aspekt der Steuerung ordnungspolitische Transparenz und Anreize für Unternehmen zu schaffen, sich hier zu engagieren.

Was verlangt diese neue Situation nun von den Unternehmen?

Sie verlangt von ihnen, dass sie sich selbst binden an Verhaltensstandards. Überhaupt ist hervorzuheben, dass der Global Compact nur als Selbstbindungsprogramm der Unternehmen zu realisieren sein wird. Diese Selbstbindung der Unternehmen an Werte, für die sie in ihrer Firmenpolitik stehen und die sie mit Leben erfüllen wollen, ist die entscheidende Voraussetzung für den Erfolg des Programms.

Diese Verhaltensstandards müssen umgesetzt werden in entsprechende „Policies and Procedures“. Sie sind in gewisser Weise die entscheidenden Ebenen, da von der

alleinigen Proklamation von Grundsätzen kaum ein realer Fortschritt zu erwarten sein wird. Gewerkschaftsfreiheit, die Abschaffung aller Arten von Zwangs- und Gefangenearbeit, von Kinderarbeit, von jeder Form der Diskriminierung wie auch der Schutz der Umwelt sind letztlich nur durch sehr konkrete Umsetzungsdokumente und Anwendungsdiskurse zu gewährleisten. Einige Firmen in Deutschland haben auf diesem Gebiet bereits Hervorragendes geleistet. Dabei muss dem besonderen Charakter solcher Selbstbindungsmechanismen Rechnung getragen werden; sie gehören rechtstechnisch gesprochen in den Bereich des soft laws, d.h. sie sind zwar bindend für die jeweils unterzeichnenden Unternehmen, aber eben nicht direkt erzwingbar. Hier können Audits hilfreich sein, die aber nach meinem Dafürhalten auch unter dem Prozess der Selbstorganisation und der Selbstevaluierung einzuordnen sind. Genau diese Anwendungs- und Umsetzungsebene wird also diejenigen neuen Governance-Strukturen hervorbringen und kreieren müssen, die dazu führen, dass in einem realen Sinne von einer Good Corporate Citizenship geredet werden kann.

Hier liegt im übrigen auch der Kern neuer Kooperationsformen von Unternehmen und NGOs, nämlich bei der Beurteilung konkreter Probleme konkreter Menschen.

Sabine Grund, Society for International Development und Bündnis 90/Die Grünen:

Dr. Ruggie hatte von der Imbalance of Global Rule Making gesprochen, man könnte Rule Enforcement hinzufügen. Diese Woche gab es in BBC World einen Bericht über „GAP“ und „Nike“, zwei bekannte Bekleidungshersteller, deren Zulieferer in Kambodscha dabei beobachtet wurden, wie sie entgegen der eigenen Selbstverpflichtung Kinderarbeit 12 Stunden täglich 7 Tage die Woche für ihre Angestellten umgesetzt hatten. Die Firmen wurden in dem Fernsehbericht mit dieser Information konfrontiert und haben sich dann darauf verständigt, dass ihre Zulieferer nicht so funktioniert haben, wie es verabredet war und dass sie die Verträge mit ihnen kündigen würden. Nun stellt sich die Frage, da solche Fälle schon öfter bekannt geworden sind, ob es von dem „United Nations Global Compact“ einen Ansatz zum Beispiel im Rahmen der „National Efforts“ gibt, mit den Anwaltskammern vor Ort zusammenzuarbeiten, die die Verhältnisse ja viel besser kennen, so dass man vor Ort auch juristische Unterstützung hat, damit nicht auf globaler Ebene mit globalen Firmen verhandelt wird, gleichzeitig aber lokale Vertragsnehmer anders agieren.

Hanns Michael Hölz, Deutsche Bank:

It is a must for institutions and companies like Deutsche Bank to be a partner in this discussion because looking to history, all the members of the business community have not had a chance to talk about this topic. I think the democratic element in the Global Compact initiative is a great plus. I would have appreciated if some members of the business community had sat on the panel. But that is the reason why I take the chance to speak from the audience now. I think it's great to have a platform and the strongest platform you can ever have is self-commitment. Last week at the EXPO 2000 I discussed with Prof. Wieland that this kind of commitment is the strongest you can ever get. Every media, every internet activity, every big "TV" station can use this as an opportunity to come across with a message about what a company has done. So I think this is really the strongest factor to check that the business is going

in the right direction. Self-commitment in this respect as well as partnership networks are the strongest avenues which we have to follow. We have to encourage the governments and the NGOs to do it as quick as possible.

Traugott Schöfthaler, Generalsekretär Deutsche UNESCO-Kommission:

I would like to share a few comments and two questions with you. UNESCO has entered the field of public-private partnership about 10 years ago with mixed results and a lot of it leads us to re-assess our involvement in this public-private partnership. As a general conclusion we are convinced that we cannot afford not to use and not to cooperate with all those who have competences that are not available with us in intergovernmental organizations. In all fields such as the economy or the knowledge society, we would have to be punished if we did not cooperate with the private sector who are far ahead of all our efforts in this field. A question to Madame Mehra: I think your proposals concerning selection criteria are quite interesting. I would like to encourage you to further elaborate on this issue since all the existing criteria I know are far from being satisfactory. Reflecting on a general agreement about private sector companies accepting the UN charter or the UNESCO constitution I think this a little bit too old fashioned to satisfy the present needs. The second question to Mr. Ruggie: According to our experience in UNESCO, I think one of the first conclusions is that we have to change and to adapt our working methods, and then to adapt also the decision-making process. We have a long-standing problem: that is the exclusion of any extra budgetary funding from all intergovernmental decision-making and I think now the time is ripe to do away with this. We have a number of member states of the UN and of UNESCO, that profited a lot from this exclusion of extra budgetary funding from intergovernmental control and decision-making. I don't want to name any of them but I think this needs to be repaired. I don't want to address only the problem of the private sector. We need a new governance of United Nations and in the governmental organizations in order to adapt ourselves to the present needs. Concluding I would like to repeat that we need the partnership with the private sector.

We need a new governance of United Nations and in the governmental organizations in order to adapt ourselves to the present needs.

John Ruggie:

I would like to respond to some of the very interesting suggestions of Ms. Mehra later in the round-up because I think in fact there is a great deal of agreement between us. With respect to the questions that have been asked us so far I want to go back to an important distinction that I made to begin with between a regulatory approach and a learning approach. And I sincerely mean it when I say that the Global Compact is a learning experiment. It is an attempt to identify and disseminate good practices, it is not a regulatory arrangement. Therefore the issue of monitoring and verification is a different kind of issue. If we had explicit standards of complaints one could imagine generating the revenues and hiring auditing firms. We ask companies to undertake three very specific commitments and that is what we hold them responsible to. These commitments are to become advocats of the principles to post on the website and engage in a policy dialogue with labour and NGOs. Thirdly to work with us in partnership projects. That is the commitment that they undertake and that is the commitment we hold them to. Obviously the purpose of all of this is to generate a

race to the top. We got to race to the bottom. In the back of our minds, we have obviously a desire to see improvement in the behaviour of the companies. But it is an improvement in the behaviour of companies that all of us collectively have to access. I was in Geneva a week ago discussing the Global Compact with a group of NGOs and the question of adherence to labour standards came up and the question was asked: "How could you possibly know of all the suppliers what goes on?" The Nike case, by the way, was a supplier, it wasn't Nike itself. Well, it happens that a representative of ICFTU was at the meeting. She stood up and had a publication statistic saying: "This is our annual publication of labour conditions that adhere to labour standards around the world. We have an idea of what goes on, we do not know what goes on in every factory but we do generate a lot of information". This representative of the ICFTU, who is a participant in the Global Compact, continues: "If a company that we know is systematically violating labour standards in a variety of different places and then posts on our website some good practices that it wishes other to adopt take our word for it. We will point out what went wrong". That is the kind of process that we are attempting to generate. It is not a monitoring and verification regime we do not have the capacity to do it and we've made a political judgement that a voluntary initiative and a learning based model will take us further in the short-run.

Prof. Dr. Josef Wieland:

Ich verstehe, dass Herr Ruggie den Anspruch an dieses Programm immer heruntersetzen will. Tatsache ist aber, dass ein Großteil der Firmen selbst schon sehr viel weiter ist; z. B. arbeiten wir seit mehr als zehn Jahren in diesem Bereich. Die Frage ist, wie man das auditieren kann, wie man überhaupt Mindeststandards haben kann? Frau Mehra, Ihnen möchte ich sagen, dass man all das, wie Sie es gefordert haben, auch fordern kann; jedoch werden Sie die Standards selber und auch die Monitorprozesse nicht ohne die Wirtschaft selbst bekommen, weil Ihnen die Kenntnisse fehlen. Wenn Sie einen Monitorsystem für Kinder entwickeln wollen, müssen Sie etwas von Qualitätsmitteln verstehen, von Lieferanten und ähnlichen Dingen mehr. Die vorhin erwähnten Firmen Nike und GAP sind Firmen, die solche Programme haben, aber es ist eben völlig illusorisch zu glauben, dass sie alle Lieferanten weltweit prüfen könnten. Wenn Sie mit diesem Anspruch herangehen, dann passiert genau das, worauf Sie möglicherweise die ganze Zeit gewartet haben, nämlich dass die Firmen das nicht tun. Verantwortung, self-responsibility, heißt an der Stelle auch zu sagen, was man realistischerweise leisten kann und dass man dazu irgendwelche Kriterien braucht. Nur eines scheint mir klar zu sein: Dieser Global Compact oder diese Zusammenarbeit von Wirtschaft und NGOs hat auch etwas damit zu tun, dass man seine Lieblingsfeindbilder aufgibt. Wenn die Wirtschaft anfängt, sich in die Fragen der Moral einzumischen, kommt dem einen oder anderen möglicherweise das Feindbild abhanden. Wenn der eine oder andere aus den NGOs anfangen muss, sich mit technischen Details zu beschäftigen, z. B. wie man eine Wertschöpfungskette aufbaut und kontrolliert, dann kann man möglicherweise in Zweifel geraten, ob die hochschweifenden Ziele, die man hat, wirklich realisierbar sind. Aber ich glaube, dass das Aufeinanderzugehen und das Lernen in einem solchen Prozess der einzige Weg ist, um für die Menschen vor Ort wirkliche Fortschritte zu bringen. Sonst werden wir stehenbleiben in ideologischen Schlachten, die den Leuten selbst nicht viel nutzen werden und die die Leute

auch nicht wollen. Das ist meine Erfahrung seit 10 Jahren in diesem Geschäft. Wir müssen an den konkreten Punkten arbeiten, um weiterzukommen.

Das Aufeinanderzugehen und das Lernen in einem solchen Prozess ist der einzige Weg, um für die Menschen vor Ort wirkliche Fortschritte zu bringen. Sonst werden wir in ideologischen Schlachten stehenbleiben, die den Leuten selbst nicht viel nutzen werden und die die Leute auch nicht wollen.

Dr. Maritta von Bieberstein Koch-Weser:

I want to encourage Mr. Ruggie to be a little more bold. Concerning the question as to what the Global Compact is right now you have quite rightly defined the modest realistic achievable objectives. But it shouldn't remain that way. We would hope that the Global Compact really leads to a voluntary raising of the playing field for groups of industries. You can see it already in the mining sector. There are a number of big mining companies who are getting together to define some "better practice"-rules they can all agree on and they would all adhere to and therefore not undercut one another in the one kind of environmentally damaging competition. Raising the level playing field in groups of industries leads to better results. The oil and gas industries are another example. Also, we have to take a geographical cut. It is not good if in a major river basin, whether that's in China or in the Ruhrgebiet, one industry behaves good and has a nice website and the others would just continue the worse practices. The river is not going to be clean. On the environmental side we're looking for results in nature, measurable timebound, easy-to-monitor targets. Unless you come to this specificity it is not going to work. I just hope that you can see this process in a few years and that it goes up and not down.

Malini Mehra:

I do not in any way want to trivialize or underestimate the problems that we face with reforming the private sector and the relationship of the state and the NGO to it. I would agree that there have been many people within the NGO community who have made demonizing companies a popular sport. This is particularly evident in the case of large companies because they are the most visible, they have the most to lose in terms of reputation. But I would ask those of you who are there in a more business friendly part of the spectrum, to think quite profoundly about the change that we are seeing in our societies whether it regards the balance between the public good and the private good. What we are concerned about as social activists is that we see that the private sector is increasingly, inexorably encroaching into the public sector. In many industrialized countries now you have the private sector which is taking the role of leading the schools, of hospitals, of business services etc.

We are making a fateful mistake as a society if we confuse the private interest with the public interest.

And we are making a fateful mistake as a society if we confuse the private interest with the public interest. That is the philosophical approach that I am beginning this question with. Concerning the key issue of Nike and GAP I saw that BBC-"Panorama" program. It was looking at labour standard infractions by these two retailing companies. Nike's attitude which was internalizing what the Minister said this mor-

ning, that we want to develop a responsible cooperate culture. Nike is developing a responsible cooperate culture and admitted that mistakes had been made that they needed to go and investigate. GAP, on the other hand, denied everything blightly saying: "It's not our problem, I'm sorry, it's the suppliers' problem who is going to fire those kids!". We need things which hit harder than simply NGO-campaigns to make sure that these companies fall into line with internationally accepted labour standards. I want to answer to the two specific questions. The first was on the issue of selection criteria. This is a nightmare. I used to work at Oxfam. There we used to have the policy that we didn't accept money from arms manufacturers, we didn't accept money from Nestlé, we didn't accept money from tobacco companies. But what do you do when all of these companies basically have shares one in the other. They have interlocking management and interlocking this and that. So they are basically indistinguishable. It's very difficult to discern with whom one is dealing with. Especially when you have mergers and acquisitions and companies change name from one day to the other. But there are certain things you can do. Firstly with regard to corporate funds: make sure that they go into a blind trust, that they go into an independent pool. Secondly all you need to do if you want to find out which is a reliable company, which has most importantly a good compliance culture to sign out the Global Compact is to look at their record. There is an acreage of distance between companies like 3M, which are very sound, and companies like Waste Management International, which spread waste around the world, literally.

John Ruggie:

I just wanted to add very quickly on the Nike point. Nike is, as you probably know, a king participant in the Global Compact. We were warned by Nike about a month ago that this issue was arising. Nike immediately sent a team off to Cambodia to investigate it, as you pointed out. I like to think that their participation in the Global Compact actually had something to do with that. Now there are also a couple of other elements involved here which show that we are really dealing with very complicated moral dilemmas. Some of the young people involved had falsified birth certificates that their parents bribed officials to obtain. They were perfectly legal looking. When the children applied for work it turned out that they were falsified. Secondly, Nike had already placed this supplier company on probation for previous violations. They now have cut the contract. Bad news: 3 600 people are out of work.

Gerd Poppe:

Ich finde das sehr richtig, dass vorhin von einem Lernprozess gesprochen wurde. Ich glaube, das Ergebnis dieses Prozesses ist offen, muss offengehalten werden. Wir werden nicht alle Hoffnungen auf diesen Versuch konzentrieren können. Es gibt ja auch weiteres. Dieser Dialogprozess kann befruchtend sein, auch für die anderen Bereiche. Ich erinnere an die zunehmende Debatte in den Vereinten Nationen oder in der Menschenrechtskommission über wirtschaftliche und soziale Rechte. Ich erinnere an die OECD-Richtlinien, die von Wirtschaft und Gewerkschaften gleichermaßen für wichtig gehalten werden, oder auch an die ILO-Konvention und -Empfehlungen. Dies alles steht uns weiterhin zur Verfügung und es kann nicht die Absicht sein, dass man nun im Global Compact das Allheilmittel sieht. Ich denke aber, dass der große Wert in der Zusammenarbeit dieser so unter-

schiedlichen Akteure aus Wirtschaft, Gewerkschaften, NGOs und Politik liegt. Diese formulieren normalerweise ihre Ziele jeweils eigenständig für sich und werden jetzt gezwungen, darüber nachzudenken und sich darüber zu verständigen, inwieweit denn bestimmte Vorstellungen miteinander kompatibel sind und wo sie sich aufgrund der unterschiedlichen Interessenlage ausschließen. Ich denke, dass es mehr Gemeinsamkeiten gibt, die dort herauskommen werden, als Gegensätzlichkeiten. Was letztlich dieses jetzt mehrfach genannte Beispiel Nike angeht, so bin ich der Meinung, dass die Tatsache, dass der Fall gleich öffentlich wurde, doch eher für Global Compact spricht als dagegen. Auf welche Weise wäre denn sonst Nike verpflichtet gewesen, sofort diesen Vorwürfen nachzugehen, wenn es sich nicht im Juli dieses Jahres als Teilnehmer vom Global Compact verpflichtet hätte.

Dr. Heinrich Doppler, ABB:

Da wir angesprochen worden sind, möchte ich kurz antworten. Erstens: Es ist nicht richtig, dass wir Turbinen für das Dreischluchten-Staudammprojekt liefern. Zweitens: Das heißt nicht, dass wir uns von unserem Lieferbeitrag distanzieren wollen. Drittens: Wir arbeiten gemeinsam mit den NGOs in der World-Dams-Commission zusammen, um künftig gemeinsame Spielregeln und Gesetze auszuarbeiten, wie man eben Staudämme in Zukunft bauen kann. Viertens: Dass wir hier sind, ist ein sichtbares Zeichen, dass wir uns den Prinzipien der Nachhaltigkeit des Wirtschaftens und der sozialen Verantwortung von Unternehmen bewusst sind.

Wilhelm Adamy, Deutscher Gewerkschaftsbund:

Die Initiative ist sicherlich sinnvoll. Es ist auch wichtig zu diskutieren, welchen Beitrag gerade große Konzerne zu einer sozial- und umweltverträglichen Entwicklung leisten können. Ich möchte aber auch etwas Wasser in diesen Wein gießen, weil ich glaube, dass es eine Vielzahl von Initiativen gibt, angefangen von den unverbindlichen Verhaltenskodizes der ILO, bis zur den Kodizes der OECD. Allein Selbstverpflichtungen bringen hier nichts, sondern, der Ansatzpunkt ist, den Global Compact als Lernprozess zu verstehen und gleichzeitig Visionen zu haben – wie Frau Mehra das ja angedeutet hat. Es scheint mir wichtig zu sein, dass es nicht letztendlich zu einer Schwächung führt und meines Erachtens auch, dass die Vereinten Nationen über diesen Weg nicht geschwächt, sondern gestärkt werden. Es ist zwar schön zu hören, dass sich hier Konzerne in diesem Sinne äußern und diese Verpflichtungen eingehen, aber ich denke, dass es für die Deutsche Bank kein Problem ist, die neuen Grundarbeitsnormen der ILO anzuerkennen, nämlich, dass sie keine Kinderarbeit betreibt, dass sie keine Zwangsarbeit macht, dass sie freie Gewerkschaften anerkennt. Das fällt ihr wohl relativ leicht und gibt ihr gleichzeitig ein positives Image. Die ILO selber hat mehr als 200 freiwillige Kodizes von Unternehmen mit der Konsequenz überprüft mit dem Ergebnis, dass sie weitgehend zahnlos sind. Weniger als die Hälfte dieser Kodizes enthalten beispielsweise das Element der Verhinderung von eklatanten Verstößen gegen Kinderarbeit, nur in einem Viertel dieser Vereinbarungen haben sich die Unternehmen konkret verpflichtet, nicht nur gegen Verbreitung von Zwangsarbeit, sondern zur Zurückdrängung von Zwangsarbeit beizutragen, und nur ein Siebtel dieser Kodizes haben explizit freie Gewerkschaften als ein Element anerkannt. Weltweit in der ILO gibt es allerdings einen Konsens zwischen Regierungen, Arbeitgebern und Gewerkschaften, dass auch die Unabhängigkeit von Gewerkschaften zu den unveräußerlichen so-

zialen Grundrechten zählt. Dies insofern einerseits als eine Bestandsaufnahme. Ich wäre insofern daran interessiert zu wissen, welcher multinationale Konzern sich einer unabhängigen und neutralen Überwachung, Prüfung der Produktionsbedingungen unterwirft.

Die entscheidende Frage ist – insofern stimme ich Herrn Wieland zu: Wie sieht es mit der operativen Umsetzung aus? Da scheint es mir im Sinne einer kohärenten Politik wichtig zu sein, innerhalb des UNO-Systems auch sicherzustellen, nicht dass wir oder die Multis definieren, was soziale Standards oder Umweltstandards sind, sondern dass zentrale Normen des UNO-Systems zum Gegenstand gemacht werden. Deswegen kann ich die Meinung auch nur teilen: Die neuen elementaren Grundrechte der ILO sollten miteinbezogen werden. Die Frage eines unabhängigen Monitoring, was insofern über die VN abgesichert sein muss, scheint mir ein zentraler Ansatzpunkt zu sein, deswegen unterstütze ich die Vorschläge von Frau Mehra ausdrücklich. Wenn dieser Lernprozess weiterführen soll, brauchen wir einerseits Fonds, also finanzielle Mittel der Multis selber, die insofern ein unabhängiges Überwachungssystem finanzieren. Mir scheint es auch wichtig zu sein, dass wir innerhalb des UNO-Systems grundlegende Normen zumindestens nochmals definieren. Meines Erachtens entsprechend den Regelmechanismen der ILO im Sinne zwar einer freiwilligen Selbstverpflichtung – die Multis sollen also diese Prozesse freiwillig akzeptieren. Deswegen meine Frage an Herrn Ruggie: Würden Sie im Sinne einer Vision einen derartigen Prozess unterstützen, dass die VN insofern das Monitoring selber zertifizieren muss, dass insofern die Unternehmen ein unabhängiges Monitoring sicherstellen müssen, dass wir insofern auch weiterkommen müssen in dem Sinne, dass wir sagen, wir wollen auch möglicherweise, wenn dieser Lernprozess so nicht weiterführt hinsichtlich eines Ausbaus des UN-Normensystems sowohl hinsichtlich des sozialen Standards wie von Umweltstandards, doch einen Schritt weitergehen?

Eckhard Wannieck, BMW AG:

Wir begrüßen die UN-Initiative Global Compact sehr. Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit da mitzumachen. Ich glaube, da spreche ich auch stellvertretend für die anderen Wirtschaftsvertreter hier. Deswegen sehe ich auch mit großem Bedauern, dass niemand auf dem Podium von Seiten der Wirtschaft sitzt. Ich frage mich, ob das nicht auch irgendwie eine gewisse Berührungsangst, die immer noch vorherrscht, widerspiegelt. Das wäre ein grundsätzlicher Denkfehler – ein Graben, der eigentlich beseitigt werden sollte. Wir beißen nicht und für uns ist es eine Selbstverständlichkeit – wir haben eigentlich schon lange darauf gehofft und hingearbeitet – so eine Kooperation mal eingehen zu können.

Hans-Heinrich Wrede:

Wir haben ganz bewusst auch Vertreter der Wirtschaft für das Panel eingeladen. Das hat diesmal nicht funktioniert, aber dafür sind Sie ja im Plenum und kommen uneingeschränkt zu Wort.

Bärbel Uhl, Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess:

Ich habe eine vielleicht etwas ketzerische Frage, die auf einem gewissen Frust beruht, den wir als internationale NGO-Gemeinde in diesem Monat einstecken mussten.

Und zwar im Zuge der Verhandlungen zur neuen UN-Konvention zur Bekämpfung transnationaler Kriminalität. Da wurde ein Zusatzprotokoll zum Schutz von Opfern von Menschenhandel verhandelt, und es wurde von der internationalen Staatengemeinschaft diese historisch einmalige Chance nicht genutzt, Rechtsansprüche für Opfer von Menschenhandel zu verankern. Es ist wieder nur eine Empfehlung herausgekommen für Regierungen, diese Rechtsansprüche für die Opfer durchzusetzen. Jetzt habe ich gelernt, im Sinne des Global Compact, dass die UN verstärkt auch auf die Selbstverpflichtung von Privatwirtschaft setzt, und da setzt meine ketzerische Frage an: Der Menschenhandel ist millionenfach, wird vor allen Dingen betrieben in semilegaler Sphäre wie der Sexindustrie oder auch in der Haushaltstätigkeit. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die sich als Partner für Global Compact eignen, und von daher meine Frage, wie Strategien von der internationalen Staatengemeinschaft in Zukunft aussehen sollen, Opfer von Menschenhandel zu schützen?

Gerd Poppe:

Es geht nicht um irgendwelche freiwilligen Selbstverpflichtungen. Hier geht es um einen Regulierungsbedarf der Staatengemeinschaft in Form der Zusammenarbeit der Regierungen. Es gibt den Versuch im UN-Rahmen zu Vereinbarungen – also nicht nur zu Resolutionstexten, sondern zu einem Follow-up- zu kommen bzgl. der Bekämpfung des Menschenhandels, insbesondere auch des Frauenhandels. Das ist keine Aufgabe, die in einer solchen Weise wie heute im Zusammenhang mit freiwilligen Selbstverpflichtungen der Wirtschaft gelöst werden kann. Dort handelt es sich um kriminelle Vorgänge, wo der Staat auf die Bühne treten muss. Ich wollte noch zu dem Gewerkschaftsvertreter und dem letzten Wirtschaftsvertreter, die hier gesprochen haben, sagen: Es gibt keine Berührungspunkte. Wir wissen, dass Sie nicht beißen. Wir arbeiten seit einem Jahr zusammen, und zwar auf der nationalen Ebene. Es gibt seit etwa einem Jahr einen ständigen Arbeitskreis Wirtschaft und Menschenrechte. Daran nehmen teil: BDI, seit kurzem auch BDA, dann die Gewerkschaften und die NGOs, also Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International, und zur Zeit das Auswärtige Amt. Über mögliche Erweiterungen auch um weitere Ressorts und um andere Teilnehmer aus der Zivilgesellschaft wird noch nachgedacht. Das ist ein Versuch der Zusammenarbeit, sich gerade auch in Menschenrechtsfragen untereinander zu verständigen, unter Einbeziehung der jeweiligen Aktionsmöglichkeiten und Interessen, die die jeweiligen Akteure haben. Das ist eine Antwort, die wir auch auf der Ebene des Nationalstaats geben können. Ich wünsche mir, dass es in möglichst vielen Ländern solche Initiativen gibt. Norwegen ist mit einer solchen Initiative vorangeschritten. Andere skandinavische Staaten sind gefolgt. Auch insofern hat der Global Compact eine positive Wirkung erzielt, indem nämlich auf allen möglichen Ebenen und in allen möglichen Regionen oder Staaten nachgedacht wird: Wie kann man auf diesem Gebiet weiterkommen? Dieser Dialog wird es auch sein, der letztendlich solche Fragen, wie: Was ist das effektivste Monitoring? zu lösen hilft. Es ist falsch, der Wirtschaft die Pistole auf die Brust zu setzen und zu sagen, dass wir bevor wir überhaupt anfangen über diese Sachen zu reden, das in jeder Hinsicht unabhängige Monitoring brauchen. Sondern man wird sich in diesem Dialogprozess darauf verständigen müssen, inwieweit die Wirtschaft selbst Kontrollen und inwieweit andere Teile der Zivilgesellschaft Kontrollen ausüben können. Die-

ser Prozess vom Dialog wird auch zu mehr Transparenz führen. Denn beides gehört erklärtermaßen zu den eingangs schon erwähnten Zielen: Dialog und Transparenz. Diese Initiativen liefern dafür einen guten Ansatzpunkt.

Malini Mehra:

Final words – that’s very difficult. I would like to say something hopeful. I think that the attitude that one brings to a partnership experiment like this is very important. Clearly our own attitude is one of sceptical optimism. I am gratified to hear, however, the view of Mr. Ruggie, which is a very watchful one, because we have thought for too long that the United Nations has been rather naive in its approach to the private sector. I think that if Mr. Ruggie personifies the attitude of the Secretariat we have less to worry about. But I want him and, of course, all of you, to know that we will continue to be the irritance in the wheel, that we play the role of the sand in the oyster. And with our irritation we’ll all create the pearl. Eventually, hopefully. But thank you for engaging with us in this dialogue.

John Ruggie:

I certainly welcome the sand in the oyster if it produces a pearl. I think this may well do so. I really don’t see that we have fundamental differences, that we can’t learn from each other. I think our objectors are very much in line with one another. As I said at the outset: what the Global Compact is all about is doing it the global level or trying to do it the global level what we all take for granted at the national level in the industrialized world. That with rights come responsibilities. It is absolutely correct that the corporate sector has acquired considerable new rights at the global level. With that has to come new responsibilities and the Global Compact is an attempt to engender corporate social responsibility in the global market place. That’s what it’s all about. Secondly we have some difference of opinion about how one can most effectively make a difference in the short run. I am not talking about the very long run. But Ms. Mehra said that people have been added for seventeen years trying to devise various codes of conduct for corporations at the global level and the success rate is not very high. All we are suggesting is – not as a substitute to any regulatory arrangement that anybody might wish to negotiate –: let’s try a different approach, let’s try a learning approach and see how far that gets us. A learning model isn’t going to work with companies that simply have no interest in being good citizens. I understand that and the Secretary General understands that. But there are companies out there who are looking to us for help and guidance in how to improve their performance. We cited one example before the case of Nike. Another company is in discussions now with the ICFTU-Secretariat. They operate in a number of countries where freedom of association is illegal. That company has come to the ICFTU and said: “Can you work with us to see what we can do to enhance the freedom of our workers in the workplace without violating the local law?” That’s a learning model. It’s not a substitute for what anybody else might want to do. But I think it is a legitimate enterprise in its own right. And that’s what we are trying to pursue for the foreseeable future. I think, my colleague from the IUCN has raised a very interesting issue about: Is it not possible to aim for something different in the medium term? And I think, it is entirely possible as the interests of the participants tend in some particular direction and the environmental sector may well be one of them. So that one could imagine a subset of companies in the Global Compact going

off to reach an environmental agreement applicable to an industrial sector or to a group of companies in the geographic area. That's entirely conceivable but it should be interest-driven on the part of the participants since we certainly do not have – at this point – the mandate or the power to impose it on. With regard to activity on the country level UNDP has already on July 25 volunteered and is taking the initiative now of trying to replicate Global Compact at the country level by putting together similar kinds of coalitions. Let me just end by saying thank you for these extremely useful comments which we take to heart. We don't believe – as I said – that there are fundamental disagreements here. We are all aiming at the same thing. There is actually one important point of Ms. Mehra that I neglected to respond to: that was about the selection and rejection criteria. This is very tough and we don't know how to do it well. Let me say first about the selection criteria. We have exercised selection criteria but Max Weber would not describe them as legal rational. There are political judgements. In fact, we have had an armament company come forward, we have had several tobacco companies come forward, we have two oil companies who participated but we had other oil companies who were interested. We had some old-line manufacturing companies. And we turned them away. Why? Because we didn't think that they were genuine. We didn't think that they were at the point where they really wanted to work with us to make a difference. We thought that they were interested in blue wash and we were not interested in providing blue wash. But I cannot yet describe in a legal rational way those selection criteria. What I said to them very honestly was: "We don't want to work with you because if you join us your participation becomes the issue and detracts attention from what we are trying to accomplish. If you don't like it – that's too bad, but that's the way it is." With regard to the rejection criteria I think what we have to do there is among the participants set up a process whereby they themselves have an interest in not having repeat violators in the family as it were. Set up a process where they can pass judgement on one another and help us make those decisions.

Dr. Maritta von Bieberstein Koch-Weser:

Basically my words are those of someone who speaks for a bankrupt sector. If the environment were a company we would be completely bankrupt because instead of keeping more species we are loosing more. The oceans are becoming emptier and the climate is changing more quickly in a number of places on earth. Speaking for a bankrupt sector we take enormous courage from the Global Compact. But I want to repeat: It is not enough. Reform of the UN for environment is not enough. You have to think new. There is some very deep planetary global trouble which needs to be fixed. I would not like to see the Global Compact as the fad of the day that will solve it all. Otherwise, my congratulations.

Prof. Dr. Josef Wieland:

Erstens zu der Diskussion um die Frage, ob es jetzt keine staatlichen Regelungen mehr gibt und nur noch Selbstbindungen. Das ist alles etwas, was wir uns sparen können. Wir müssen überlegen, was können Staaten noch regeln, was können sie erzwingen, wie kriegen wir intelligente Gesetze, die lebbar sind? Eine Idee ist, dass man mehr politische, ökonomische, gesellschaftliche Netze braucht, um überhaupt Spielregeln zu kreieren für diese Welt, für das Institutionendefizit, was wir in der Globalisierung haben. Das ist eine der Aufgaben. Diese Global Compact-Initiative

sehe ich als einen solchen Weg, Spielregeln von allen zu schaffen, die Expertise und Interesse haben. Der zweite Punkt ist: Das Ganze wird nicht nur über „good will“ gehen oder über die Idee, dass man der Menschheit einen guten Dienst erweisen will, sondern die Interessen und die Anreize der jeweiligen Gruppen müssen geklärt sein. Wirtschaftsunternehmen reagieren in der Regel auf Interessen und Anreize. Wenn man möchte, dass sie etwas Bestimmtes tun, ist es ziemlich vernünftig, sich zu überlegen, was sie für Interessen haben, was sie für Anreize haben, um ihre Ressourcen in etwas reinzustecken. Eine dieser Interessen kann Reputation sein oder Interesse an stabilen Spielregeln, andere Interessen können einfach sein, qualitativ gute Produktionsprozesse zu haben. Diese Dinge muss man nüchtern sehen. Was ich hier bei der Vereinigung gelernt habe, ist, dass man aus seinen Ecken rauskommt, dass es nicht geht, dass die einen für das Gute in der Welt unterwegs sind und die anderen mehr oder weniger dem Bösen verpflichtet sind und sozusagen gerettet werden müssen. Es geht einfach darum, dass sich beide Seiten, die ein Problem lösen wollen, zusammentun und dabei fair miteinander umgehen, so wie man das tut, wenn man etwas beizutragen hat. Wenn das verstanden wird, sind wir schon ein Stück weiter.

Hans-Heinrich Wrede:

Ich möchte allen herzlich danken, vor allem unserem Panel, unseren Referenten aus New York und unseren anderen Panelisten sowie dem Plenum. Ich fand es eine wirklich spannende Diskussion. Ich glaube, Herr Ruggie und wir alle tragen von dieser Veranstaltung Ideen zurück. Es ist ja wiederholt der Ausdruck „Lernprozess“ genannt worden. Auch der Ausdruck „Transparenz“. Diese heutige Diskussion hat dazu beigetragen, das Thema „Global Compact“ öffentlicher, klarer zu machen und vielleicht auch zu seiner Fortentwicklung einen Beitrag zu leisten.

United Nations Secretary-General Kofi Annan:

“We must spare no effort to make the United Nations a more effective instrument in the hands of the world’s peoples for pursuing these priorities – the fight against poverty, ignorance and disease; the fight against violence and terror; and the fight against the degradation and destruction of our common home.” (Millennium Report)

Panel 2: Zukunftsperspektiven der Vereinten Nationen nach dem Millenniums-Gipfel – die VN als zentraler Pfeiler des „global governance“

Einführung: Prof. Dr. Sibusiso Bengu, Botschafter der Republik Südafrika in Deutschland:

It is a particular pleasure and privilege for me to deliver the introductory address to this panel. I trust that we shall have a stimulating and enlightening exchange on the topic of the “Outlook after the Millennium Summit – the UN as central pillar of global governance: Could it be strengthened by better participation?”

Africa and the developing world in general have worked hard to ensure that its concerns and challenges were appropriately emphasized in the work of the Millennium Summit, in particular the unambiguous recognition that the central challenge we face

today is to ensure that globalization becomes a positive developmental force for all the world's people. The fact is that while globalization offers great opportunities, at present its benefits are very unevenly shared, while its costs are unevenly distributed. Developing countries, and countries with economies in transition, face special difficulties in responding to this central challenge. Efforts to make globalization fully inclusive and equitable must therefore include policies and measures, at the global level, which correspond to the needs of developing countries and economies in transition, and are formulated and implemented with their effective participation. The unfortunate fact is that the historic marginalization of Africa from effective participation in decision-making that shapes our common world continues to this day. This is an unsustainable condition. A new global order needs to be defined through our joint effort, which will allow Africa to take its rightful place and its voice to be heard. This is not only a moral imperative; it is also in the interest of the international community at large. This concern became one of the issues that was central to the dialogue between the South represented by President Mbeki, Chair of the Non-Aligned Movement, President Obasanjo, Chair of G77 and President Bouteflika representing the Organization of African Unity and the leaders of the Group of Eight Industrialised countries held in Japan. They stressed that "the countries of the South must be equitably represented in any forum deliberating and deciding on social, economic, or political matters which can adversely or otherwise affect countries of the South".

This is not to deny that the interests of Africa have been highlighted in a most welcome way in the Millennium Declaration. The world's leaders committed themsel-



Botschafter Prof. Sibusiso Bengu

ves unambiguously to supporting the consolidation of democracy in Africa and assisting Africans in their struggle for lasting peace, poverty eradication and sustainable development, thereby bringing Africa into the mainstream of the world economy. Our concern is the inequitable power relations that exist in the pursuit of these aspirations.

In Africa and indeed much of the developing world the vital pillars of democracy, respect for human rights, adherence to the rule of law, and good governance are being put in place and strengthened in our national societies. We hold these dear not only as the social expression of what is pure and noble in the human spirit, but also as the necessary preconditions for improving the well-being of our people.

In Africa and indeed much of the developing world the vital pillars of democracy, respect for human rights, adherence to the rule of law, and good governance are being put in place and strengthened in our national societies. We hold these dear not only as the social expression of what is pure and noble in the human spirit, but also as the necessary preconditions for improving the well-being of our people.

These norms and practices that we aspire to at national level should, however, also be the foundation for equitable international governance, including open, rule-based, predictable and non-discriminatory trading and financial systems sensitive to the needs of the developing world. The principles of democracy and equality that we profess at national levels should also find expression at the global level.

The challenge and opportunity are for us to join together in a partnership in the building of such a new participatory global order. It is greatly encouraging to note that the Heads of State and Government made a strong commitment in this regard at the Millennium Summit.

In the course of the Millennium Summit debate it was reiterated that to address globalization we have to think in a multidimensional way. Globalization encompasses not only economic but also political, social, environmental, technological and cultural dimensions. That is why the responsibility for shaping globalization cannot be left to market forces alone. There is a need to guide the process of globalization with political decisions. The United Nations, as the world's most universal organization, not only in terms of its membership but also its mandate and scope of activities, is a central pillar of global governance in this regard. In particular, the General Assembly, as the chief policy-making and most representative and democratic organ of the UN, has a crucial role to play.

Global governance also needs to be strengthened and improved by the urgent reform of the Bretton Woods institutions in order to discharge their mandate and respond to the new development challenges.

Global governance also needs to be strengthened and improved by the urgent reform of the Bretton Woods institutions in order to discharge their mandate and respond to the new development challenges. In addition, we believe that the United Nations of the 21st Century will have a much harder time meeting the challenges the world is facing if a way is not found to bring the Bretton Woods Institutions and the World Trade Organization into a closer working relationship with the UN. The challenges of the future demand collective action and co-ordination.

While the Millennium Summit focused on a number of important issues, the overriding theme that emerged was the urgent need to address poverty and underdevelopment, one of the central tenets of the African Renaissance ideal that President Mbeki has been promoting tirelessly. In his statement to the Millennium Summit, President Mbeki defined the fundamental challenge for the Summit as having to credibly demonstrate the will to end poverty and underdevelopment. I quote:

“We must demonstrate the will to succeed, such as those who died in the titanic struggle to defeat Nazism and fascism. If we took this epoch-making decision, it would not be difficult to arrive at the practical decisions about what we need to do to make the United Nations an effective, 21st century organization. Thus would we end is slide into somewhat of a debased coinage that becomes a source of problems rather than a critical contributor to the urgent solutions we must find”.

He also addressed the question of participation:

“In this regard we will have to ensure that the poor play their role not as recipients of largesse and goodwill, but as co-determinants of what happens to the common universe of which they are an important part”.

The challenges of poverty eradication and security are inextricably linked. In this regard we may recall the seminal report of the Secretary General to both the Security Council and the General Assembly on “The Causes of Conflict and the Promotion of a Durable Peace and Sustainable Development in Africa”. The two issues are two sides of the same coin and therefore inextricably linked. Much as we emphasise the need for sustainable development, we equally need to stress the need for security, the maintenance of peace, peaceful resolution of disputes, peacekeeping, post-conflict peace building and reconstruction. To this end, the United Nations Security Council (UNSC) is charged with the maintenance of peace globally. However, the UNSC is the only principal organ of the UN untouched by reform since its founding in 1945. It is in urgent need of reform in order to make it more equitable, effective, credible, democratic and representative in its structure and composition. To address these issues, the Open-Ended Working Group on the UNSC reform was established and various propositions regarding the composition of the UNSC have been made.

For the Council to reflect current realities, it is essential that the participation of Africa and developing countries in general should be increased, both in the non-permanent and permanent categories. South Africa also shares the position of the Non-Aligned Movement that the veto in the UN Security Council should eventually be phased out.

African states constitute almost a third of the UN membership. Developing countries consist of the majority of UN members and yet their representation in the Security Council continues to be a far cry from this reality. For the Working Group’s deliberations to bear fruit it is essential that the UNSC’s composition should be reflective of the membership of the UN. If the outcome of these deliberations is to be credible, sustainable and inclusive, the size and composition of the Council, the nature of its decision-making, mechanisms for its periodic review, as well as its working methods should be underpinned by principles of fairness, openness, equity and participation. While reaffirming the role of the United Nations to maintain peace and security in the world, The Heads of State and Government acknowledged the difficulty of maintaining global security in a world crippled by hunger, disease, and abject poverty. This represents one of the central premises of the African Renaissance ideal: That

there can be no security without development and the fulfilment of basic human needs. The work of the United Nations in the 21st Century will have to be about getting closer to the lives of the people it serves. All policies and decisions have to be grounded in a fundamental people-centred orientation.

In conclusion: We are very much aware that the attainment of the high ideals as contained in the Millennium Declaration, as is the case for those of the African Renaissance, does not represent an event but a process, one that could be arduous at times. The role of the UN, as a central pillar of global governance, in achieving those ideals is critical. However, we need to be realistic about the weaknesses that exist. One of these is the marginalization of Africa and the insufficient participation of the developing world in general in issues that affect them intimately, which causes considerable frustration. Better participation by these groups in the UN will not only serve to strengthen the Organization; it is a fundamental precondition for the success of the UN in fulfilling its role in the 21st century.

Better participation by the developing world in the UN will not only serve to strengthen the Organization; it is a fundamental precondition for the success of the UN in fulfilling its role in the 21st century.

Reaktionen der Panelisten und Diskussion

Moderation: *Botschafter Karl-Theodor Paschke, Auswärtiges Amt, Sonderinspekteur für die deutschen Vertretungen in der EU*

Dr. Eberhard Brecht: MdB, Vorsitzender des Bundestags-Unterausschusses für die Vereinten Nationen:

Ich möchte mich wie zuvor schon Botschafter Bengu auf den Millennium-Report von Kofi Annan beziehen. Ohne Zweifel macht dieses Dokument deutlich, dass durch die Globalisierung große Aufgaben auf die Vereinten Nationen zukommen. Die politischen, sozialen, technologischen und kulturellen Aspekte, sowie die Umweltproblematik sind bereits genannt worden. Es ist auch unser Interesse, dass ganze Regionen der Welt, wie vor allem Afrika, nicht zu Verlierern der Globalisierung werden.

Global Governance bedeutet, dass die Vereinten Nationen besser in die Lage versetzt werden müssen, die ihnen gestellten Aufgaben erfüllen zu können, dass die Institutionen der Vereinten Nationen die nötige Legitimation, Effizienz und auch selbstverständlich die dafür notwendigen finanziellen Mittel bekommen müssen.

Global Governance bedeutet aber auch, – der Millennium Bericht macht dies ebenfalls deutlich – dass die Vereinten Nationen besser in die Lage versetzt werden müssen, die ihnen gestellten Aufgaben auch erfüllen zu können. Konkret bedeutet dies, dass die Institutionen der Vereinten Nationen die nötige **Legitimation (1)**, **Effizienz (3)** und auch selbstverständlich die dafür notwendigen **finanziellen Mittel (2)** bekommen müssen. Diese drei Kriterien sind essenzielle Voraussetzungen ohne die jede Aktion der Vereinten Nationen, sei es im Bereich der Entwicklungshilfe, des „Peacekeeping“ oder des „Peaceenforcement“ zum Scheitern verurteilt ist. Ich möchte die drei Punkte etwas verdeutlichen:

- (1) **Legitimation** bedeutet, dass die Institutionen der Vereinten Nationen die Realitäten der Welt am Beginn des neuen Millenniums widerspiegeln müssen. Der Sicherheitsrat setzt sich zehn Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges im wesentlichen nach wie vor aus der Anti-Hitler-Koalition zusammen. Staaten, die einen hohen Anteil am UN-Haushalt tragen und sich als Truppensteller aktiv in die Vereinten Nationen einbringen, aber nicht ständiges Mitglied des Sicherheitsrates sind, werden von wichtigen Entscheidungen dieses Gremiums, die ihre Truppen betreffen ausgeschlossen. Aus unserer Sicht ist es auf Dauer nicht akzeptabel, dass Deutschland keinen Einfluss auf Entscheidungen des Sicherheitsrates hat, bei denen es um die Verwendung der deutschen Bundeswehr bei UN-Einsätzen geht. Sollte dieses Problem weiter fortbestehen, riskieren wir, dass einzelne Staaten (wie Japan) nach der Regel „No Taxation without Representation“ verfahren. Darüber hinaus sind nach wie vor große Regionen der Welt nicht im SR repräsentiert. Dies gilt vor allem für Staaten der Dritten Welt.
- (2) Die **Finanzsituation** der Vereinten Nationen ist mehr als besorgniserregend: Die Mitgliedsstaaten schulden den Vereinten Nationen mehr als 2,9 Mrd. US-Dollar. Davon entfallen 2 Mrd. US-Dollar auf Peacekeeping- Operationen, 821 Mio. US-Dollar auf das reguläre Budget und 83 Mio. US-Dollar auf Beiträge für Tribunale. Es ist offensichtlich, dass ein derart riesiges Haushaltsloch eine effiziente Arbeit der Vereinten Nationen behindert, wenn nicht sogar unmöglich macht.
- (3) Die **Effizienz** des Systems der Vereinten Nationen muss auch bei einer besseren Zahlungsmoral der Mitgliedsstaaten noch weiter gesteigert werden. Die Reformen von Kofi Annan in der Zentrale haben bereits Beachtliches erreicht. Dennoch muss man auch wissen, dass Verwaltungsreformen immer einer Anschubfinanzierung bedürfen. Die Vereinten Nationen sind also um verwaltungstechnisch reformfähig zu sein, auf ihre Finanzquellen angewiesen. Daher sind Ultimaten einzelner Mitgliedsstaaten – manchmal auch einzelner Politiker, wie Senator Helms –, ihren Beitrag erst nach einer erfolgreichen Umstrukturierung und Kosteneinsparung zu zahlen, kontraproduktiv, wenn nicht sogar scheinheilig.

Unser aller Ziel muss es sein, die Vereinten Nationen so effizient wie möglich zu organisieren, damit zum einen die eingesetzten Ressourcen sinnvoll eingesetzt werden können. Zum anderen muss es möglich werden, die Ziele der Vereinten Nationen auch effektiv umzusetzen. Defizite bei der Planung und Durchführung von Peacekeeping- Einsätzen können sich die Vereinten Nationen nicht mehr leisten, wollen sie ihr Ansehen nicht noch weiter beschädigen. Daher sollten die Empfehlungen der Brahimi- Kommission unbedingt beherzigt werden, um wirklich vermeidbare – ja teilweise banale – Fehler bei der Durchführung von solchen Einsätzen zu vermeiden.

Finanzkrise und Defizite in der Leistungsfähigkeit der UN-Verwaltung müssen auch zu einer Aufgabenkritik für das gesamte System der Vereinten Nationen führen. Man sollte also überdenken, welche Aufgaben die Vereinten Nationen nach dem Prinzip der Subsidiarität an regionale Organisationen delegieren könnten.

Nationale Egoismen der Mitgliedsstaaten stellen sich immer wieder als das zentrale Problem bei einer Weiterentwicklung des Systems der Vereinten Nationen heraus. Es hat eine Vielzahl von Reformvorschlägen für das System der Vereinten Nationen gegeben, von denen keines den erhofften Durchbruch gebracht hat. Statt dessen versucht jeder einzelne Staat seine eigenen nationalen Sicherheitsinteressen durchzu-

setzen wohl wissend, dass er dadurch eine Schwächung der Vereinten Nationen betreibt, die letztendlich seinen eigenen Interessen schadet.

Die Vereinten Nationen können nur dann wirkungsvoll im Sinne von global governance funktionieren, wenn es zu einem Interessenausgleich zwischen den Mitgliedsstaaten, bzw. deren Staatengruppen kommt. Dies setzt aber die Kompromissfähigkeit aller Akteure voraus. Ohne solche Kompromisse werden die Vereinten Nationen zunehmend marginalisiert. Beispiele wie der Kosovo-Krieg haben gezeigt, dass die Erosion der Vereinten Nationen in einigen Bereichen bereits Realität ist. Ich frage mich daher, wie weit der Verfall des Systems der Vereinten Nationen fortgeschritten sein muss, bis der Druck auf die Handelnden groß genug ist, eine Einigung zu finden.

Ingeborg Kaul, Direktorin für Entwicklungsstudien, UNDP:

Ich möchte vor allem einen Punkt aufgreifen, der in der Rede des Herrn Botschafters besonders zum Ausdruck kam und der auch in den Debatten des UN Millennium Summits im Vordergrund stand – das Thema der globalen Gerechtigkeit.

Zur Notwendigkeit verbesserter globaler Gerechtigkeit

Die Forderung nach mehr Gerechtigkeit unter den Menschen und unter den Staaten wird immer dringlicher erhoben. Das kann nicht verwundern, denn immerhin hat sich während der letzten Jahrzehnte die Einkommensungleichheit weltweit sehr verschärft.

Die Forderung nach mehr Gerechtigkeit unter den Menschen und unter den Staaten ist immer häufiger zu hören und wird immer dringlicher erhoben. Das kann nicht verwundern, denn immerhin hat sich während der letzten Jahrzehnte die Einkommensungleichheit weltweit sehr verschärft. Den Schätzungen des UNDP Berichts über menschliche Entwicklung (Oxford University Press, New York, 1994-2000) zufolge, hat sich das Verhältnis des Einkommens des ärmsten Fünftels der Menschheit zu dem des reichsten Fünftels zwischen 1960 und heute von 1: 30 auf etwa 1: 80 erhöht.

Die gegenwärtigen globalen Systeme werden zunehmend als unfair und revisionsbedürftig angesehen, vor allem von den Entwicklungsländern und von Mitgliedern der globalen Zivilgesellschaft, die für „Entwicklung für alle“ eintreten.

Wie manche Entwicklungsanalytiker – u. a. Jeffrey Sachs – argumentieren, ist Entwicklung auf einem ‚Ungleichheitsgleis‘ festgefahren: die Vorsprünge derjenigen, die vor Jahrzehnten mehr Bildung, mehr Technologie, mehr Einkommen usw. hatten, verstärken sich immer weiter – und die Marginalisierung der Anderen wird immer krasser. Dies oft gar nicht einmal in absoluten Größen sondern nur in relativer Form. Dennoch, das Resultat ist das gleiche: Die gegenwärtigen globalen Systeme werden zunehmend als unfair und revisionsbedürftig angesehen, vor allem von den Entwicklungsländern und von Mitgliedern der globalen Zivilgesellschaft, die für „Entwicklung für alle“ eintreten.

Für die Industrieländer und andere Akteure, die von dem bisherigen Entwicklungsprozess profitiert haben, läßt sich dieses Unbehagen kaum ignorieren. Die glo-

bale Interdependenz hat sich erhöht. Kooperation ist zunehmend notwendig, um die eigenen Interessen zu realisieren; und Kooperation funktioniert nur dann effektiv, wenn die beteiligten Parteien sie als lohnend ansehen.

Die verstärkte Interdependenz basiert auf einer Vielzahl von Trends und Faktoren: die zunehmende Offenheit der Grenzen; die steigende Belastung der Umwelt, die immer deutlicher Systemgrenzen erkennen läßt und zum gemeinsamen Management der sich verknappenden Naturgüter zwingt; die Kreation neuer weltweiter Einrichtungen, wie des Internets oder des Finanzmarktes, die nach neuen, gemeinsamen Ordnungssystemen verlangen; und die zunehmende Zahl von Externalitäten, die sich aufgrund von mangelnder und fehlgeleiteter Entwicklung in anderen Ländern, und vor allem auch in den Entwicklungsländern, in die eigenen Landesgrenzen hineinbewegen – Externalitäten, wie etwa: ansteckende Krankheiten; die Effekte von Finanzkrisen; Kriminalität und Terrorismus; die globalen Konsequenzen von Umweltzerstörung; oder illegale Immigration, angestoßen von Armut im Süden und zunehmender globaler Ungleichheit.

Erhöhte Interdependenz bedeutet verringerte Politikautonomie, oder anders formuliert, zunehmende Angewiesenheit auf die Kooperation anderer, wenn es um die Bereitstellung öffentlicher Güter und Politikresultate im eigenen Land geht. Öffentliche Güter, wie etwa Finanzstabilität, gesunde Lebensbedingungen, oder andere Aspekte der menschlichen Sicherheit, sind heute immer häufiger nicht mehr allein durch nationale Politikmaßnahmen zu gewährleisten, sondern bedürfen der Kooperation externer Akteure. Sie haben sich von nationalen öffentlichen Gütern in globale öffentliche Güter verwandelt.

Mithin wird es immer dringlicher, dezidiert die Frage verbesserter globaler Gerechtigkeit aufzugreifen. Sie zu ignorieren und Entwicklung „wie gehabt“ weiterlaufen zu lassen, würde bedeuten, Ungleichheit und ihre negativen Konsequenzen sich weiter zuspitzen zu lassen. Gleichzeitig würde damit auch die Bereitschaft der Entwicklungsländer zur effektiven Zusammenarbeit geschwächt. Es ergäbe sich ein Teufelskreis der Unterprovision globaler Güter, des Vertrauensverlusts unter den Staaten und eine sich verschärfende Legitimationskrise der bestehenden politischen und wirtschaftlichen Systeme.

Die Alternative ist, globale Gerechtigkeit zu verbessern.

Zur Machbarkeit verbesserter globaler Gerechtigkeit

Die Herstellung von mehr globaler Gerechtigkeit mag sich zunächst als unrealisierbar, zu komplex und zu schwierig darstellen. Doch wenn man sich ‚mehr Gerechtigkeit‘ als *Prozess* – und nicht unmittelbar als Resultat – vorstellt, dann kann man sich durchaus konkrete, machbare nächste Schritte vorstellen, Schritte, die Veränderungen in Gang setzen würden, die dann ihrerseits zu veränderten, gerechteren Entwicklungsergebnissen führen könnten.

Unter anderem, könnte man etwa an die folgenden Prozessreformen denken.

1. Gründung einer „G8+“

Eine Inhaltsanalyse der Stellungnahmen von Industrie- und Entwicklungsländern in internationalen Foren zeigt, dass die beiden Ländergruppen oft unterschiedliche Interessen haben – unterschiedliche thematische Schwerpunkte und politische Prioritäten. Im Augenblick gibt es jedoch kein internationales Forum, in dem die internationale Gemeinschaft sich *gemeinsam* über die Agenda der internationalen Zu-

sammenarbeit unterhalten könnte. Zum Teil findet diese Diskussion im Rahmen der G7/8 statt. Doch dies ist ein limitiertes – Industrieländer – Forum. Man könnte auch an die Generalversammlung der UN in diesem Zusammenhang denken. Allerdings wird die Generalversammlung von vielen Beobachtern als zu groß und damit als entscheidungsschwach angesehen.

Ein möglicher Reformschritt könnte mithin sein, im Rahmen der Generalversammlung der UN eine G8+ zu gründen. Das Büro der Generalversammlung könnte zum Beispiel so strukturiert werden, dass es die Mitglieder der G8 umfasst plus eine gewisse Anzahl wichtiger Entwicklungsländer. Die Mitglieder der G8+ könnten sich jedes Jahr zu Beginn der Generalversammlung treffen und eine gemeinsame Stellungnahme über die Lage der Welt und die Prioritäten der Zusammenarbeit verfassen. Diese Stellungnahme könnte dann von der Generalversammlung, d.h. allen Mitgliedsstaaten der UN, weiter diskutiert werden, um praktikable Implementationsstrategien zu identifizieren.

2. Errichtung eines globalen Partizipationsfonds

Gerechte Teilnahme der Entwicklungsländer an internationalen Verhandlungen ist nicht nur eine quantitative Frage sondern auch eine qualitative. Im Augenblick sind die Entwicklungsländer häufig gezwungen, sich auf Hintergrundstudien zu verlassen, die in Industrieländern oder von Experten aus dem Norden angefertigt werden. Unsicherheit darüber, auf welchen Annahmen diese Studien basieren und inwieweit sie die Interessen der Entwicklungsländer berücksichtigen, verzögert häufig die Entscheidungsfindung in internationalen Verhandlungen.

Mithin wäre es nützlich und wünschenswert, dass die Entwicklungsländer eine bessere Möglichkeit erhalten, ihre eigenen Untersuchungen durchzuführen und ihre eigenen Politikvorschläge zu formulieren. Solche Untersuchungen und Prozesse kosten Geld. Ein weiterer wichtiger Reformschritt wäre mithin, einen Spezialfonds für globale Partizipation zu errichten, der von den Entwicklungsländern selber verwaltet würde und als Ziel hätte, ihre Vorbereitungen für internationale Verhandlungen zu unterstützen.

3. Internationale Kooperation in nationaler Politik verankern

Wie die vorhergehenden Ausführungen gezeigt haben, gibt es keine klaren Trennungslinien mehr zwischen Innen- und Außenpolitik. Um Politikresultate im Inland bereitzustellen, müssen Politiker immer mehr auf das Instrument „internationale Kooperation“ zurückgreifen. Mithin wäre es an der Zeit, internationale Zusammenarbeit systematisch und explizit in den Arbeitsprogrammen und Budgets der nationalen Sektorministerien zu verankern.

Dabei wäre die Frage zu klären, ob die Verantwortung für internationale Zusammenarbeit in die Sektorministerien dezentralisiert werden sollte oder Sektorkompetenz in verstärktem Maße in das Außenministerium integriert werden sollte.

Welche Lösung auch immer gewählt wird, das Resultat sollte sein, die Sektorministerien in verstärktem Maße in internationale Zusammenarbeit einzubeziehen. Im Augenblick wird die operationale Seite der Zusammenarbeit allzu häufig der traditionellen Entwicklungshilfe zu Lasten gelegt – dies selbst, wenn es im Grunde nicht um Armutsbekämpfung im Süden sondern um die Bereitstellung globaler öffentlicher Güter geht. UNDP-Schätzungen zufolge, fließen mehr als 10 %–15 % der Entwicklungshilfegelder in globale Problemfelder.

4. Verstärkte Mitwirkung von Parlamentariern

Mehr politische Unterstützung für internationale Zusammenarbeit und Unterstützung für eine stärkere Beteiligung der Entwicklungsländer an internationalen Entscheidungsprozessen wird es wohl nur dann geben, wenn die legislative Seite des Politikprozesses im Norden, d. h. Parlamentarier, mehr in die internationale Zusammenarbeit einbezogen werden.

Jetzt, da die Welt in zunehmendem Masse demokratisiert worden ist und Politik immer mehr zu einer gemeinsamen Angelegenheit wird, wäre es eigentlich möglich, über eine mehr institutionalisierte Form der internationalen Zusammenarbeit unter Parlamentariern nachzudenken. Im Augenblick ist ihre Präsenz im Rahmen der UN oft nur ad hoc. Zu überlegen wäre, wie ihre Mitarbeit in internationalen Gremien, und vor allem auch im Rahmen der UN-Generalversammlung, eine systematischerere Form annehmen könnte. Ein nächster Schritt in diese Richtung könnte sein, dass die UN-Generalversammlung diese Frage gemeinsam mit den bestehenden parlamentarischen Interessenvertretungen zu diskutieren beginnt.

5. Trilateraler Politikdialog

Auf nationaler und internationaler Ebene ist zu beobachten, dass die Öffentlichkeit sich immer aktiver in den Politikprozess einschaltet. In allen Teilen der Welt hat die Zahl der Organisationen der Zivilgesellschaft explosiv zugenommen. Zum Teil haben diese Organisationen globale Netzwerke gebildet und machen „gemeinsame Sache“ – gegen Regierungsvertreter oder Vertreter der Privatwirtschaft. Zum Teil vertreten diese Organisationen aber auch konkurrierende Vorschläge.

Die Einbeziehung der Organisationen der Zivilgesellschaft in internationale Verhandlungen ist bislang recht spontan verlaufen. Auch in dieser Hinsicht gälte es, systematische Partizipationskriterien zu entwickeln, um sicherzustellen, dass alle Interessengruppen eine Chance haben, angemessenes Gehör zu finden. Eine gerechtere Weltordnung muss allen Akteursgruppen – Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft – einen Platz am Konsultationstisch bieten, oder anders formuliert, als trilateraler Politikdialog gestaltet werden.

6. Öffentliche Güter, einschließlich der Entwicklungsbelange, ernst nehmen

Entwicklungsfragen, wie etwa Armutsbekämpfung, die Kontrolle ansteckender Krankheiten, oder die Stabilität der Finanzmärkte, stellen heute Herausforderungen für die menschliche Sicherheit weltweit dar. Dennoch haben wir uns längst noch nicht daran gewöhnt, diese neuen Probleme so ernst zu nehmen wie die mehr konventionellen Sicherheitsfragen, d. h. die militärische Sicherung der territorialen Grenzen der Nationalstaaten. Über die neuen Sicherheitsfragen, die Fragen der menschlichen Sicherheit, drücken wir gerne Besorgnis aus. Aber diese Besorgnis setzt sich nur in mangelnder Weise in entsprechendes Handeln und in entsprechende Finanzierungen um.

Ein gerechterer internationaler Entscheidungsprozess verlangt auch, allen Themen die ihnen angemessene Bedeutung beizumessen. Ohne dies würde eine mehr partizipatorische Zusammensetzung von internationalen Gremien auch nicht viel Veränderung bewirken.

Der Begriff des öffentlichen Gutes – angewandt auf solche Probleme wie etwa „Kontrolle von ansteckenden Krankheiten“, „Finanzstabilität“, oder „Vermeidung des Risikos der globalen Temperaturerwärmung“ – könnte nützlich sein, um diese

Herausforderungen nicht nur als einen Grund für allgemeine Besorgnis anzusehen, sondern sie als Investitionsvorhaben zu erkennen und ernst zu nehmen.

Der Begriff des „Gutes“ deutet an, dass die damit bezeichneten Dinge oder Sachverhalte produziert werden müssen. Wenn man dies erkannt hat, gilt es, sich die Produktionsfunktion jedes einzelnen Gutes genau zu überlegen – und dies in partizipatorischer Weise, unter Einschaltung aller Beteiligten und Betroffenen. Es stellt sich dann natürlich auch sehr bald und explizit die Frage der Anreize: „Was könnte die beteiligten Akteure motivieren, ihren jeweiligen Beitrag zur Produktion des Gutes tatsächlich zu leisten? Und wie wäre Trittbrett-Fahren zu verhindern, oder gar, mit Negativanreizen zu verbinden?“

Konklusion

Mehr globale Gerechtigkeit könnte damit beginnen, dass wir uns klarer werden über globale Interdependenzen und unsere jeweiligen Eigeninteressen an Entwicklung. Ohne Zweifel, die Welt braucht nach wie vor das Instrument „Entwicklungshilfe“, d.h. Nord-Süd-Transfers, die moralisch und ethisch begründbar sind. Doch die heutige Agenda der internationalen Zusammenarbeit geht weit über Entwicklungshilfe hinaus. Wir haben heute eine erweiterte Agenda vor uns, nämlich „Entwicklungshilfe plus Bereitstellung globaler öffentlicher Güter“. Internationale Zusammenarbeit geht auch weit über das Setzen internationaler „Spielregeln“ hinaus. Heute geht es darum, tatsächliche Entwicklung zu schaffen, damit bestehende Probleme behoben und sich nicht mehr über die Grenzen hinwegbewegen können. Internationale Zusammenarbeit ist deshalb dringlicher als jemals zuvor. Sie wird aber nur gelingen, wenn sie für alle Beteiligten Sinn macht, vor allem ökonomischen Sinn. Um dies sicherzustellen, wäre es am besten und praktischsten, wenn alle Beteiligten im internationalen Politikdialog angemessen zu Wort kommen könnten. Dies könnte,



V.l. Friederike Bauer, Ingeborg Kaul

wie die sechs hier exemplarisch diskutierten Reformvorschläge gezeigt haben, durchaus machbar sein.

Friederike Bauer, Frankfurter Allgemeine Zeitung:

UN-Generalsekretär Kofi Annan sagte einen Tag vor dem diesjährigen Großereignis in New York: Ein einziges Gipfeltreffen werde die Welt nicht von heute auf morgen verändern, aber vielleicht lasse sich ja der erste entscheidende Schritt zu einer neuen, gemeinsamen Reise unternehmen. Im Folgenden soll deshalb kurz beleuchtet werden, ob dieser erste Schritt, denn um mehr kann es nicht gehen, gelungen ist, ob die Staatengemeinschaft es geschafft hat, die UN in ein neues Jahrhundert zu führen. Dafür wären die Abschlusserklärung, die Sicherheitsratsresolution und die Zeichnungszeremonie zu untersuchen: Die Dokumente lesen sich allesamt recht beeindruckend auf den ersten Blick, aber halten sie auch einer eingehenderen Prüfung stand?

1. Die Millenniums-Erklärung ist, wie Annan sagte, als Checkliste für die kommenden Jahre gedacht. Sie enthält einen kurzen Rundumschlag und streift alle relevanten internationalen Themen, von Frieden und Sicherheit über Armutsbekämpfung bis hin zu Umweltschutz und Menschenrechten. Annan hatte für die Erklärung bekanntlich eine Vorlage geliefert im Millenniums-Bericht. Im Vergleich dazu ist der Endtext länger, unpräziser und schwächer.

- Es fehlt, um ein Beispiel herauszugreifen, die konkrete Verpflichtung auf nationale Armutsprogramme, wie sie die Vorlage noch beinhaltet hatte, oder auf „grüne Rechnungslegung“ als ein Mittel des Umweltschutzes. Andere, wichtige Passagen wurden abgeschwächt, etwa beim Protokoll von Kyoto (Treibhausgase) heißt es nun: „Wir treffen den Beschluss, alles zu tun, um sicherzustellen, dass das Protokoll möglichst bis 2002 in Kraft tritt.“ Annan hatte angeregt, das Protokoll solle bis dahin auf jeden Fall gelten.
- Der Brahimi-Bericht zur Verbesserung von Friedenseinsätzen, obwohl von zentraler Bedeutung für das Fortkommen der UN und obwohl in aller Eile noch vor dem Millenniums-Treffen vorgelegt, wird „zur Kenntnis“ genommen und soll von der Generalversammlung erst einmal „geprüft“ werden. Inzwischen hat Annan auch einige konkrete Verbesserungsvorschläge vorgelegt und unter anderem um mehr Geld für das „Department of Peace Keeping-Operations“ in New York gebeten. Innerhalb der kommenden Monate wird sich deshalb schnell zeigen, wie ernst es der Generalversammlung mit der Stärkung dieser UN-Kapazitäten ist.
- Auch die konkreten Zeitziele, die Annan bewusst eingespeist hat und die zum Teil in den Endtext übernommen worden sind, entpuppen sich bei genauerem Hinsehen immer wieder als Wiederholung früherer Übereinkünfte. Das Ziel etwa, allen Kindern bis zum Jahr 2015 eine Grundbildung zu ermöglichen (Weltbildungsgipfel in Thailand 1990), hätte eigentlich schon jetzt – im Jahr 2000 – erreicht sein sollen, wurde statt dessen stillschweigend um 15 Jahre verschoben. Nicht alle Passagen sind Wiederholungen, aber die besonders anmutigen, konkreten und nachvollziehbaren.
- Auch die unspezifischen Versprechen, die verschiedenen Reformprojekte (Stichwort Sicherheitsrat) voranzutreiben – wie schon so oft – löst beim Beobachter höchstens noch Langeweile aus.

Bilanz: Das Dokument liest sich gut, aber inhaltlich wenig Fortschritt. Es kommt auf die Umsetzung an.

2. Erklärung des Sicherheitsrats. Das höchste UN-Gremium hat sich während des Millenniums-Gipfels auf Ebene der Staats- oder Regierungschefs getroffen und eine Erklärung verabschiedet, die auf drei Seiten alle Probleme der Konfliktbeilegung kurz anreißt. Insgesamt beeindruckende Symbolik, auf höchster Ebene eine Erklärung zu verabschieden und auf diese Weise mindestens theoretisch noch einmal das Gewaltmonopol zu bestätigen. Das Versprechen, künftig bessere, konsequentere Mandate zu verabschieden, ist bestimmt hilfreich, auch der erklärte Wille, die UN-Peacekeeping-Modalitäten zu stärken. Den Brahimi-Report, den Fachleute von äußerster Dringlichkeit erachten, „begrüßt“ der Sicherheitsrat (immerhin) und will seine Empfehlungen in Betracht ziehen („consider“). Wie lange mag das wohl dauern? Die Sprache ist in einigen Passagen sogar vergleichsweise verbindlich, aber trotzdem weitgehend eine Wiederholung bekannter Mängel.

Bilanz: Einige Zentimeter Fortschritt

3. Zeichnungszeremonie, um die Herrschaft des Rechts zu stärken. Alle über 500 Verträge, über die die Vereinten Nationen „wachen“, waren während des Gipfels ausgelegt. Die Bilanz hört sich zunächst sehr beeindruckend an: 187 Zeichnungen und 86 Ratifizierungen oder Beitritte zu 40 internationalen Übereinkünften. Allerdings auch hier: Das größte Interesse zogen die zwei Zusatzprotokolle zur Kinderkonvention auf sich, das eine gegen Kindersoldaten, das andere gegen Kinderhandel und -prostitution. Die Kinderkonvention, die sich eines extrem hohen Ratifikationsgrades erfreut, gilt als schwach, die Zusatzprotokolle sind zwar wichtig und neu, aber – was den Verpflichtungscharakter angeht – ebenfalls eher schwach.

Bilanz: Einige Zentimeter Fortschritt.

Hat die Welt also den ersten Schritt in Richtung Lösung vieler globaler Probleme unternommen, hat sie die UN fit gemacht für das 21. Jahrhundert, für eine stärkere „Global Governance“? Der Gipfel hat nicht geschadet. Ihm wird in der allgemeinen Einschätzung wohl nicht Ähnliches widerfahren wie dem 50. UN-Jubiläum, das insgesamt als reine Show-Veranstaltung ohne Gehalt gilt, obwohl sich die beiden Erklärungen (1995 und 2000) in Manchem verblüffend ähnlich sind, sogar bis hin zum Aufbau. So heißt es im Jahr 2000: „Wir treffen daher den Beschluss, sicherzustellen, dass die Organisation rechtzeitig und berechenbar mit den Mitteln ausgestattet wird, die sie benötigt, um die ihr übertragenen Mandate zu erfüllen.“ In der Erklärung fünf Jahre zuvor hatte es geheißt: „Wir werden dem 21. Jahrhundert eine Organisation der Vereinten Nationen übergeben, die so ausgestattet, finanziert und gegliedert ist, dass sie den Völkern in deren Name sie geschaffen wurde, wirksam dienen kann.“ Derartige Beispiele ließen sich aus allen Bereichen noch einige anführen.

Die Erklärung vom Millenniums-Gipfel ist alles in allem doch etwas konkreter und enthält am Ende immerhin einen Auftrag an die Generalversammlung, die Fortschritte regelmäßig zu prüfen. Dieser Verweis fehlte 1995, wie auch einige Zeitziele, aber der Geist der Dokumente hat sich kaum geändert.

Noch einmal sei also Annans Frage nach dem ersten Schritt auf einer neuen gemeinsamen Reise gestellt: Das Millenniums-Treffen war kein Reinfall, also auch kein Rückschritt. Das Vorwärtskommen ist allerdings eher eine harte Millimeter-Arbeit, denn die Generalversammlung hat eben nicht beschlossen, ihre lange Agenda (mehr als 170 Punkte) zu kürzen und sie hat nicht beschlossen, jedes Mandat endlich mit

einem Ende zu versehen (Sunset-Clause), um nur zwei recht konkrete Beispiele herauszugreifen.

Fazit:

1. Künftig kommt es nun vor allem darauf an, die Übereinkünfte umzusetzen, statt ständig die alten neu zu formulieren und Zeitziele einfach nach hinten zu verschieben. Deshalb sollten in nächster Zeit, egal welche Großereignisse ins Haus stehen, keine allgemeinen Erklärungen über die Herausforderungen der Menschheit mehr verabschiedet werden, es sei denn zu neuen Themen wie dem Internet (Produktionsstopp von Deklarationen!). Die Checkliste ist erarbeitet, die Diagnose gestellt. Woran es hapert, ist die Verwirklichung und die Überprüfung des Geleisteten beziehungsweise Versäumten.

2. Eine stärkere und überschaubarere Beteiligung der Zivilgesellschaft ist unverzichtbar, gerade auch als Korrektiv zu den manchmal schwerfälligen Mitgliedstaaten (die übrigens die „Key-Player“ im internationalen System bleiben müssen). Wie das genau geschehen könnte, dazu fehlen leider auch in der Millenniums-Erklärung erhellende Hinweise. Die Zahl der in New York akkreditierten Nichtregierungsorganisationen wächst immerzu, eine Struktur, gar Organisationsform ist aber noch nicht abzusehen. Auf diesem Gebiet bleibt viel Arbeit zu leisten, auch für Wissenschaftler.

3. Eine stärkere Beteiligung der Parlamentarier wäre ebenfalls wünschenswert auf dem Weg zu mehr Demokratie zwischen den Staaten. Auch dafür gibt es bisher wenig realistische Vorschläge.

Kofi Annan, dieser Schwierigkeiten wohl bewusst, hat in seinem jüngsten Bericht über die Tätigkeit der Vereinten Nationen deshalb noch einmal eindringlich gefordert, das „Momentum“ der letzten Monate zu nutzen: „Ich hoffe aufrichtig, dass die Mitgliedstaaten die durch den Millenniums-Gipfel und die Millenniums-Generalversammlung eröffneten Chancen nutzen werden, um über bloße Lippenbekenntnisse hinauszugehen, und dass sie eine feste Verpflichtung zum Handeln eingehen werden.“

Karl Theodor Paschke:

Wir haben eine ausserordentlich stimulierende Präsentation erlebt von den verschiedenen Panelisten. Bemerkenswert finde ich, dass wir ganz konkrete Vorschläge auf dem Tisch haben, wie es besser zu machen sei, und dass sich die Präsentation bei allen doch mehr oder weniger fokussiert hat auf die skeptische Frage: Wird die UNO das leisten können, was ihr jetzt in der Millenniums-Erklärung von den Mitgliedsstaaten vorgegeben ist, und werden die Mitgliedsstaaten ihr vor allem dafür die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen?

Dr. Hans-Joachim Heintze, Ruhr-Universität Bochum:

Die Frage ist doch nationaler Egoismus: Wer wird Mitglied im Sicherheitsrat und wie? Die eigentliche Frage müsste doch sein: Wie setzen wir nun endlich das um, was in der Charta der Vereinten Nationen steht?

Ich finde die Diskussion auch sehr anregend. Ich finde aber zugleich, dass sie sehr deutlich die Widersprüche zeigt, die sich aufbauen zwischen einerseits der Erkenntnis, dass wir auf die Globalisierung kollektiv reagieren müssen, und nationalen Egoismen andererseits. Ich verstehe überhaupt nicht, warum wir bei der ganzen Diskus-

sion immerzu die Frage in den Vordergrund stellen: Wer wird Mitglied im Sicherheitsrat und wie? Das ist doch ein nationaler Egoismus, dass einige Staaten da hineinwollen. Die eigentliche Frage müsste doch sein: Wie setzen wir nun endlich das um, was in der Charta der Vereinten Nationen steht? Und dazu gehört, dass wir die Mitglieder des Sicherheitsrates auf die Verpflichtungen festnageln, die sie übernommen haben. Die rechtspolitische Katastrophe des Kosovo ist doch, dass wir den Sicherheitsrat aus der Verantwortung entlassen haben. Darüber diskutiert gar keiner. Es diskutieren nur alle darüber, wer Mitglied des Sicherheitsrates werden soll. Glauben Sie im Ernst, dass der Sicherheitsrat anders reagiert hätte, wenn Südafrika dort vertreten gewesen wäre oder die Bundesrepublik Deutschland? Da habe ich meine Zweifel. Die Charta bietet alle Möglichkeiten, auf alle Herausforderungen zu reagieren. Wir brauchen eigentlich keine neuen Dokumente. Ich unterstütze Frau Bauer völlig. Stoppen wir die Produktion von Dokumenten, setzen wir das um, was bereits vorhanden ist.

Dr. Eberhard Brecht:

Um das ganz klar zu sagen: Es gibt im Deutschen Bundestag einen Konsens darüber, dass die Ständige Mitgliedschaft Deutschlands im Sicherheitsrat nicht prioritär ist. Konsens ist aber auch, dass es legitim ist zu sagen, wir wollen dabeisein, wenn es denn zu einer Erweiterung kommt. Und zwar aus einem ganz einfachen Grunde: Es ist schon schwierig, wenn von den einen über das Budget beraten wird, das von anderen eingebracht wird. Ein praktisches Beispiel: Wenn der deutsche UN-Botschafter, als es um das Schicksal der deutschen Soldaten im Kosovo ging, nicht einmal die Möglichkeit eines Mitspracherechtes, am Anfang nicht einmal eines Mithörrechts, hat, dann ist das schon problematisch. Denn ein deutscher Politiker muss in seinem Wahlkreis für seine Soldaten, für die Sicherheit seiner Soldaten, geradestehen. Hier muss es zu einem Kompromiss kommen. Deswegen habe ich vorhin versucht klarzumachen: Es geht einmal um die Repräsentanz derjenigen, die die Hauptlasten tragen, aber es geht genauso um die Repräsentanz derjenigen, die bisher zu kurz gekommen sind, nämlich die Dritt- weltstaaten. Die Repräsentanz dieser Staaten ist aus meiner Sicht nicht ausreichend. Und wenn dann tatsächlich Deutschland noch ein zusätzlicher Pfeiler für Europa wird, dann ist natürlich die Frage zu stellen: Wo bleibt die Dritte Welt? Deswegen haben wir als Deutsche uns immer gegen die sogenannte „Quick-fix“-Lösung der Amerikaner ausgesprochen, die gesagt haben: Naja, es reicht doch, wenn wir Japan und Deutschland hineinbringen.

Wenn aber Deutschland tatsächlich Mitglied würde, dann muss natürlich die deutsche Politik definieren: Was wollen wir dort erreichen? Es hat immer eine bewusste Diskussion darüber gegeben, ob die Deutschen etwas einzubringen haben, was andere nicht haben. Und ich denke schon, dass in den letzten zehn, fünfzehn Jahren in Deutschland etwas geleistet worden ist, insbesondere was präventive Politik im Rahmen eines erweiterten Sicherheitsbegriffs angeht.

Helmut Ganser, Führungsakademie der Bundeswehr:

Ich möchte genau auf diesen Punkt, Herr Brecht, nochmal eingehen: die Frage der Erweiterung des Sicherheitsrates im Zusammenhang mit Effizienz. Das haben Sie auch als wesentliches Kriterium angebracht. Für mich stellt sich die Frage, ob denn dann, wenn wir „P10“ mit Vetorecht hätten, die Entscheidungsfähigkeit, die Handlungsfähigkeit weiter gegeben ist, ob sie nicht abnehmen könnte, und wie sich das verhält mit dem – sicher positiven – Ziel der Legitimation? Also, mit anderen Worten:

Wie können wir sicherstellen, dass zehn ständige Mitglieder wirklich ihre kollektive Verantwortung wahrnehmen und nicht den Rat für ihre nationalen Interessen instrumentalisieren?

Irmgard von Lehsten, UNICEF – Deutsches Komitee:

Prävention ist doch eigentlich das Stichwort, um Frieden zu sichern, um Sicherheit in der weiten Welt, speziell Afrika, und in den Konfliktländern zu schaffen. Ich finde, alle Vorschläge dafür müssten im Sinne der Aussagen von Frau Kaul gemacht werden: Wie kann man Prävention institutionalisieren? UNICEF hat weitläufige Regionalbüros, in denen Menschen arbeiten, die aus den jeweiligen Regionen stammen. Sie sind Sensoren für die Konflikte in den jeweiligen Ländern. Von ihnen könnte sehr wohl die Orientierung in den Sicherheitsrat der UN transportiert werden, zumal wir an der Basis arbeiten und immer im Zusammenhang mit den Regierungen. Ich halte es für enorm wichtig, dass diese Regionalbüros ausgenutzt werden.

Karl Theodor Paschke:

Aus meiner fünfjährigen Tätigkeit bei den VN weiß ich, dass die UNO im Bereich „preventive diplomacy“, also dem Versuch, durch vorbeugende Maßnahmen eine Krise überhaupt erst zu verhindern, eine Menge an einschlägiger Erfahrung und Sachverstand hat und seit einigen Jahren darum bemüht ist, sich in diesem Bereich noch stärker zu positionieren.

Dr. Burkhard Könitzer, Stiftung Entwicklung und Frieden:

Ich möchte zum Thema zurückkommen: VN als zentraler Pfeiler des „global governance“.



V. l. Friederike Bauer, Ingeborg Kaul, Botschafter Prof. Sibusiso Bengu, Botschafter Karl-Theodor Paschke, MdB Dr. Eberhard Brecht

„Global governance“ bedeutet im Zeitalter der Globalisierung: die Welt politisch gestalten. Politisch gestalten bedeutet immer, dass man entscheidet. Die Vereinten Nationen haben für die entscheidenden globalpolitischen Fragen keine Entscheidungsbefugnis. Die VN sind daher kein Pfeiler von „global governance“!

Aus Überzeugung, aber auch nach der außerordentlich eloquenten Paneldiskussion möchte ich schlicht sagen: Der Sicherheitsrat hat am äußersten Rande mit „global governance“ zu tun. Wir haben ja sehr schöne konzeptionelle Darstellungen vor allem von Herrn Botschafter Bengu und von Frau Kaul gehört, wie eine von der Globalisierung geprägte Welt politisch gestaltet werden sollte. Schöne Begriffe, moralischer Imperativ! Wir sind hier in Berlin, wenige hundert Meter von hier ist das Brecht-Theater. Und Brecht hat schon in der Dreigroschen-Oper den schönen Satz gebraucht: „Doch die Verhältnisse, sie sind nicht so.“ „Global governance“ bedeutet im Zeitalter der Globalisierung: die Welt politisch gestalten. Politisch gestalten bedeutet immer – ich denke, dass Herr Heintze darauf hinweisen wollte –, dass man entscheidet, und die Vereinten Nationen haben für die entscheidenden globalpolitischen Fragen keine Entscheidungsbefugnis. Zweitens: Wenn sie die hätten, dann wäre damit immer gleich das völkerrechtliche Grundproblem berührt, der Bereich der Sanktionen, im Guten und Schlechten. Die Vereinten Nationen haben überhaupt keine Voraussetzungen, eigene Sanktionen durchzusetzen. Allein in diesem Urbereich von „global governance“ fallen damit die Vereinten Nationen derzeit als globaler Akteur und Pfeiler aus. Dann gibt es die drei anderen Bereiche, die jetzt für „global governance“ natürlich eine neue Form bekommen haben: Sicherheit, Entwicklung, Umwelt. Schon der Krieg gegen den Irak vor zehn Jahren hatte gerade noch eben die Billigung der VN, jetzt im Kosovo galt das überhaupt nicht mehr. Aber wir müssen ja auch für die Zukunft schlicht vom ausgehen, was die NATO zu ihrem 50-jährigen Bestehen beschlossen hat. Wie will man denn da den Vereinten Nationen noch eine Pfeilerrolle in der Sicherheitspolitik globaler Art zugestehen? Das machen eindeutig bestimmte Nationalstaaten. Im Entwicklungsbereich: UNDP, hier vertreten durch Frau Kaul, begeistert natürlich seit vielen Jahren die entwicklungspolitisch interessierte Welt mit ihren wunderbaren „Reports“. Ist das aber Realpolitik – großes Fragezeichen? Und schließlich: der Umweltbereich. Das ist natürlich ein brennendes Problem, und wir Deutschen sollten eigentlich stolz sein, dass wir mit Herrn Töpfer auch mal einen Deutschen an der Spitze einer internationalen Organisation haben. Ich habe in der letzten Wochen an einer Tagung teilgenommen, bei der es um die Frage „WTO und Umweltfragen“ ging. Es war ein solches Chaos! Was dort die internationalen, global interessierten Umweltfreunde von sich gegeben haben an konzeptioneller Konfusion. Über solche Gegner würde ich als Neoliberalist und Weltunternehmer nur lachen. Unterm Strich – schöne Frage, aber die Antwort aus meiner Sicht ganz eindeutig: Die VN ist leider noch kein globaler Pfeiler.

Prof. Sibusiso Bengu:

May I just go back a bit to a comment that was made about Germany and South Africa being egoistic. I would want to suggest that what Dr. Brecht and I said was far from suggesting that these countries are only thinking of themselves. I have the feeling that what we are putting before you is that this global structure is undemocratic and unrepresentative and that's what it is. I would want to have every one say: The UN is in-

deed based on justice as we understand it today. And it is democratic the way we understand democracy today. So it is the question of the principles we believe in, not the question of us wanting to be chosen to those pedestals.

I wanted then to make a remark to the one who said: "The UN is not a global pillar". I would want to find out: What other pillar do we have at global level? We do have objectives that are global. We want to set out an agenda that is global. But we will need a structure that is participatory, just and democratic to use as instrument to achieve our objectives.

Karl Theodor Paschke:

Vielen Dank Herr Botschafter. Mir persönlich war das gerade aus dem Herzen gesprochen. Herr Ganser hatte eine Frage direkt an den Abgeordneten Dr. Brecht gerichtet.

Dr. Eberhard Brecht:

Ihre Frage hatte zwei Aspekte, zum einen die Frage, bei Erweiterung des Sicherheitsrates überhaupt noch zu Entscheidungen zu kommen. Doch die Situation haben wir heute schon. Normalerweise sind Sicherheitsratsmitglieder gebunden, sich im Geiste der Charta zu verhalten und nicht im Sinne des nationalen Interesses. Aber Realpolitik sieht gelegentlich anders aus. Wenn ich an das Verhalten Chinas erinnere, das die Verlängerung des UN-Mandats in Mazedonien verhindert hat, weil Mazedonien Taiwan anerkannt hat. Das sind eklatante Verstöße. Doch um diese nationalen Egoismen auszumerzen, fehlen uns die Instrumente. Dafür gibt es keine Weltregierung, die das sozusagen heilen könnte.

Das andere ist ein altes Wechselspiel zwischen Demokratie und Effizienz. Je mehr Menschen in irgendetwas einbezogen werden, umso demokratischer wird es. Aber gelegentlich wird es auch weniger effizient. Das heißt, ich habe manchmal mit Sorge auf die großen Weltkonferenzen geschaut, diesen Riesenaufmarsch von Menschen dort beobachtet und mich gefragt: Wenn da weniger Leute zusammengesessen hätten, wäre denn dann etwas herausgekommen, was im Sinne von Frau Bauer gewesen wäre? So ein knackiges Papier mit einem „Follow-up“ gleich mit drin, mit Terminen und Kontrollinstanzen, wer was macht. Das ist auch mein Problem mit den Beschlüssen der Generalversammlung. Wenn dahinter nichts steht, was materiell umsetzbar ist, dann bleibt es bei diesen Versprechungen. Ich könnte noch ganz andere Zitate bringen, die noch viel weiter zurückliegen. Deswegen bin ich auch sehr froh, dass im Auswärtigen Amt in Angriff genommen wird, dass bei der Frage „Halbierung Armut bis 2050“ tatsächlich substantiell etwas passiert.

„Global governance“ kann nur dann funktionieren, wenn es tatsächlich eine Kompetenzabtretung gibt, wenn sich also „national governance“ freiwillig beschränkt.

Noch eine Bemerkung zu der Frage des „global governance“: Dies kann nur dann funktionieren, wenn es tatsächlich eine Kompetenzabtretung gibt, wenn sich also „national governance“ freiwillig beschränkt. In diesem Sinne ist Ihre Bemerkung richtig. Die Vereinten Nationen sind weniger ein Beschlussgremium im klassischen Sinne, als vielmehr ein Gremium, wo Vertrauen geschaffen werden muss, wo sich Staaten selbst verpflichten. Zur Frage „Internationaler Strafgerichtshof“ steht im Millenniums-Bericht, dass doch bitteschön die Staaten die Unterzeichnung und Rati-

fikation des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs in Erwägung ziehen sollten. Das ist einfach vorbei an den Realitäten und Notwendigkeiten. Und genauso, wenn die deutsche Politik sich offensichtlich schwertut, sich der internationalen Gerichtsbarkeit zu unterwerfen. Das ist auch ein Fehlen eines „spirit of global governance“. Deswegen fordere ich das auch ein an dieser Stelle.

Wolfgang Wagner, Auswärtiges Amt:

My main observation is what do we want the United Nations for? Do we want it as a marketing label for defending or promoting individualist interest or do we accept it as a very complex and difficult interstate body to set policies, norms and principles? If it's the second, then I think we also have to accept that this is a very difficult task, and that we have to drill thick planks. Secondly: When we talk about globalization, the essence of it is an honest will to allow for equal opportunities. Industrialized countries must be prepared to share and to provide equal opportunities for the countries in the South. Finally, as a former UN staff member, I feel uncomfortable when we enter into paternalistic approaches like enabling the G77 countries to have a higher quality representation. If we were to allow G77 countries to use their existing capacities in a fair way, we would leap forward with quantum steps. One example to quote was the situation during and after Mozambique. If you were to read position papers projections and proposals of the SADEC countries of how to cope in preventative manners with risks at large, I think it would make many of us in our countries ashamed. This is an example of what can be done if we were to provide the opportunity.

Cornelia Richter, GTZ:

Ich habe den Eindruck, dass die Diskussion der globalen Fragen auch international einen sehr stark appellativen Charakter hat, und das seit Jahrzehnten. Woran es mangelt, das sind die vernünftigen Umsetzungsmechanismen. Wir haben alle miteinander Erfahrungen gesammelt, dass die Umsetzung dieser entscheidenden Fragen auf der Ebene der internationalen Konventionen – und da spielen die Vereinten Nationen eine sehr relevante Rolle – erfolgen muss, aber auch ganz entscheidend in den Ländern selbst. Dies bringt mich angesichts der interessanten Vorschläge, die Frau Kaul unterbreitet hat, zu folgender Frage: Wie könnte man die Entwicklungsarchitektur noch konsequenter durchdenken, um z.B. auch die Erfahrungen und die Instrumente, die verschiedene Nationen mit ihren bilateralen Entwicklungspolitiken haben, auszuwerten.

Es mangelt an vernünftigen Umsetzungsmechanismen. Wir haben alle miteinander Erfahrungen gesammelt, dass die Umsetzung der entscheidenden Fragen sowohl auf der internationalen Ebene, aber auch ganz entscheidend in den Ländern selbst erfolgen muss.

Ich habe den Eindruck, dass der „Global Compact“ auch nicht global genug gedacht ist, weil z.B. die bilateralen Umsetzungsmechanismen, die verschiedene Länder haben, nicht mit hinein kommen. Ich nehme als Vergleich dazu das „comprehensive development framework“ der Weltbank, die sich im Moment in einzelnen Ländern sehr stark bemüht, die unterschiedlichen Erfahrungen der verschiedenen Bilateralen miteinander zu vergleichen. Meine Frage an Sie, Frau Kaul: Wie stellt sich aus der UN-Perspektive die stärkere Zusammenarbeit und Inwertsetzung bilateraler Entwicklungszusammenarbeit dar?

Traugott Schöffthaler, Deutsche UNESCO-Kommission:

Die ganzen Beiträge haben für mich einen kumulativen Punkt in dem Schlusswort, das Frau Bauer vorhin gegeben hat. Wir sind natürlich im internationalen System Wiederholungstäter. Wir wiederholen vieles, was vor fünf, zehn oder zwanzig Jahren bereits gesagt worden ist, nicht immer nur aus Vergesslichkeit, sondern weil es notwendig ist, wenn man ein dickes Brett bohren will. Herr Brecht hat von vielen Reformvorhaben gesprochen. Es ist heute z. B. in Vergessenheit geraten, was Willy Brandt vor 15 Jahren für die bessere „governance“ des UN-Systems gesagt hat. Seine Idee hieß ganz kurz, kleine internationale Gremien durch bessere Abstimmung auf regionaler Ebene. Es gab viele gute Vorschläge, die aber viele von denen, die international agieren, überhaupt nicht kennen. Daher könnte man als Empfehlung durchaus aussprechen, nicht nur „best practices“ sondern „best recommendations of the past“ in Erinnerung zu behalten und periodisch wieder durchzuprüfen.

Ich würde gerne zurückkommen auf eine Bemerkung, die Minister Fischer im letzten Jahr bei den Vereinten Nationen in seinem Plenarvortrag gemacht hat. Er hat sinngemäß etwa gesagt, Deutschland möchte sich nicht übertreffen lassen in seinem Engagement für multilaterale Zusammenarbeit. Ich wünschte mir sehr, dass daraus eine praktische Politik wird, die überall in der Welt sichtbar wird, z. B. bei einem Vorschlag, wie ihn Frau Kaul gemacht hat, dass der Bundeskanzler die Schirmherrschaft für eine konkrete Aktion zur Verringerung der Wissenskluft übernimmt. Vielleicht könnte das im Rahmen der G 8 geschehen. Aber es müsste konkret sein, z. B. Einrichtung mindestens eines „Focal Point“ mit Internet-Zugang, der ständig funktioniert, in allen Entwicklungsländern. Hier könnte mit vergleichbar geringem Aufwand etwas gemacht werden, auch in Partnerschaft mit der Industrie. Wenn wir hier die deutsche Politik mit sehr viel pragmatischeren Vorschlägen versehen, dann brauchen wir uns um Debatten wie um den Sicherheitsrat nicht zu viel Gedanken zu machen.

Peter Kaul, Auswärtiges Amt, Völkerrechtsreferat:

Heute morgen haben wir gehört, wie Bundesminister Fischer die Bedeutung der „rule of law“ in dieser einen sich globalisierenden Welt herausgestellt hat. Auch Botschafter Bengu hat das getan, und ich habe eine Frage, die das Konzept der globalen öffentlichen Güter betrifft. Diese Begrifflichkeit ist immer noch nicht ganz verstanden. Ich finde sie bemerkenswert, weil sie das Bewusstsein verändern kann, und viele Veränderungen fangen bekanntlich im Kopf an. Frau Kaul, betrachten Sie das Prinzip der „rule of law“ in weltweitem wie im nationalen Rahmen der UNO-Mitgliedstaaten, dann auch die weitere Verrechtlichung der internationalen Beziehungen, den Ausbau der internationalen Gerichtsbarkeit, den verstärkten Schutz der Menschenrechte und die Stärkung rechtsstaatlicher Prinzipien auch in den einzelnen UNO-Mitgliedstaaten als eine Kategorie von globalen öffentlichen Gütern? Und welche Rolle können die Vereinten Nationen bei der Vermehrung und vielleicht auch gerechteren Verteilung spielen? Kommt es hier auf die VN an oder stärker auf die Mitgliedstaaten?

Dr. Volker Weyel, Zeitschrift Vereinte Nationen:

Ich möchte auf ein Gremium zurückkommen, das eigentlich nur am Rande erwähnt worden ist, nämlich die Generalversammlung. Die Generalversammlung ist sozusagen der einzige und der zentrale Ort der Staatendemokratie, wenn man diesen ominösen Begriff gebrauchen will. Jedenfalls das einzige Gremium, wo das Prinzip

„one state one vote“ gilt. Nun hat der Präsident der letzten Generalversammlung, der Außenminister von Namibia, bei seiner Bilanz am Ende 1999, nachdem der Hauptteil der Generalversammlung abgelaufen war, einen Niedergang der Bedeutung der Generalversammlung beklagt und diese Klage wiederholt, als er sein abschließendes Resümee im September gezogen hat. Die Klage ist nun wahrlich nicht neu. Sie taucht immer wieder in den Positionen der Vertreter der Dritten Welt auf. Sie spiegelt sich aber wider als eine Forderung, die in die Millenniums-Erklärung der Generalversammlung aufgenommen worden ist. Ausdrücklich wird dort die Stärkung der Generalversammlung gefordert, ohne dass es allerdings präzisiert wird. Deswegen meine Frage an Botschafter Bengu. Wie kann das realistischerweise aussehen, wenn man unterstellt, dass die Staaten, die an anderen Orten sehr viel mehr Einfluss ausüben können – die westlichen Staaten, die reichen Staaten – diese Position nicht zugunsten der Generalversammlung preisgeben werden? Deswegen würde es mich interessieren, ob es andere Wege gibt, diese Forderung trotzdem zu realisieren. Ich muss sagen, den Vorschlag von Frau Kaul, so etwas wie eine G 25 einzurichten, wo nun repräsentativ Vertreter der Entwicklungsländer und der Industrieländer zusammenkommen, finde ich ganz ausgezeichnet. Er bringt uns in diesem Fall aber nicht weiter, weil hier ein neues Gremium mit begrenzter Mitgliederzahl geschaffen würde, was den Aspirationen der Mehrheit der Staaten der Dritten Welt in der Generalversammlung vermutlich genau so wenig entsprechen würde.

Friederike Bauer:

Ich knüpfte vielleicht noch mal an das an, was ich gesagt hatte. Es ist zu einem Muster geworden, dass wir bei ganz vielen Themen, die globaler Natur sind, die Analyse kennen, dass es aber nach wie vor an den Umsetzungsmechanismen fehlt. Und das ist der Punkt, an dem wir jetzt konkret weiterarbeiten müssen, und nicht wieder und wieder neue Konferenzen und Dokumente. Ich wiederhole das, weil ich mich bestätigt fühle durch das, was auch an Reaktionen aus dem Publikum gekommen ist.

Ingeborg Kaul:

Zur Frage, was meinen wir, wenn wir UN sagen: Wir meinen vor allen Dingen die Generalversammlung, denn das Sekretariat ist nur von sekundärer Bedeutung und implementierend. Meine Präferenz wäre, vom UN-System zu sprechen, weil es sich immer lohnt, auch die verschiedenen Rollen der Organisationen mitzubetrachten. Aber genau weil ich den legislativen Aspekt von „international governance“ im Auge habe, möchte ich auch betonen, dass wir ehrlich sein und zugeben sollten, dass unsere Vertreter in den internationalen Gremien gewöhnlich im Eigeninteresse handeln. Es wäre schön, auch stärker national zu diskutieren, was überhaupt unser Eigeninteresse ist, wenn wir Vertreter von Deutschland in internationale Gremien gehen lassen. Aber Eigeninteressen sollten überlappen. Nur wenn es zu so einer Überlappung kommt, wird auch Zusammenarbeit funktionieren. Zum Partizipationfonds, den ich vorgeschlagen hatte, und der Anmerkung, dass dies ein bisschen paternalistisch sei, möchte ich nur anmerken, dass ungefähr 99 % allen Denkens und allen Schreibens über Entwicklung im Norden stattfindet, dass die Universitäten im Süden leer sind und keine Gelder haben und dass das wirklich eine der vordringlichsten Aufgaben von internationaler Zusammenarbeit ist, sicherzustellen, dass Entwicklungsländer selber denken können. Das ist nicht paternalistisch gemeint, da meine ich wirklich „empowerment“ ernst. Zu der Frage aus dem Publikum, ob ich „rule of

law“, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte als globales öffentliches Gut ansehe. Ja, und die detaillierte Antwort ist in dem Buch „Global Public Goods“. Aber ganz kurz gesagt, Regime und Normen wie Menschenrechte sind natürlich nicht rivalisierend. Wenn ich als Frau gerecht behandelt werde, haben alle Frauen hier im Raum eine wesentlich bessere Chance, auch gerecht behandelt zu werden. Interessant dabei ist, dass man vor allem an dem Beispiel der Menschenrechte sieht, dass die öffentlichen Güter in der Tat nicht immer von dem Staat und von Regierungen zur Verfügung gestellt werden. In vielen Ländern haben es sich nämlich die Regierungen herausgenommen, sich ganz wie Privatakteure zu verhalten und hinter dem Schutz ihrer Souveränitätsmauern Menschenrechte zu beschneiden. Und dann waren es die NGOs und andere internationale Akteure, die wieder zur Sicherstellung dieser öffentlichen Güter beigetragen haben. Zum Niedergang der Generalversammlung: Wenn wir nicht aufpassen, mag es dazu kommen. Und ich glaube schon, dass auch die Entwicklungsländer wahrscheinlich ganz klar sehen, dass da ein Kompromiss notwendig ist zwischen Effektivität und voller Mitsprache. Deshalb mein Vorschlag, ein effektives Gremium der Generalversammlung wie eine G 20 oder so zu gründen, und danach können wir alle nach Herzenslust im Gesamtrahmen der Generalversammlung die Kommuniqués einer solchen G 20 im Detail durchdenken und auch in anderen Gremien uns wesentlich partizipatorischer verhalten. Noch ein Wort zu dem Dokumentenstopp. Das ist kein richtiger Vorschlag, denn man muss sich vor Augen halten, dass in den internationalen Verhandlungen mehr als 180 Länder diskutieren, die etliche „Constituencies“ vertreten. Ob das nun NGOs sind, „Municipalities“ oder irgendwelche Provinzen in ihren Staaten. Jedes Wort zählt! Das ist ganz wichtig, wie da verschiedene Akteure an einzelnen Worten hängen. Wenn man von außen sich das anschaut, klingt das vielleicht wie Palaver. Aber das ist ganz wichtig als Kitt für die internationale Gesellschaft.

Botschafter Sibusiso Bengu:

I must comment first on the feeling that the Summit Declaration was cast in general terms and therefore not easy to implement. We face a problem of things that have been said eloquently in the past, but have not been done. Maybe what we should do is to blame the participants at the Summit for not being creative enough to use other words. But if you say what you said 10 years ago in the same words you really mean it. But I do want to say also that it is not quite true that all the recommendations of the Summit were rather general. I remember quite well this morning that some panelists touched on concrete activities, for instance the cancellation of debts in the least developed countries. What could be more specific than that? For instance they speak of resource transfers and the dwindling development assistance. Is that not concrete? So I would recommend that we scan the document once again and we might find that there are some specifics which will lend themselves to implementation. I also want to say something about the General Assembly and the criticism that was coming from the former chair of this Assembly, the Foreign Minister of Namibia. I do understand what the developing countries think of the General Assembly. They think the situation that allows all states a voice and an equal say is great and ought to be strengthened as a principle. But what you find is that the countries that are members of the Security Council for instance would even prevent some debates taking place in the Security Council from being discussed in the General Assembly. I would feel that the criticism of the Chairperson

being from Africa and from the Third World was tantamount to what I was trying to say: that we should consider the principles around which the General Assembly is composed and try and get those principles to apply to the other bodies of the UN-system. I want to highlight just one thing that I thought was significant in our discussions. The recommendation to a participation fund will honestly make a difference. I was following for years the negotiations at UNCTAD. To be honest I must tell you that I came out of that situation convinced that there were no negotiations. I saw with my own eyes 74 negotiators from the US vis-à-vis 2 from Tanzania, 1 from Rwanda, 3 from another small country, and they could not possibly have been informed on all the matters that were supposed to be negotiated. There is just no equality. In fact the money of the states is being wasted with these people carrying suitcases to these meetings when in effect there are no further negotiations. So I do think that the recommendation that we get a participation fund can increase the participation by countries of the South and thereby create some form of equality.

Dr. Eberhard Brecht:

Zunächst möchte ich allen Teilnehmern sehr herzlich danken, auch meinen Mitpanelisten, für manche Anregung. Ich möchte noch eine Bemerkung generell zum Bild der VN machen. Ich habe ein bisschen den Eindruck gewonnen, dass wir alle darin übereinstimmen, dass wir noch weit davon entfernt sind, die VN als zentralen Pfeiler von „Global Governance“ bezeichnen zu können. Aber ich glaube auch umgekehrt, wir sollten nicht in Molltönen von den VN reden, denn die VN tun in der Fläche ungeheuer viel Gutes. Ich habe durch die Reisen meines Unterausschusses das immer vor Ort sehen können. Es ist daher auch in Deutschland wichtig, immer wieder für den multilateralen Ansatz zu werben, denn multilaterale Ansätze sind nicht sehr populär, vor allen Dingen bei Haushältern nicht. Eine zweite Bemerkung: Ich denke, dass der UNESCO-Vorschlag, der eben kam, sicherlich hilfreich ist. Es ist wichtig, dass wir, wenn wir einen konkreten „outcome“ haben von dem Millennium, nun auch tatsächlich aktiv werden. Ob das das Thema Armutsbekämpfung, Bildung oder irgendein anderes wichtiges Thema ist. Wir, die „Developed Countries“, sind da in einer Verpflichtung und Deutschland mit seinem Anspruch als multilateraler Akteur ganz besonders. Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.

Karl-Theodor Paschke:

Vielen Dank Herr Dr. Brecht. Ich bedanke mich besonders für Ihre letzte Bemerkung. Ich habe heute bei dieser Veranstaltung gemerkt, dass ich mich nie mehr als Moderator zur Verfügung stellen werde bei einem Thema, das mich selber emotional so anrührt, wie das der Vereinten Nationen. Ich hätte sehr gerne auf viele der hier gemachten Bemerkungen, auf viele Kommentare und Fragen, eine Antwort oder meine eigene persönliche Reaktion zu erkennen gegeben. Als Moderator ist mir das versagt, deswegen beschränke ich mich darauf, Ihnen zum Schluss zu danken für Ihr aktives Interesse.

United Nations Secretary-General Kofi Annan:

“The central challenge we face today is to ensure that globalization becomes a positive force for all the world’s people.” (Millennium-Report)

Panel 3: Modelle der Nachhaltigkeit auf dem Weg zu „Rio plus 10“– Konkrete Beispiele aus der Praxis

Einführung: *Dr. Angelika Zahrnt, Erste Vorsitzende, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND):*

Zunächst möchte ich Ihnen den BUND kurz vorstellen: Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland hat 360.000 Mitglieder und Förderer. Er ist föderativ aufgebaut und basisdemokratisch organisiert und hat rund 2 000 Orts- und Kreisgruppen. Auf internationaler Ebene ist er Teil des Netzwerks von Friends of the Earth und der BUND ist damit Friends of the Earth Germany.

Die Konferenz in Rio zur Umwelt und Entwicklung 1992 war für uns Anlass, der Frage nachzugehen: Was heißt Nachhaltigkeit konkret für ein hochindustrialisiertes Land wie die Bundesrepublik Deutschland. Wir haben hierzu zusammen mit der katholischen Entwicklungshilfe-Organisation Misereor eine Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ beim Wuppertal Institut erstellen lassen, die 1996 veröffentlicht und in der Folge in über 1000 Veranstaltungen diskutiert wurde. Diese Studie hat zum einen aufgezeigt, wie groß der Umweltraum insgesamt für die Menschheit ist, d.h. wieviel Energie und Ressourcen zur Verfügung stehen und wie die Aufnahmekapazitäten der Erde sind. Von daher wurden globale Reduktionsziele abgeleitet. Dieser globale Umweltraum wurde dann nach dem Prinzip der Gleichheit – ausgehend von dem Postulat, dass jedem Menschen das gleiche Recht auf Umweltnutzung zusteht, sei es den Menschen in den Ländern des Nordens wie des Südens –, einen Umweltraum für die Bundesrepublik Deutschland bestimmt. Danach sind in der Bundesrepublik Reduktionen des Energie- und Materialverbrauchs um 80 bis 90 % bis zum



V. l. Janos Pasztor, Udo Weis, Dr. Angelika Zahrnt, Roland Mauch, Aira Kalela

Jahre 2020 für eine nachhaltige Entwicklung notwendig, um Entwicklungschancen für die Länder im Süden wie auch für künftige Generationen zu gewährleisten. Neben diesem quantitativen Teil wurden in dieser Studie auch Leitbilder für eine nachhaltige Entwicklung entworfen, z.B. ein Leitbild für ein neues Verhältnis zu Geschwindigkeit, zu Konsum, für Unternehmen und ein Leitbild für ländliche Räume.

Nachhaltige Entwicklung ist eben nicht nur Technologieentwicklung, Steigerung der Effizienz und sparsamer Umgang mit Ressourcen, sondern bedeutet auch ganz wesentlich einen anderen Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen, mit Land, Landschaft, Landwirtschaft, mit Natur und Artenvielfalt.

Als Beispiel für eine nachhaltige Entwicklung aus der Praxis habe ich für dieses Forum die Entwicklung des Biosphärenreservats Rhön ausgewählt. Nun kann man sich fragen, warum ich gerade bei einem Forum mit internationalen Gästen ein Beispiel aus dem ländlichen Raum ausgewählt habe, wo doch die Bundesrepublik Deutschland für ein hochindustrialisiertes Land steht. Ich habe bewusst ein Beispiel aus dem ländlichen Raum gewählt, weil nachhaltige Entwicklung eben nicht nur Technologieentwicklung ist, Steigerung der Effizienz und sparsamer Umgang mit Ressourcen, sondern auch ganz wesentlich einen anderen Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen bedeutet, mit Land, Landschaft, Landwirtschaft, mit Natur und Artenvielfalt. Gerade auch im internationalen Kontext ist es wichtig, wie wir im Norden die Fragen der Landnutzung beantworten oder ob wir sagen: „Wir hier im Norden haben und brauchen unsere industrielle Landwirtschaft, wir können uns Naturschutzflächen in größerem Ausmaß nicht leisten, und die Artenvielfalt interessiert uns primär im tropischen Regenwald.“ Oder ob wir hier bei uns Modelle entwickeln, wie Landwirtschaft und Naturschutz zusammen gehen können, wie Tourismus und Naturerhalt in Einklang zu bringen sind, wie ländliche Räume sich entwickeln können, ohne zu Schlafstätten für die nächste Stadt oder Feriensiedlung zu werden. Dies waren die Gründe für die Auswahl eines ländlichen Raumes. Im Folgenden möchte ich begründen, warum ich gerade die Rhön als ländliche Region ausgewählt habe:

- der BUND hat sich in dieser Region stark engagiert, von daher ist uns diese Region besonders vertraut,
- die Rhön hat an dem vom früheren Ministerium für Raumordnung und Städtebau 1998 ausgeschriebenen bundesweiten Wettbewerb „Regionen der Zukunft“ teilgenommen und einen Preis gewonnen,
- die UNESCO hat die Rhön mit dem Prädikat „Biosphärenreservat“ ausgezeichnet und von daher ist ein unmittelbarer Bezug zur UN gegeben.

Zur Geographie

Die Rhön war früher ein Randgebiet an der Grenze zwischen Bayern, Hessen (ehemals Westdeutschland) und Thüringen (ehemals DDR). Dadurch ist sie in den vierzig Jahren seit dem Zweiten Weltkrieg wirtschaftlich immer mehr ins Hintertreffen geraten. Viele Menschen sind abgewandert.

Gleichzeitig ist eine äußerst wertvolle Kultur- und Naturlandschaft erhalten geblieben, die – gerade durch die Grenzlage – in weit geringerem Ausmaß durch Zersiedelung und Straßenbau beeinträchtigt ist als dichter besiedelte Regionen in Deutschland. Der BUND und sein bayerischer Landesverband Bund Naturschutz haben seit

den achtziger Jahren die Einrichtung als Biosphärenreservates der UNESCO gefordert, was 1991 – ein Jahr nach der Wiedervereinigung – zum Erfolg führte. Biosphärenreservate sind ein hervorragendes Beispiel dafür, wie die Agenda 21 mit Leben erfüllt werden kann. Zum einen, weil in ihnen das Wirtschaften im Einklang mit der Natur praktiziert werden soll. Zum anderen, weil in ihnen die Biodiversitätskonvention (Teil der Agenda 21) vorbildlich umgesetzt werden kann. Im Gegensatz zu Nationalparks wird in Biosphärenreservaten die Natur nicht sich selbst überlassen, sondern als Kulturlandschaft behutsam genutzt.

Hierfür wird durch eine Zonierung ein ökologischer Rahmen vorgegeben, innerhalb dessen sich die wirtschaftliche und soziale Entwicklung entfalten kann. Diese Zonierung umfasst zum einen die Kernzone mit 2 % der Fläche, innerhalb derer die Natur und die natürliche Dynamik Vorrang hat. In einer Pflegezone, die ca. $\frac{1}{3}$ umfasst, steht die Sicherung des Kulturerbes durch naturnahe Bewirtschaftung im Vordergrund. In der Übergangszone, die ca. $\frac{2}{3}$ der Fläche ausmacht, steht die Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft durch nachhaltige Entwicklung im Vordergrund. Es gibt ein weltumspannendes Netz von 340 Biosphärenreservaten. In diesen wird durch ein Bio-Monitoring untersucht, wie sich die Aktivitäten des Menschen auf die Umwelt auswirken.

Die Ausweisung der Rhön als Biosphärenreservat hat damals zu heftigen Auseinandersetzungen geführt. Es wurde befürchtet, dass die Rhön damit „das Indianerreservat“ Deutschlands, das „Armenhaus Europas“ werden sollte. Es war nicht einfach, das Ziel des Biosphärenreservats zu vermitteln, eine langfristig erfolgreiche Entwicklung der Region zu erreichen, die gleichzeitig die Natur schützt und erhält. In der Zwischenzeit besteht über dieses Ziel ein großer Konsens.

Die Rhön ist eine Mittelgebirgslandschaft. Sie ist aus riesigen Buchenurwäldern hervorgegangen, die sich durch Rodung und Beweidung im Laufe der Jahrhunderte entwickelt haben, und so zu einer offenen Landschaft geworden, in der der Wald nicht dominiert.

Diese attraktive Landschaft würde sich unter den herrschenden Bedingungen der EU-Agrarpolitik nicht halten können. Die Beweidung der Wiesen ist nach herkömmlichen Maßstäben nicht wirtschaftlich. Aufforstungsprämien der EU würden innerhalb weniger Jahrzehnte dazu führen, dass hier monotoner Nadelwald entsteht.

Die Bevölkerung in der Rhön wollte einen anderen Weg gehen. Sie hat Möglichkeiten gesucht und gefunden, den Reichtum der Natur auf nachhaltige Weise zu nutzen und dadurch tragfähige Arbeitsplätze in der Region zu schaffen. Die Menschen haben neue Perspektiven gewonnen. Alte handwerkliche Fähigkeiten wurden weiterentwickelt. Die Touristen finden eine vielfältige und attraktive Landschaft. Und die Artenvielfalt in der Natur kann sich weiterentwickeln. Über Landes- und Planungsgrenzen hinweg arbeiten die Akteure konstruktiv zusammen. Dies war nicht einfach, denn die Rhön umfasst 3 Bundesländer, 5 Landkreise und 10 Gemeinden. In einem umfassenden Diskussions- und Planungsprozess gab es eine Einigung auf folgende Oberziele:

1. Natur und Landschaft schützen,
2. Zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen,
3. mit Ressourcen schonend umgehen,
4. Kultur, kulturelle Eigenständigkeit erhalten,
5. möglichst viele Menschen in die Zukunftsgestaltung einbinden.

Unter diesen Zielsetzungen wurde eine Reihe von Projekten in der Rhön vorangetrieben, von denen hier nur wenige kurz skizziert werden können.

Das Rhön-Schaf: Während es im 19. Jahrhundert noch mehrere hunderttausend Schafe in der Rhön gab, waren es 1950 nur noch 300 Rhön-Schafe. In der Zwischenzeit verdrängten andere Schafrassen die typischen Rhön-Schafe, die weiß sind und einen schwarzen Kopf haben. Dank der Bemühungen von BUND und Bund Naturschutz, der mit einer eigenen Herde die Renaissance begann, sind es mittlerweile wieder mehr als 2 000 Tiere. Und das Gute dabei: sie müssen nicht streng geschützt werden, sondern die Bauern in der Rhön haben inzwischen den Wert ihrer alten Haustierrasse wieder selbst erkannt; sie halten die Landschaft offen und sind damit Landschaftspflege, sie sind Markenzeichen für einen zukunftsfähigen Tourismus und Grundlage für köstliche Spezialitäten der Rhöner Gastwirte. Allerdings ist es noch ein weiter Weg, bis sich die Rhön-Schafe gegenüber billigerem Importfleisch auch im Alltagsverbrauch durchsetzen können.

Rhöner Apfelinitiative: In der Rhön gibt es traditionell sehr viele Streuobstwiesen mit hohem ökologischen Wert, mit unzähligen verschiedenen Apfelsorten. Obwohl die EU jahrelang mit Rodungsprämien die Zerstörung dieser Apfelkultur subventioniert hat, ist viel davon erhalten geblieben. Die Rhöner-Apfelinitiative hat es sich zu Aufgabe gemacht, die Sortenvielfalt auch für die Verbraucher erlebbar zu machen. z. B. wird der Apfelwein jahrgangs- und sortentypisch ausgebaut und den Touristen als echtes Qualitätsprodukt bei Verkostungen schmackhaft gemacht. Dazu kommen weitere Spezialitäten wie Apfelscherry, Apfellikör und Apfelbrand. Der ganzheitliche Ansatz der Agenda 21 schlägt sich hier darin nieder, dass die Bevölkerung in Lohnkellereien ihre Äpfel aus dem eigenen Garten zur eigenen Nutzung kelter lassen kann. Es wird vorwiegend in Pfandflaschen abgefüllt, und die Vermarktung erfolgt unter Vermeidung langer Transportwege nur in der Region.

Nachhaltiger Tourismus: Ein besonderer Wirtschaftsfaktor in der Rhön ist der Tourismus. Die Gastwirte schaffen als Schnittstelle zwischen Landwirten und Gästen zahlreiche Absatzmöglichkeiten für regionale Produkte. Dabei ist es wichtig, dass diese besonders sorgfältig und liebevoll verarbeitet sind und die Gäste bei der Herstellung zusehen können. Das gleiche gilt für handwerkliche Erzeugnisse aus Holz, das aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern der Region stammt.

Bei all diesen Projekten wird Landschaftsschutz, Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, die Verbindung von regionaler Identität und der Stolz auf die eigenen Besonderheiten verbunden. Aber es gibt nicht nur diese, an Traditionelles anknüpfende Entwicklung sondern auch Innovationen, frei nach dem Motto „Rhön-Schaf und High-Tech“.

Technologieförderung: Neben den Kulturlandschaftsprojekten gelingt es auch, moderne Technologien und Dienstleistungen in der Rhön zu etablieren. Zum Beispiel erhalten im Technologiezentrum Dernbach in Thüringen Forscher für angewandte Technologien gute Arbeitsbedingungen, um den Informationsaustausch untereinander, die Anmeldung von Patenten und den Gedankenaustausch mit der Bevölkerung (in einem „Club junger Erfinder“) voranzutreiben. In Bad Kissingen werden Existenzgründermessen veranstaltet. Für die Anwerbung qualifizierter Fachkräfte ist die attraktive Landschaft in der Rhön ein wichtiger Gesichtspunkt, um gegenüber den Ballungsräumen bestehen zu können.

Energie: Schon 1966 entwickelte die Hessische Rhön ein erstes Energiekonzept für ein Biosphärenreservat. Bei der Bevölkerung gibt es ein hohes Interesse am

Thema Energiesparen und auch an dem Einsatz regenerativer Energien (Slogan: „Holz ist das Öl der Rhön“).

Verkehr: Noch mit Rückschlägen verbunden sind die Bemühungen um ein umweltverträgliches Angebot öffentlicher Verkehrsmittel. Zwar konnte eine Bahnlinie erhalten werden, aber ein flächendeckendes Busnetz mit dichtem Bedienungstakt fehlt noch. Die allermeisten Gäste und Einheimischen benutzen weiterhin das Auto.

Internationale Zusammenarbeit wird vor allem im Bereich Naturschutz großgeschrieben. So werden regelmäßig Naturschutzexpert/innen aus Afrika, Amerika und Asien eingeladen.

FAZIT: Das Biosphärenreservat Rhön zeigt mit einer Fülle von Projekten, was alles heute schon möglich ist, um zukunftsfähiges Wirtschaften in der Praxis umzusetzen. Der Anspruch, Schutz der Natur durch Nutzung sicherzustellen, ist vielen Bereichen gelungen. Die positiven Erfahrungen haben die ursprünglichen Ängste der Bevölkerung gegenüber dem Biosphärenreservat weitgehend ausräumen können. Akteurskoalitionen haben sich für die gemeinsam gefundenen Ziele zusammengefunden und praktische Projekte gestartet. Das gemeinsame Ziel hat ein Handeln über die Verwaltungsgrenzen erleichtert und auch zu neuen „grenzüberschreitenden“ Institutionen geführt. Diese positiven Erfahrungen mit Nachhaltigkeit sind sehr stark gefördert worden durch das UNESCO-Prädikat „Biosphärenreservat“.

Die Tatsache, dass diese Projekte auch in der Region eher noch Vorbildcharakter haben als tatsächlich schon die Mehrheit der Bevölkerung zu erreichen, sollte nicht entmutigen. Einerseits ist vor Ort weiter Geduld und Überzeugungsarbeit notwendig. Andererseits müssen auch die politischen Rahmenbedingungen geändert werden, damit regionale Wirtschaftskreisläufe nicht unter die Räder der Globalisierung geraten.

Reaktionen der Panelisten und Diskussion

Moderation: *Ministerialdirigent Roland Mauch, Auswärtiges Amt, Leiter der Abteilung 41*

Aira Kalela, stellvertr. Exekutivsekretärin des VN-Sekretariats der Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung (UNCCD):

Dear Mr. Mauch, I would like to thank you and through you the Ministry for Foreign Affairs for convening this Forum Global Issues and inviting the UNCCD to share with the panel some thoughts on the models of sustainability.

Dr. Zahrnt presented a convincing example on how sustainable development can be made possible at the local level. She also emphasized that political circumstances have to be changed to encourage sustainable livelihoods.

I share her views and would like to discuss with you the same issues from the global perspective in particular, how we can strengthen the political but also legal frameworks for international cooperation on the road to “Rio plus 10”. I would like to focus on three issues:

Firstly, how the Rio Conventions, in particular the UNCCD, can provide tools for promoting sustainable development.

Secondly, I would like to share with you some views on the preparations of the “Rio plus 10”.

Thirdly, I would like to make some concrete recommendations, as encouraged by the organizers of this forum.

UNCCD

The United Nations Convention to Combat Desertification stems from the UN Conference on Environment and Development, held in Rio in 1992. The Convention was adopted and opened for signature in 1994, and it entered into force in 1996.

The permanent secretariat for the Convention started its work in early 1998 and is now located in Bonn, Germany.

The UNCCD aims at protecting land resources and preventing land degradation in dry, arid, semi-arid and sub-humid areas. It encourages the local people to participate in the process which concerns their own environment and their livelihood.

Desertification is a local problem, but it has spread world-wide, and has global consequences.

More than one hundred countries have dry areas which are affected by land degradation.

More than one billion people suffer from its consequences. Most of these people are the poorest population of the affected countries, and most of the affected countries are the poorest countries in the world.

In a nutshell, we are dealing with interrelated problems of poverty and over-exploitation of natural resources.

The Convention includes two main commitments. The affected developing countries commit themselves to prepare an action programme to combat desertification and the developed countries commit themselves to help the developed countries in implementing these programs. More than 30 countries have already prepared their programs, and they are now in the process of establishing partnership agreements for the implementation of the programs.

“Rio plus 10”

If we want to make “Rio plus 10” a success, we should focus on poverty and environment -the core issues of sustainable development. We are looking forward to “Rio plus 10” to provide a global forum for strengthening our political commitment to Agenda 21.

One important element in the preparations for “Rio plus 10” will be turning the global Agenda 21 into national action programs. In 1997, in “Rio plus 5”, the Governments committed themselves to have their national sustainable development strategies in place by 2002. The OECD countries have further called for the implementation of these strategies by 2005.

At the same time, the World Bank is engaged in preparing and implementing its Poverty Reduction Strategies, related with the Comprehensive Development Framework. Poverty is also addressed by the UNDP Global Strategy as well as the new Cotonou Agreement between the European Community and the ACP countries.

We can see tremendous strategy work undertaken within many international organizations at the global level and at the national level. Yet there is very little cooperation between these activities.

In order to take concrete steps to implement the Agenda 21-based action programs on desertification, or biodiversity or climate change, the strategies must be part of countries' sustainable development strategies.

In order to take concrete steps to implement the Agenda 21-based action programs on desertification, or biodiversity or climate change, the strategies must be part of countries' sustainable development strategies. These strategies should be adopted by the respective Governments in cooperation with the World Bank, UNDP and EC as well as bilateral donors. This could be the building block of the new development architecture, which Ms. Kaul was proposing yesterday.

Building cooperation for a new development cooperation may sound simple. But it is hardly simple when brought to practice. Issues such as land degradation are highly complex. There are many competing interests at the country level on choosing priorities among needs such as health care, education, infrastructure development, and many others. The strategy preparation process is difficult and requires capacities which the poorest countries may not possess.

Conclusion and recommendations

1. Multilateral organizations should take the "Rio plus 10" into account in their strategy work. Some elements are already included in the UNDP Global Strategy and the EC-ACP Cotonou Agreement, but more emphasis is needed on the global environmental issues and their social and economic linkages. The World Bank Comprehensive Development Framework and Poverty Reduction Strategies need to be revised.
2. Germany will be one of the leading countries both within the EU and in the global aid strategy dialogues. Germany should take the lead for a better integration of environmental issues not only in the multilateral development strategies but also in the bilateral cooperation.
3. Germany could also take initiatives in improving the donor coordination.
4. NGOs and private sector should become active partners in this new development architecture.

Udo Weis, ABB:

Wenn ich nach meinen beiden Vorrednerinnen nun als Industrievertreter Beispiele zur nachhaltigen Entwicklung unseres Hauses vorstelle, so möchte ich dies nicht als Gegenbeispiel verstanden wissen. Sowohl Frau Zahrtm wie auch Frau Kalela haben Beispiele aus dem ländlichen Bereich beziehungsweise aus dem Bereich der Wüstenbildung vorgestellt. Unsere Beispiele stellen Ergebnisse einer Entwicklung vor, die sich an den Möglichkeiten eines Industrieunternehmens orientieren.

Die weltweite ABB beschäftigt zur Zeit mehr als 160.000 Mitarbeiter in über 100 Ländern. Wir liefern Produkte und Dienstleistungen in den Bereichen Stromübertragung/-verteilung, Gebäudeausrüstung, Automatisierungstechnik, sowie Explorationstechnologie im Öl- und Gasbereich.

In 1991 unterzeichnete die ABB die 16 Management Leitsätze zur Nachhaltigen Entwicklung der Internationalen Handelskammer (ICC). Diese Leitsätze bilden bis heute die Grundlage von Entscheidungsprozessen unseres Hauses und wurden durch die Konferenz in Rio 1992 bestärkt.

Außer Frage steht für unser Haus die Bedeutung aller 16 Leitsätze der ICC Charta. Als Unternehmen haben wir allerdings vier Handlungsfelder identifiziert.

Dies sind

- Entwicklung und Bereitstellung von ökoeffizienter Technologie,
- der Transfer von Technologie mit sich entwickelnden Ländern,
- die Beteiligung bei Gemeinsamen Anstrengungen und
- die Verbesserung der eigenen Umweltleistung.

Einige Beispiele von ökoeffizienter Technologie aus dem Hause ABB sehen wir in der Entwicklung von Powerformer, Windformer und HVDC light. Dies sind Technologien, welche die Erzeugung von Energie aus Windkraft erst wirtschaftlich machen. Erlauben Sie mir einen Exkurs in die traditionelle Energieerzeugung. Traditionelle Energieerzeugung spiegelt Entwicklungen des vorigen Jahrhunderts wieder. Kohle diente dazu, in Großkraftwerken zentral Energie zu erzeugen. Mittlerweile aber hat sich die Industrielandschaft verändert. Sie finden einen dezentralen Bedarf an Energie in Deutschland. Im Allgäu, traditionell eine ländliche Gegend, befinden sich Firmen mit industriellem Energiebedarf. Unter Umweltsichtspunkten heißt dies, zentral erzeugte Energie muss zum Verbraucher über lange Strecken transportiert werden. Mit herkömmlicher Technologie kommen allerdings nur 30 % beim Verbraucher an. Dies sind weniger als ein Drittel. Neben den ökonomischen Gesichtspunkten heißt dies, dass zwei Drittel an Ressourcen nutzlos verbraucht und zwei Drittel an Emissionen sinnlos emittiert werden. Konzepte der ABB sehen eine zunehmende Dezentralisierung von Energieerzeugung vor. Dort Energie erzeugen, hoch effizient und unter Nutzung von Kraftwärmekopplung, wo diese Energie gebraucht wird. Wirkungsgrade über 80 % oder höher werden erreicht. Ökonomisch wie ökologisch sinnvolle Alternativen. Mikroturbinen, Brennstoffzellen, Hochleistungstransformatoren sind weitere technische Bausteine für dieses Konzept.

Den Transfer von Technologie sehen wir in der Internationalität der Firmenstruktur realisiert. Zur Zeit sind mehr als 35.000 Kollegen in nicht OECD Staaten beschäftigt. Ziel der ABB ist es, mit guten Beispielen die Entwicklung lokal voranzutreiben. Wir verstehen uns nicht als Eindringling in diesen Länder, sondern fühlen uns dieser jeweiligen Gesellschaft zugehörig. Eine Strategie, die auf eine langfristige Entwicklung zielt.

Die Beteiligung an Gemeinsamen Anstrengungen sehen wir in verschiedenen Forschungsprojekten umgesetzt. Beispiel sind IEA Greenhouse Gas Program, eine Zusammenarbeit mit dem MIT zu globalen Veränderungen, verschiedene Zusammenarbeiten mit chinesischen Instituten sowie die Zusammenarbeit mit den VN zur Entwicklung einer Menschenrechtscharta. Aber auch Schulprojekte in verschiedenen Ländern, die das Verständnis der Schüler für Probleme in anderen Ländern fördern sollen, werden von uns unterstützt.

ABB hat von 537 bestehenden produzierenden Standorten 517 nach einer Umweltnorm zertifiziert. Im wesentlichen ist dies ISO 14001 und/oder auch EMAS in Europa. Dies entspricht 96 % aller Standorte. Für die ABB bedeutet dies, dass wir für alle Arbeitsschritte, von der Entwicklung über Produktion bis zum Vertrieb, Umweltaspekte bei unseren Handlungen berücksichtigen. Für die Hauptprodukte der ABB erstellen wir Umweltproduktdeklarationen, das bedeutet, wir informieren über Inhaltstoffe und über Umweltauswirkungen dieser Produkte. Jeder Kunde kann sich somit an Hand dieser objektiven Informationen auch für seine Kaufentscheidung eine Meinung über ABB Produkte bilden.

Produkte und deren Verbesserung spielen eine besondere Rolle bei der Verantwortung der ABB. Wie Untersuchungen zeigen, sind oftmals die Auswirkungen in der Gebrauchsphase um ein Vielfaches höher als in der Herstellungsphase – können also Produkteigenschaften verbessert werden, so bedeutet dies für den Kunden und die Umwelt eine Verbesserung um ein Vielfaches. Zu den Auswirkungen unserer Produkte auf dem sozialen Sektor werden zur Zeit Studien erstellt, welche, unterstützt durch Soziologen, soziale Folgen für die Gesellschaft erkennen helfen sollen. Wir hoffen, so auch unsere Produkte zu verbessern.

Lassen Sie mich zum Abschluss, frei nach Rosa Luxemburg, die sagte: „Freiheit ist immer nur Freiheit des anders Denkenden“, heute sagen: „Nachhaltige Entwicklung ist immer auch die eigene Nachhaltige Entwicklung“.

Warum hat sich 1991 die ABB für eine Nachhaltige Entwicklung entschieden? Wenn man den Dow Jones Sustainability Group World Index anschaut, dann erkennt man, dass Firmen mit Nachhaltiger Entwicklung (+63.4 %, 93–99) sich deutlich besser entwickeln und schneller wachsen als andere (+ 8,4 %, 93–99).

ABB will sich besser entwickeln und wird sich für eine Nachhaltige Entwicklung einsetzen.

Janos Pasztor, VN-Sekretariat der Klimarahmenkonvention (UNFCCC), Coordinator, Information, Outreach and Administrative Services:

After the presentation of Dr. Angelika Zahrnt concerning examples of sustainability of a local ecosystem, it is most appropriate for me to go to the other extreme – to the global level. In my presentation I would like to look at three specific examples in the context of the implementation of the United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC):

1. The Clean Development Mechanism
2. The role of civil society in an intergovernmental process, and
3. Reduction of greenhouse gas emissions

One cannot separate the “local” from the “global”. The former cannot exist without the latter, and vice versa. Even if the interesting examples of sustainability appear to be successful in the Rhön region – as we just heard –, ultimately if the climate change negotiations, and other global processes fail, the Rhön does not have much a future. Similarly, global climate change negotiations cannot succeed, without strong examples of what is possible on the ground.

Before getting into the details of these three examples, I would like to mention that my remarks need to be considered in the context of the most important intergovernmental conference on climate change – the 6th Meeting of the Conference of the Parties of the UNFCCC – to be held in The Hague on 13–24 November – just three weeks from now. This conference is expected ensure the ratification of the Kyoto Protocol by the developed countries – a step which is essential for the emergence of an international regime to begin to cut greenhouse gas emissions, and thereby to stabilize their atmospheric concentration.

My remarks will not be an exhaustive analysis of the Convention, the Kyoto Protocol, or of COP6. None of these would be possible in such a short time. The three examples, however, are important, and they are indicative of the opportunities, and problems that the climate change process has offered.

The Clean Development Mechanism (CDM)

The CDM is a potentially most innovative element of the Kyoto Protocol, in that it is expected to result in a win-win situation. The basic purpose of the CDM as defined in Article 12 of the Kyoto Protocol is to allow a developed country Party to the Convention to invest in a developing country through a project, usually through the private sector. The project is supposed to advance the countries' goals in the area of sustainable development, and at the same time reduce greenhouse gas emissions, for which the investing country can get some credit toward its commitments to reduce emissions.

There are still many details that have not been worked out about the CDM – indeed, that is one of the main purposes of the conference in The Hague later on in November. Many of these details are technical, and others are political. However, once operational, the CDM is likely to be a major source of new technologies for developing countries – thus advance considerably the “Technology Transfer” agenda, with which the international community has been busy for decades.

It is being proposed that a small levy be applied to CDM projects, which could generate considerable additional resources – resources that could not be made available from present sources of Overseas Development Aid (ODA). These new resources could be made available to developing countries to help them to begin adapting to climate change, and to assist them in developing their capacities to better implement the convention as a whole.

Thus, overall, the CDM is innovative, in that it proposes new sources of funds at a time of diminishing ODA; it encourages the transfer of much needed technologies to developing countries for projects that enhance sustainability; and finally it gives some credits to the investing country toward its commitments under the Kyoto Protocol.

The Role of Civil Society

The role of civil society has been mentioned by a number of speakers in this Forum. Various non-governmental organizations (NGOs) have also been involved in the Convention process. During the last few years, their involvement has intensified considerably.

There are now close to 600 NGOs accredited to the UNFCCC – and their numbers keep growing. They include environmental NGOs, associations representing business and industry, parliamentarians, members of local governments, religious bodies, academia, and others who cannot easily be considered under any of these conventional NGO constituencies.

Without the NGOs effective participation, the Convention process would not have been able to get as far as it has.

The NGOs and their representatives have been increasingly active in the UNFCCC process. They attend meetings in large numbers, where they organize their own information events, they discuss between each other, and most importantly lobby the delegates with their views. Some of these NGOs would be very happy if the Convention negotiations did not get anywhere, but most are very positive and constructive, even if their views often diverge. Without their effective participation, the Convention process would not have been able to get as far as it has.

In the last few years, however, in addition to the increase in numbers, some other interesting developments have taken place in this area. The different organizations have been clustering clearly into groupings that represent political direction, and force. The environmental NGOs for example have formed the Climate Action Network (CAN) that often speaks with one voice, in spite of the many different points of view it contains. Other NGOs have clustered into other groups, often identifying constituency leaders, selecting a few to represent that constituency at meetings where only limited participation was allowed. The sum total of these developments has been the emergence of something akin to a second house of parliament – in its very early stages. It has tremendous energies stored in it, and the challenge is to find ways in which these energies could be channelled into constructive participation by all of the constituencies concerned. We have started a dialogue on these issues with the key NGO constituencies, and look forward to positive developments in the coming years ahead.

Reduction of Greenhouse Gases

Professor Ernst Ulrich von Weizsäcker stated the challenge very clearly yesterday at the beginning of this Forum: following the recommendations of the IPCC some 60% cuts of present emissions will be necessary. The 5% cut required by the Kyoto Protocol is just a very small step in that direction. But developed countries are having difficulty in reaching even these relatively small targets.

The overall objective of the Convention, as enshrined in Article 2 is to stabilize the concentration of greenhouse gases in the atmosphere at a level that would prevent dangerous anthropogenic interference with the climate system. We are far from reaching that objective. Also, Article 4 of the Convention calls on developed countries to reduce greenhouse gas emissions in ways that have an impact on long-term emission trends. Such long-term trends can only be tackled if the fundamental patterns of production and consumption are changed. This has not yet happened in any of the developed countries, and the political leadership and political will to encourage this does not appear to be there.

According to Article 4, the developed countries have also agreed to provide financial resources and technologies to developing countries, so that they could also reduce emissions of greenhouse gases. Developing countries are not committed to reducing emissions – this is part of the so-called “common but differentiated” responsibilities agreed to at the time of the adoption of the Convention – but are encouraged to do so, if they receive financial and technological support from developed countries to do so.

While there are occasional examples of progress – these tend to be more the exception. Overall, most developed countries have not reduced their emissions, and many have actually increased them. There has been certainly no impact yet on the long-term emission trends. Neither has there been provision of any substantial resources to developing countries yet to assist them in implementing the Convention. So the “deal” between the developed and developing countries of Article 4 has not been kept.

It is these non-developments that form the context, the background to the sixth session of the Conference of the Parties of the UNFCCC in The Hague. The record is not very promising, and the lack of political leadership and political will throughout in the developed countries, do not provide encouraging signs that the status

quo will change. The lack of political will, or rather political ability for most governments in developed countries is perhaps the single most important factor that may stand in the way of a successful conclusion of COP6, and consequently of the ratification of the Kyoto Protocol by the developed countries. This is the challenge that we must face.

Dr. Maritta von Bieberstein Koch-Weser, IUCN:

I really want to thank the Panel and our hosts for picking up the topic of “Rio plus 10”. It is very timely and so important that I hope that you will continue on this topic after this special event. From our side we would very much welcome help from your government with setting up a task force that would build on all the good comments we have heard yesterday. The timing is crucial. “Rio plus 10” seems to be far away. If you want to form any think tank type of task force and give it a good agenda it has to be now. It needs to work intensely during the first six months of next year. It needs to consult, have all the participation possible in the second half of next year to ever arrive at some tangible, well negotiated results in 2002. Secondly, should you do this, please do invite representatives from the four chambers I mentioned yesterday: civil society, the public sector, the private sector and science and academia. I could add three topics which I would hope a task force will work on. One of them is, let us change the product.



Dr. Maritta von Bieberstein Koch-Weser

I think that sustainable development has been a very helpful concept, but also unhelpful because it mixes up process and end product. And I would hope that a task force could define end products. We need to see trend changes in desertification. We need to see trend changes in species survival. If 25 % of the coral reefs are dead, well, we don't want any more of those deaths. We have to come to end measures, and quite frankly I don't care who does it, whether it is public, NGO or private. The end product is what counts. Then, please include the institutional questions. Our environmental institution system is so diffuse. If anybody had tried to design a system to be as ineffective as possible, this would come very close. We should take heart from examples like we heard this morning: ABB. It is remarkable how such a huge industry has turned around in a 180 degree angle away from traditional energy development to new environment friendly technologies. If we could do the equivalent on environmental institutions on earth we should be very pleased. Lastly one very pragmatic point. Let us be geographically specific when we look at crisis prevention because you cannot do everything in all places and surely some places are much more prone to crisis than others.

Joachim Oelßner, Deutsches Rotes Kreuz:

Spricht man von Nachhaltigkeit auf dem Weg zu „Rio plus 10“, dann sollte man ein Stichwort nicht ganz außer Acht lassen, und zwar die lokale Agenda 21. Sicherlich ist es für manche auch ein wenig nervend, aber es sind nun mal viele Menschen daran beteiligt. Ich möchte nur ein kleines Beispiel aus dem schönen Berlin-Marzahn nennen. Da gibt es Leute, die sich der Renaturierung eines kleinen Flüsschens widmen. Da geht es um Umwelttechnik, regenerative Energien, um neue Fahrradwege. Es gibt auch eine Arbeitsgruppe, die sich mit Afrika und Entwicklungspolitik befasst. Es ist sicherlich nicht sehr aufregend, aber alles das gehört meines Erachtens zum „Rio plus 10“-Prozess. Es gibt in ganz Deutschland in den Kommunen und auch weltweit Leute, die auf diese Art und Weise den Eine-Welt-Gedanken umzusetzen versuchen. Ich meine, dies gehört mit zu dem Gesamtprozess als ein wichtiges Element.

Volkmar Lübke, Verbraucher-Initiative Berlin:

Wir müssen erst mal feststellen, dass das Podium sehr harmonisch konstruiert und konzipiert ist, sicher mit Vorbedacht. Da sitzen ja nicht Greenpeace oder „Friends of the Earth“. Auch die Beispiele, die Herr Weis uns gebracht hat, sind ja typische „win – win“- Situationen, d. h. wo man mit diesen Produkten innovativ ist und einen Marktvorteil hat. Wenn das aber nicht der Fall ist, dann wird es spannend. Also wenn die Konflikte zwischen ökonomischen, sozialen, ökologischen Interessen auftreten. Ich habe nur zwei Hypothesen, die ich gerne kommentiert hätte, vielleicht vor allen Dingen von Herrn Weis und von Frau Zahrrt. Wir kämpfen ja als Verbraucherorganisation nach der Öko-Lüge, wo Unternehmen sich selbst geschaffene Öko-Labels aufgeklebt haben, schon wieder mit der Nachhaltigkeits-Lüge. Dieser Begriff ist ja unglaublich dehnbar. Das liegt an zwei Fehleinschätzungen. Das eine ist das Modell von diesem sog. gleichseitigen Dreieck, wonach Ökonomie, Ökologie und Soziales nicht nur gleich-seitig, sondern eben auch gleich-berechtigt daherkommen. Formal logisch ist eine andere Denkfigur sehr viel richtiger: Unsere ökologischen Lebensgrundlagen geben uns Leitplanken. Wenn wir die nicht brechen, dann brauchen wir uns um die anderen Dimensionen – die soziale und ökonomische – kaum noch

Sorgen zu machen. D. h. also, um in dem Bild des Verkehrsystems zu bleiben, die Leitplanken geben schon das Maß dafür an, wo wir uns überhaupt hinbewegen können und sollen. In dieser Hierarchie macht die Sache Sinn, dass die Politik uns ökologisch soziale Ziele setzt und wir diese ggf. auch gegen wirtschaftliche Interessen durchsetzen, so schwer das auch immer ist. Die zweite Denkfigur ist die „corporate social responsibility“, von der wir gestern gehört haben und die sehr häufig sehr bequem gleichgesetzt wird mit nachhaltigem Wirtschaften, d.h., dass all die Kriterien, die wir aus sozialer ökologischer Verantwortung aus den letzten zehn, zwanzig Jahren übernommen haben, gleichgesetzt werden mit nachhaltiger Entwicklung. Das aber ist in vielen Fällen Ideologie, wo es um soziale Mindeststandards geht, die nichts, aber auch gar nichts, mit Nachhaltigkeit zu tun haben. Wir müssten doch diese Nachhaltigkeitskriterien danach bewerten, ob sie Lösungsbeiträge für die gesellschaftlichen Probleme der Zukunft liefern, wie sie etwa in der Agenda 21 definiert sind. Wenn wir das machen, dann haben wir – um den Bogen zu gestern zu schließen – auch einen Hinweis auf Ausschlusskriterien, wie Frau Mehra sie für solche Kooperationen definieren wollte. Meine konkrete Frage lautet: Müssten wir, wenn wir einen solches umfassendes Verständnis von Nachhaltigkeit anlegen, dann nicht ganz konsequent fordern, dass einige Unternehmen schleunigst ihre Produktion einstellen?

Peter Lock, Europäische Vereinigung für Transformationsforschung:

Ich will eine etwas allgemeinere Anmerkung machen, die die gesamten Panels bisher betrifft. Ich glaube, es ist notwendig darauf hinzuweisen, dass die bisher gestellten globalen Fragen nur Antworten von sehr begrenzter Reichweite erfahren haben. Das ist mir besonders noch einmal deutlich geworden im sehr eindringlichen Referat von ABB. Wir diskutieren hier eigentlich innerhalb einer geschlossenen Gesellschaft. Die globale Ökonomie und die Reichweite der Diskussionen hier – das ist so eine Art missionarische Kirche, die davon ausgeht, dass sie universelle Reichweite hat. Sie missioniert, aber in Wirklichkeit sind in dieser Kirche gar keine Plätze mehr frei. All das, was hier erzählt wird, betrifft in Lateinamerika mittlerweile nicht mal mehr die Hälfte der Bevölkerung.

„Rio plus 10“ hat für die Menschen in weiten Regionen der Welt überhaupt keine Bedeutung.

Die ILO hat knallhart festgestellt, dass mit steigender Tendenz die Zahl der erwerbsfähigen Bevölkerung, die außerhalb der formalen Ökonomie ihr Leben fristet, rasch ansteigt, mittlerweile in dem relativ entwickelten Kontinent Lateinamerika bei 55% liegt. Viel von dem, was von der „civil society“ hier diskutiert wird, ist für diesen Teil der Menschheit unerreichbar, und insofern finde ich die hier gestellten globalen Fragen völlig unzureichend. Die Voraussetzung für all die schönen Institutionen, die hier geschaffen wurden – schöne Rhön usw. – ist Staatlichkeit. Wir müssen uns eingestehen, dass es Regionen in der Welt gibt, in denen die Reichweite dieser Ökonomie auf dramatische Weise abnimmt, weil Staatlichkeit insgesamt abhanden kommt. Wir müssen uns ferner eingestehen, dass es eine reguläre Ökonomie gibt; es gibt aber auch eine rasch wachsende kriminelle Ökonomie, von der hier überhaupt noch nicht geredet worden ist, die aber politisch erhebliche Folgen hat. Ich nenne nur die Drogenökonomie. Darüber hinaus gibt es weite Bereiche illegaler Transaktionen mit er-

heblichen Folgen, die auch die formale Ökonomie immer bedrängen. Darauf wollte ich hingewiesen haben, bevor wir hier allzu zufrieden mit dem Gefühl weggehen, dass ABB alles richtig macht und dass die internationalen Organisationen alles richtig machen. „Rio plus 10“ hat für die Menschen in weiten Regionen der Welt überhaupt keine Bedeutung.

Dr. Hermann Schmitz-Wenzel, Deutsches Komitee für Katastrophenvorbeugung: Drei Punkte: Erstens, nach unserem Verständnis – das gleichzeitig Ergebnis der Internationalen Dekade für Katastrophenvorbeugung ist, die 1999 zu Ende gegangen ist – ist die Katastrophenvorbeugung für viele Länder ein entscheidendes Element nachhaltiger Entwicklung. Ich betone das deswegen, weil eine Interpretation der Erklärung der Agenda 21 von Rio ergibt, dass dort an vielen Stellen der Katastrophenvorbeugung eine wichtige Rolle beigelegt wird. Ich appelliere deshalb an das Auswärtige Amt, aber auch an BMU und BMZ, diesem Gesichtspunkt ihre Aufmerksamkeit mehr als in den letzten Jahren zu widmen. Ich darf auch bemerken, dass da in den letzten Jahren die wünschenswerte Sensibilität nicht festgestellt werden konnte. Zweitens, die Bundesrepublik Deutschland kann für sich in Anspruch nehmen, bei einem sehr wichtigen Teilelement der Katastrophenvorbeugung große Verdienste erworben zu haben, insbesondere auch durch die Unterstützung des Auswärtigen Amtes. Ich meine den Aspekt „Early Warning“ und darf daran erinnern, dass auch mit ausschließlicher finanzieller Unterstützung des Auswärtigen Amtes 1998 in Potsdam die bisher erste und einzige internationale Konferenz zum „Early Warning“ stattgefunden hat. Da ich weiß, dass Herr Altenburg kürzlich in Freiburg einen sehr mutigen Vortrag zu der Bedeutung von Katastrophenvorbeugung gehalten hat, bitte ich das Auswärtige Amt aber auch die anderen Ressorts, sich dieser Frage aktiv anzunehmen.

Die Katastrophenvorbeugung ist für viele Länder ein entscheidendes Element nachhaltiger Entwicklung.

Drittens, Frankreich hat seit längerem die Koordinierung der verschiedenen Teilkonventionen und Teilsekretariate im Bereich des internationalen Umweltschutzes innerhalb der Europäischen Union zu einem vorrangigen Punkt gemacht. Ich möchte das Auswärtige Amt, in der Person von Ihnen, Herr Mauch, bitten zu sagen, wie die Bundesregierung zu diesem nachhaltigen französischen Vorschlag für mehr Koordination zwischen einigen Dutzend dieser Sekretariate steht.

Roland Mauch:

Ich bedanke mich bei Ihnen. Die Appelle, die Sie lanciert haben, sind auf die bekannt offenen Ohren der Bediensteten dieser Regierung gestoßen. Ich nehme an, die Herren, die hier sitzen, haben das auch genau mitbekommen.

Malini Mehra, Centre for Social Markets:

I was for a number of years a climate campaigner for “Friends of the Earth International” at the climate negotiations. I would like to start with one optimistic remark with regard to the impacts of Rio. Many of you will remember that “Rio plus 5” concluded that although Government action had been far from desirable or had been lacking in most of the major areas, two major areas which had in fact advanced since 1992 were those of civil society responses and that of the business sector. I think that

this conclusion is still as valid today as it was in 1997. This leads me to my two questions, and they both centre around the area of climate change. We had in the last one month a swell of civil society protest in the context of the fuel protests. At the time we found that there was a considerable uncoordinated action on the part of Governments. We had the French Government trying to buy out the few protesters in these countries and making it difficult for the other European Governments to really react in an intelligent and coordinated way. Particularly in the context of their own environmental and climate change policies. This is what leads me to my question: the attitude of business. Some of us have harsh things to say about business, but I do want to recognize the contribution that the Green Business Sector has made, particularly those of few industries which are trying to move to the sunrise sector of the economy. We have a situation now, however, where even though some companies allege that they are moving into the green pastures, they are still continuing in practice to resist any measures which the government comes up with. And I refer specifically to the carbondioxide tax. I want to mention the difficulties that governments have. Our political institutions are not capable of reacting to the scale of the problems we have. There is a democracy problem, there is also a problem in the context of the media. The media is not able to fully bring out the nature of the problems and the measures to solve them.

Dr. Hans-Peter Schipulle, BMZ:

Ich möchte gern noch einmal an die Diskussion von gestern anschließen: die Rolle der Vereinten Nationen. Zum einen an den Appell oder Hilferuf von Maritta Koch-Weser, die sagte, wenn jemand ein ineffektives System hätte erfinden wollen, dann hätte er sich das internationale Umweltregime aussuchen sollen. Zum anderen an das, was Frau Kalela sagte, die enorme Überforderung der Entwicklungsländer mit all den Verpflichtungen, aus den Konventionen der Agenda 21, der Entschuldungs-initiative und anderen Prozessen nationale Aktionsprogramme zu machen, die alle parallel laufen, die alle Anforderungscharakter haben, also Konditionalität für weitere Unterstützungsprogramme. Dies bringt die Entwicklungsländer wirklich in eine fast ausweglose Situation. In Klammern dazu gesagt, uns in den Industrieländern geht gelegentlich auch die Luft aus, all die Prozesse noch zu verfolgen. Meine Frage also ist, wie kriegen wir in diese „Rio plus 10“ -Verhandlungen eine wirklich nüchterne Analyse, welches die richtigen Instrumente sind für „Global Governance“ in all diesen Bereichen? Ich denke, dass die Lehren sehr unterschiedlich sind. Im Klimaprozess habe ich das Gefühl, dass ABB zum Beispiel nicht nur rein aus ökonomischen Gründen das Ruder rumgerissen hat, sondern auch weiß, dass da ein internationales Regime besteht, das Anpassungszwänge ausübt. Und wenn die Bundesregierung Klimaprogramme macht, dann tut sie das natürlich auch im Blick darauf, dass sie Verpflichtungen erfüllen muss.

Im Bereich der Landnutzung Rhön als Beispiel bin ich mir da noch nicht ganz sicher, ob die vielen Konflikte, die es da in den einzelnen Ländern bei der Landnutzung zu bewältigen gibt, wirklich einen internationalen Vertrag brauchen. Die Erfahrung mit der Wüsten-Konvention ist die, dass dieses Instrument in den bilateralen Verhandlungen bei der Unterstützung der Partnerländer im Bereich der Landnutzung in Trockenzonen eigentlich keine wesentliche Rolle spielt. Von Sei-

ten der Entwicklungsländer wird das als Basis für unsere Zusammenarbeit nur sehr zögerlich ins Spiel gebracht. Möglicherweise hat es damit zu tun, dass eben der politische Wille, Landnutzungskonflikte zu lösen, nicht ersetzt werden kann durch internationale Verträge. Wir sollten in aller Nüchternheit prüfen, welche Instrumente zur Lösung welcher Probleme passen, auch wenn wir dann über Themen wie Boden-Konvention sprechen oder Wald-Konvention. Was bringen uns diese Prozesse? Werden sie uns eher dazu verleiten, weiter zu verhandeln als zu handeln?

Roland Mauch:

Ich möchte auf eine Frage doch eingehen, die sozusagen mein früheres berufliches Leben im Rahmen der Vereinten Nationen betrifft, nämlich die Koordinierung und die Institutionen. Wie schon gesagt, wenn man sich etwas Ineffizientes ausdenken mag, dann dieses Umweltsystem. Das gilt, ich fürchte, für ganze weite Teile anderer Einrichtungen der Vereinten Nationen auch, nicht nur für die Umwelt. Die Bundesregierung hat bei „Rio plus 5“ versucht, etwas zu tun für diese Koordinierung und für bessere institutionelle Absicherung der Umwelt im System der Vereinten Nationen. Wir sind leider schon damals in der Europäischen Union nicht sehr weit gekommen, auch nicht in der damals noch so genannten G 7, heute G 8. Die Zeichen mögen sich in der EU etwas gebessert haben. Aber bezeichnend war dann doch, was hinterher aus dem deutschen Mini-Vorschlag geworden ist, nämlich jahrelange Verhandlungen im Zuge des Reformprozesses der Vereinten Nationen, auf der Grundlage von Vorschlägen des Generalsekretärs. Der Berg kreißt und gebiert eine Maus. Ich erinnere mich, dass der UNCTAD-Generalsekretär einmal gesagt hat, denkt doch mal daran, wie lange es gedauert hat, vom GATT zur WTO zu kommen – 40 Jahre. Ich will nicht ganz so pessimistisch sein. Wir machen ja weitere Anstrengungen in der Richtung. Aber ob der Erfolg schnell kommen wird, wer weiß.

Dr. Angelika Zahrnt:

Ich möchte zunächst die Frage von Herrn Pasztor aufgreifen, die uns als Umweltverbände natürlich auch ständig beschäftigt. Warum ist es den Regierungen trotz besserer Einsicht bisher so wenig gelungen, die CO₂-Reduktionsziele auch ohne international gültige Unterzeichnung von Abkommen zu erfüllen? Ich glaube, dass ein wesentlicher Grund darin liegt, dass wir eigentlich zwei Agenden nach wie vor haben, verbal deklariertes Ziel Nachhaltigkeit und auf der andern Seite wirtschaftliches Wachstum, Globalisierung. Und richtig ausgestanden ist die Diskussion zwischen diesen beiden Zielrichtungen nicht. Es wird dann oftmals verbal versucht, das mit nachhaltigem Wachstum zu versöhnen, aber das sind verbale Spielereien, die den Konflikt eher übertünchen. Ich glaube daher, dass es bei „Rio plus 10“ nun wirklich ansteht zu definieren, was das Leitbild sein soll, unter dem wir alle andern Politikbereiche unterordnen oder zusammenfassen. Von daher finde ich es auf die Bundesrepublik bezogen sehr positiv, dass die Klimaschutzstrategie nun nicht eine Strategie gewesen ist, die der Umweltminister allein erarbeitet hat, sondern wo jedes Ressort seinen Beitrag zur CO₂-Reduzierung aus eigenem Verständnis beitragen musste. Der Schritt, jetzt einen Nachhaltigkeitsrat einzurichten und ein „Green Cabinet“ ist eine institutionelle Veränderung, die es ermöglichen könnte, Nachhaltigkeit nicht nur für ein Spezialthema von Umwelt- und Entwicklungsfachleuten und vielleicht noch ein paar bemühte lokale Agendagruppen zu halten, sondern tatsächlich als das zentrale

Politikziel zu verankern. Dabei ist es auch notwendig – und darauf hat Herr Lübke hingewiesen –, dass man von dieser Unverbindlichkeit der Nachhaltigkeit mit den drei gleichberechtigten Zielsetzungen Ökologie, Ökonomie, Soziales weg und tatsächlich zu einem anderen Bild kommt, dass nämlich die Ökologie den Rahmen abgibt. Sie nannten es die ökologischen Leitplanken. Innerhalb dieser Grenzen, die vertretbar sind gegenüber den künftigen Generationen und gegenüber der Dritten Welt, kann sich dann wirtschaftliche und soziale Entwicklung abspielen. Da müssen wir im Norden realisieren, dass wir mit unseren derzeitigen Konsum- und Produktionsstandards diese Grenzen bei weitem überschreiten. Das war ja auch die Erkenntnis von Rio, dass in den Industrieländern eine massive Reduktion des Einsatzes von Energie und Ressourcen stattfinden muss. Nur sobald sich diese Erkenntnis in Realität umsetzt, wie bei steigenden Benzinpreisen zum Beispiel, wird deutlich, wie sehr sich dann die Dinge stoßen, die öffentlichen Bekenntnisse und der Wille, alles beim Alten zu belassen, sei es beim Einzelnen oder bei den Unternehmen. Und ich sage jetzt ganz explizit, diese Kampagne von CDU/CSU gegen die Ökosteuern halte ich für ökologisch total verantwortungslos und gegen besseres Wissen gestartet. Das ist wirklich ein Rückschritt in der Debatte um Nachhaltigkeit. Mein Beispiel Rhön, wo das ansatzweise in einem ganz kleinen Stückchen der Bundesrepublik funktioniert hat, sollte zeigen, dass man auf diesem Weg vorankommen kann und dass es dabei wichtig ist, eben nicht nur auf Energie zu sehen, sondern auch auf Naturschutz und Landwirtschaft. Aber das sollte in keiner Weise eine Idylle darstellen. In dem Zusammenhang möchte ich auch auf den einen Beitrag eingehen, der hier mit viel Beifall darauf hingewiesen hat, dass wir hier eigentlich eine nahezu abwegige Diskussion führen, weil die formelle Ökonomie in den Ländern des Südens ja zunehmend nur noch einen kleineren Bestandteil ausmacht und dort die Frage nicht der Überkonsum ist, sondern das Überleben schlechthin.

Wir müssen die Frage der informellen Ökonomie sehr viel stärker in unsere Nachhaltigkeitsdiskussion einbeziehen.

Ich denke, dass wir diese Frage der informellen Ökonomie sehr viel stärker in unsere Nachhaltigkeitsdiskussion einbeziehen müssen. Wie können Bedürfnisse eben nicht allein über Marktprodukte, sondern auch über selbst hergestellte Produkte befriedigt werden, über informelle Ökonomie, über Pflegeleistungen, die ehrenamtlich geleistet werden. Wir müssen uns dem auch in der Bundesrepublik durchaus stellen, weil wir sehr leicht aus dem Blick verlieren, dass auch hier die Hälfte der Wertschöpfung im informellen Bereich erbracht wird. Daher möchte ich noch einmal sagen, dass Nachhaltigkeit eine viel größere Spannweite bedeutet, als sie auf so einem Panel dargestellt werden kann. Ich würde mir von der Bundesregierung auch wünschen, dass diese Diskussion – so wichtig ich solche Expertengremien finde – sehr viel stärker in die Öffentlichkeit getragen wird. Ich sehe es durchaus als Manko, dass von Regierungsseite die Diskussion um Nachhaltigkeit eher etwas nebensächlich behandelt worden ist und das Ganze eigentlich nur dadurch Schwung bekommen hat, dass Nichtregierungsorganisationen es thematisiert haben.

Aira Kalela:

I would like to start by agreeing with Maritta Koch-Weser. We have very little time. We have less than two years to prepare for “Rio plus 10”, and it may be too short to

achieve such specific end products as you were referring to. You said that we should separate process and end products and try to be more specific. In this regard, the conventions can offer a tool because in conventions you normally try to work out very specific commitments, while the Agenda 21 is a more political document. But there we get to the problem that was referred to by Janos Pasztor that if we lack the political leaders it is difficult to agree on this specific end products. If I understood Mr. Schipulle right, you were referring to the other partners in the negotiations and saying that the developing countries themselves often do not bring the land issues to the negotiating table. This is a fact, and this integration is not at all an easy process. But we have two partners and still, I am afraid, sometimes money speaks. And strong partners are also the ones who set the agenda. In developing countries there are many competing priorities. We heard yesterday what kind of development has already been achieved in health care or education, and these remain the priorities. But we should continue the dialogue with our partners and see how for instance the issues of natural resources, protecting land degradation, bio-diversity and climate can be integrated into economic development, so that economic development is not seen as a separate agenda. Finally, on participation of the private sector and NGOs, I fully support the idea that all these actors are included in the process, but I would like to underline another aspect in this participation since, after all, the decisions are taken by the governments. In preparing "Rio plus 10", it would be important that governments include NGOs and the private sector in the dialogue and that they will also be part of the official delegations.

In preparing "Rio plus 10", it would be important that governments include NGOs and the private sector in the dialogue and that they will also be part of the official delegations.

Udo Weis:

Ich möchte einen Punkt kommentieren, der ganz am Anfang gesagt worden ist. Da wurde ABB dazu gratuliert, dass man eine 180-Grad-Wendung vollzogen hat. Es gibt auch Leute, die sagen, wir seien toll, wir hätten uns 360 Grad gedreht. Die 180-Grad-Wendung hat manchmal den Beigeschmack, dass man sagt, wir drehen uns zurück und machen alles ganz anders als vorher. Ich möchte es eher verstanden wissen als eine Entwicklung, einen Scheideweg. Wir machen immer noch bestimmte Dinge, wie wir sie auch vor Jahren gemacht haben, aber wir machen sie jetzt anders und vielleicht auch besser. Natürlich hat auch ein großer Konzern, selbst bei 35.000 Mitarbeitern, nur begrenzte Möglichkeiten. Abschließend eine kurze Kommentierung auch aus dem Bereich der Verbraucherverbände. Wir unterstützen nachhaltig diese Entwicklung, z.B. durch „14.025“, einen neuen Label-Typ, der im Prinzip Wahrheiten und nicht Wertungen dem Verbraucher darstellen muss. Das ist eine Entwicklung, die auch durch die Verbraucherverbände sehr stark unterstützt wurde und die auch unsere Unterstützung hat. Ich halte nichts von allen möglichen Aufklebern. Wir versuchen allerdings, Inhalte, Wahrheiten, Auswirkungen darzustellen und hoffen dann, dass Verbraucher auch ihre Verantwortung wahrnehmen und entscheiden, welches Produkt sie kaufen. Und das führt mich zur letzten – ich denke, durchaus ernst gemeinten – Kommentierung, ob nicht einige Firmen einfach ihre Produktion einstellen sollten. Ich weiß nicht, ob sie sie einstellen sollten, aber ich bin mir ziemlich sicher, dass es bestimmte Firmen gibt, die momentan, wenn sie so weiter machen, ihre Produktion einstellen werden.

Janos Pasztor:

The first point that was raised was the question of the institutional response on the way to “Rio plus 10”. A number of people raised the question of coordination between secretariats. The emergence of convention secretariats since Rio is an interesting new concept, very different from the traditional UN Secretariat approach. There is all the civil society response that has emerged since that time. Maybe this is the time to come up with something new. But this must be a governmental process and my question is whether the governments are ready to do this in the one and a half years that is left. I don't think so. At least it is not visible yet. In terms of your question about the Kyoto Protocol; clearly if we have to start renegotiating the Kyoto Protocol; now we will have lost ten years. We must make sure that we get the protocol through somehow. But clearly that cannot be done at any price. There has to be some level below which the Kyoto Protocol is not worth the paper it is written on. So we have to keep up some standards.

There has to be some level below which the Kyoto protocol is not worth the paper it is written on. We have to keep up some standards.

One last point to my friend from Hamburg (Mr. Lock): I am the son of a missionary, and I very much appreciate what you said. But I agree and disagree with you. The issue is extremely important for the whole world. I just attended a conference in Southern Africa where they were looking at the impacts of climate change on their economies, on their agriculture, and it is terrible. They are very concerned at local level. It does not just concern the rich countries, it concerns everybody.

Panel 4: Die Vereinten Nationen und das Internet – Neue technologische Möglichkeiten und Risiken (am Beispiel ICANN)

Einführung: Christopher Wilkinson, Europäische Kommission, Generaldirektorat für die Informationsgesellschaft:

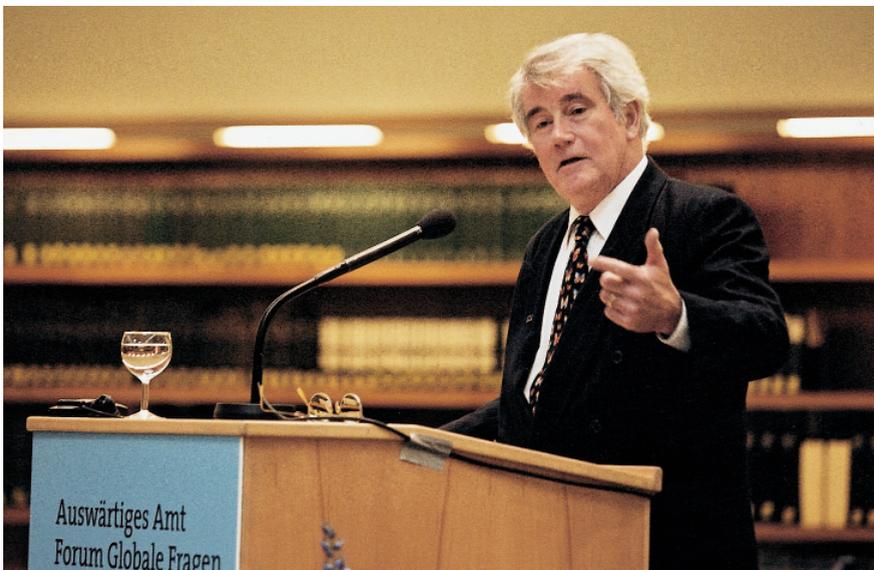
1. Antecedents

The European Commission has been involved with the re-organization of the Internet infrastructure functions since 1996. The proposed transition of the traditional IANA functions from US Government Contracts to a private self-regulatory body were clearly of significant interest in Europe because of the growing importance of the Internet.

The Commission decided to deploy the political and economic weight of the European Union to effectively achieve the global dimension of the Internet that had been recognized in the US White Paper, both in terms of public, governmental and private sector participation. This approach led in due course to the creation of the EC-POP, significant European private sector participation in the ICANN Supporting Organisations, the creation of the GAC with broad participation by European countries.

2. ICANN

The creation of ICANN gave rise to an interesting “balance of power” in the sense that the initial Board was appointed by IANA on the basis of advice from governments; this was complemented by a more corporatist “supply side” dimension represented by the 9 Board members appointed by the 3 Supporting Organisation, and in due course by the 5 At Large Board members recently directly elected by the ICANN membership.



Christopher Wilkinson

This constellation of interests and representatives is balanced by the Governmental Advisory Committee (GAC) where some 35 governments meet together with the EU, the ITU and WIPO to give advice to the ICANN Board.

While I recognize that ICANN is an interesting case study, it is not necessarily a model for other functions and areas of activity. I think that it is best approached as a case study from which one may be able to learn lessons. ICANN is necessary because the central management functions of the Internet have to be responsibly managed. In that sense it is the best ICANN that we have got, although it can and must be improved in several respects.

3. Naming and Addressing and Internet Protocols

Most of ICANN's functions are essentially technical, and as such, there is an affinity to the kind of functions fulfilled by the ITU in the radio and telecommunications arena. However there are significant differences. The Internet and telecommunications worlds remain quite distinct in several respects. Media convergence (that we have been talking about for years) has now reached the point of contact, if not collision. The Internet has a stronger custom of self-government and participation than we are used to in the telecommunications tradition. None the less, there is a growing degree of concentration and monopoly in certain Internet activities, that require a pro-competitive, countervailing influence such as ICANN.

The Internet has a stronger custom of self-government and participation than we are used to in the telecommunications tradition. None the less, there is a growing degree of concentration and monopoly in certain Internet activities, that require a pro-competitive, countervailing influence such as ICANN.

Finally, in 1998 (and to a degree, still today) the US Government was playing a unique role in Internet management through the legacy of research and defence contracts on which the initial Internet organisation was based. The transition of US government responsibility to ICANN is not yet complete.

4. User interests and Civil Society

It is important that user interests are properly represented and taken into account in Internet management. They have (at least) a specific interest in consumer policy considerations, freedom of speech and information and the way in which IPR interests are protected. It is however, not clear to me that the interests of the generality of Internet users are always congruent with those of the grassroots of the Internet, the netizens. Perhaps we need more clarity from ICANN (and from those interested in cyber democracy more generally) as to what is the constellation of interests that is supposed to be represented by the At Large Membership and the direct elections in the future.

In any event, any general strategy of improving representation and democracy in ICANN will have to address the problem of very small numbers of members, to date, in several parts of the world, not only Latin America and Africa.

5. Public policy interests

From its inception, the debate about creating ICANN included a strong element of public policy concerns. It is fair to say that governments consider that it is incumbent

on themselves to represent the interests of their general public, the population at large. This includes some quite basic considerations such as respecting the existing legal framework, and taking account of the interests of future users, those who are not yet on the net.

Thus the GAC has given itself quite explicit Operating Principles that are also a more general statement of how GAC expects ICANN to function with respect to the public policy interest in the Internet.

The question arises, at what point governments would be prepared to relax their vigilance regarding the Internet in deference to the presence of directly elected Board members representing internet users.

In this context the question does arise, at what point would governments be prepared to relax their vigilance regarding the Internet in deference to the presence of directly elected Board members representing internet users, broadly defined? Although I do not have an answer to that question, I feel that we are quite a long way from that result. Meanwhile, I would point out that in addition to national governments, the GAC includes several United Nations Specialised Agencies, notably the ITU and WIPO. I have noticed that the UPU and the WHO have both recently applied for their own internet Top Level Domains.

The European Union is represented by the Commission, as already noted the Member States are also active participants. In the context of the Union the other Institutions, the Council and the European Parliament are increasingly expressing their interest in the way in which public policy concerns are expressed and taken into account in Internet governance and in the management of Internet infrastructure through the ICANN organization.

6. The Global Dimension of the Internet

The European Union argued in 1997–98 that the management of the Internet should reflect the global dimension and geographical diversity of the Internet. We did not conceive of this as limited to an US-EU issue, but rather as an international issue in which in due course, if not from day one, all interested participants, world-wide should be able to express their interests and find their place in the ICANN system.

The experience during the past two years has, I believe, confirmed that this was the correct approach. Although there is still a long way to go, the internationalization of the ICANN system has made good progress, as evinced by the composition of its Board, the membership of its supporting organizations and the broad range of governments and international organizations that already participate in the GAC.

Reaktionen der Panelisten und Diskussion

Moderation: Prof. Dr. Klaus Werner Grewlich, Auswärtiges Amt

Dr. Jeanette Hofmann, Wissenschaftszentrum Berlin:

Die Verwaltung des Internet obliegt einer Organisation, die ohne Vorbild in der Geschichte internationaler Organisationen ist.

Dies betrifft unter anderem das Kräfteverhältnis zwischen staatlichen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Interessen – und hierbei insbesondere

- die lediglich beratende Rolle nationaler Regierungen und
- das direkte Mitspracherecht der Nutzer durch die sogenannte At Large Membership.

Soweit ich sehen kann, ist es das erste Mal in der Entwicklungsgeschichte internationaler Infrastrukturen, dass den Nutzern derart weitreichende Mitwirkungsmöglichkeiten eingeräumt werden.

Es ist das erste Mal in der Entwicklungsgeschichte internationaler Infrastrukturen, dass den Nutzern derart weitreichende Mitwirkungsmöglichkeiten eingeräumt werden.

Aus politikwissenschaftlicher Sicht wird man das auch als Zeichen dafür werten können, dass die traditionellen Formen internationaler Repräsentation, bei der üblicherweise Regierungen oder Regierungsorganisationen die Interessen der Gesellschaft vertreten, nicht länger als einzig mögliche Form demokratischer Willensbildung betrachtet werden. Mehr noch lässt sich die institutionelle Struktur von ICANN als Antwort auf eine generelle Legitimationsschwäche in den internationalen Beziehungen verstehen. Diese ergibt sich nachgerade zwangsläufig aus den langen „Repräsentationsketten“ zwischen den Wählern und ihren internationalen Repräsentanten. Die nationalen Vertreter etwa bei der UN sind den Wählern nicht einmal mehr namentlich bekannt, geschweige denn ihr konkreter Beitrag im politischen Geschäft.

Während wirtschaftliche Interessen in internationalen Organisationen wie der ITU oder der WTO schon lange direkt vertreten sind, gilt das für die Belange der Zivilgesellschaft nicht. Es fehlt offenbar an geeigneten Organisationsformen und „Schnittstellen“, die eine unmittelbare Beteiligung zivilgesellschaftlicher Interessen ermöglichen. ICANN beschreitet in diesem Zusammenhang mit der At Large Membership neue Wege und verdient dafür allen Respekt –wenn auch nicht eben für die bisherige Realisierungspraxis.



V. I. Wau Holland, Dr. Jeanette Hofmann, Christopher Wilkinson, Prof. Klaus-Werner Grewlich, Winfried Schüller

Wichtiger als die allseits beklagten Mängel in der Umsetzung von ICANNs Satzung aber ist die Frage, ob und welche Zukunft der At Large Membership beschieden sein wird.

Es ist kein Geheimnis, dass sowohl im Direktorium als auch in den Unterorganisationen von ICANN erhebliche Vorbehalte gegenüber den Mitwirkungsrechten der At Large Members bestehen. Vielen wäre in der Tat daran gelegen, die At Large Membership einfach wieder aufzulösen. Das allgemeine Argument gegen die Mitwirkung der Nutzer lautet, dass ICANN lediglich für technische Angelegenheiten zuständig ist, deren Entscheidung keiner demokratischen Legitimierung bedürfen.

Der Umstand, dass der Aufgabenbereich von ICANN vergleichsweise schmal und auf wenige technische Bereiche beschränkt ist, spricht aus meiner Sicht jedoch überhaupt nicht gegen die Beteiligung der Nutzer.

Wissen wir denn nicht inzwischen, dass die Verwaltung und Weiterentwicklung von technischen Infrastrukturen durchaus eine politische Dimension hat? Warum sonst interessieren sich inzwischen so viele Regierungsbeamte und Rechtsanwälte für das Domainnamensystem?

Die Architektur des Internet entscheidet über die Zugangs- und Nutzungsbedingungen seiner Dienste, Anwendungen und Inhalte. Nicht zuletzt deshalb spielt die Frage der Mitwirkungs- und Entscheidungsverfahren bei ICANN derzeit eine ebenso große Rolle wie die weitere Entwicklung der Namen und Nummern des Netzes selbst.

Die At Large Membership soll, wie eine „Communication“ der EU Kommission aus dem Frühjahr 2000 zurecht feststellt, einen Schutz gegen die Vereinnahmung ICANNs durch Minderheitsinteressen bilden.

Die Auflösung der At Large Membership würde zu einer Überrepräsentation der Internetwirtschaft innerhalb von ICANN führen und die ohnehin fragile Balance zwischen staatlichen, ökonomischen und zivilgesellschaftlichen Kräften zerstören, bevor sie sich überhaupt unter Beweis stellen konnte.

Meine politische Empfehlung fällt daher recht schlicht aus. Ich rufe alle Beteiligten und Beobachter dazu auf, sich entschiedener als bisher dafür einzusetzen, dass dieses Experiment in globaler Willensbildung nicht vorzeitig abgebrochen wird, sondern die Chance erhält, sich zu einem Modellfall transnationaler Organisationsformen zu entwickeln.

Wau Holland, Chaos Computer Club:

Im Zeitalter der Aufklärung ist Furchtlosigkeit eine Bürgerpflicht. Ich habe in meiner Geschichte eine Reihe von NGOs verfolgt. Amnesty International schätze ich sehr, und die haben den unterschiedlichen Demokratie-„level“ in den verschiedenen Ländern strukturell dadurch berücksichtigt, dass sie jeweils nur Gewissensgefängene im Ausland betreut haben.

Es gibt die Zeit vor dem Internet und danach. Vor dem Internet gibt es in den Archiven so gut wie nichts, aber nach dem Internet findet sich in den Archiven so gut wie alles. Das ist eine interessante Geschichte. Um Ihnen einmal die Dimensionen klarzumachen: John F. Kennedy hat 1963 eine interessante Frage gestellt. Er wollte wissen, wieviel Bits befinden sich in der Library of Congress? Und da hat eine Kommission ein halbes Jahr gezählt und gezählt, und dann haben sie gesagt, na ja, vielleicht ein Terrabyte, also 1000 Gigabyte, so als Größenordnung – und das ist inzwischen nahezu greifbar.

Mein Wunschtraum beim Internet ist: das Weltkulturerbe per Knopfdruck auf jedem Schreibtisch am Computer. Die meisten Regierungen haben nicht begriffen, dass es



Wau Holland

ihre kulturelle Pflicht ist, als erstes den alten Krempel einzuscannen. Insbesondere in Europa ist das noch nicht begriffen worden. Etwa, sagen wir mal, 290.000 Bücher stehen hier [in der Bibliothek des Auswärtigen Amts] herum, jedes Buch ein Megabyte, 290 Gigabyte sind das dann, das ist fast greifbar. Und das zu haben, ohne hier herumrennen zu müssen, ist einfach sehr angenehm.

Das Internet hat ein exponentielles Wachstum. Das gibt es sonst nicht. Das ist die erste Maschine der Technikgeschichte, die exponentiell wächst und trotzdem nicht kaputtgegangen ist. Und das liegt einfach daran, dass sie nicht von Regierungen gemacht worden ist. Sonst würde das einfach schiefgehen. Das ist durch Selbstverwaltung, Selbstorganisation entstanden und auch da ist mit der Furchtlosigkeit der Umgang mit großen Mächten möglich.

Da gibt es dann AOL, Bertelsmann oder Telekom, und es gab mal die Zeit, da wurde SPAM, also Reklamemüll, von diesen kostenlosen „free accounts“, die es da so als CD als Beilage gab, massenhaft verschickt. Daraufhin wurde diskutiert, ob man nicht die UDP, „use net death penalty“, gegen AOL oder gegen Telekom einfach abstimmt im Netz. Da kann jeder mitbestimmen, der in der Lage ist, den Sendeknopf zu finden und draufzudrücken. Also meinetwegen auch ein Goldhamster oder so. In Amerika ist es nun auch so, dass Papageien inzwischen surfen können. Das MIT macht die Bildungspolitik so runter, dass sie die Maus umgebaut haben, damit ein Papagei surfen kann, und jetzt guckt der Papagei Fotos an. Es ist ja ganz nett, aber das beschreibt das amerikanische Bildungssystem. Also, das Wachstum des Internet in den USA ist beschränkt durch die Alphabeten. Die versuchen das zwar jetzt irgendwie mit den Papageien hinzukriegen, aber das läuft nicht. Und an der Stelle hat Deutschland sehr wohl eine Chance, da weiterzukommen.

Stasi-Lehrfilme gehören auch zum Bildungsrepertoire beim Chaos Computer Club. Besonders schön ist einer, der mit dem Satz beginnt: „Es kommt darauf an, in den Zeiten des Friedens nach den Gesetzen des Krieges zu leben“. Und das ist ein wunderbarer Satz, weil er exakt das Gegenteil von dem beschreibt, was wir wollen. Wenn ich mal den Vorläufer der Deutschen Telekom, die Deutsche Bundespost, lobend erwähnen möchte, und den deutschen Kaiser lobend erwähnen möchte, dann wegen des Weltpostvertrages. Heinrich von Stephan war ein Mensch, der zwei Dutzend Sprachen sprechen konnte und der durch den Weltpostvertrag dafür gesorgt hat, dass auch in Kriegszeiten die Briefbeförderung zwischen Staaten, die aufeinander schießen, funktioniert. Das ist eine ungeheuer wichtige Kulturleistung. Die ganzen modernen Telekommunikationskonzerne haben diese Tradition, die die Telekom hat, nicht, aber das Problem bei der Telekom ist, dass die dazugekauften Manager ihre eigene kulturelle Tradition nicht richtig kennen. Das ist ein Nachteil, aber diese Kulturleistung ist eine Chance.

Einstein hat bei der ersten Eröffnung der Funkausstellung die völkerverbindende Kraft des Rundfunks gelobt. Dann kam die Goebbel-Schnauze – das heißt, das hat auch sehr schwarze Seiten. Die französische Regierung ist zu regulativ vorgegangen. Sie hat ihren Bürgern die Verschlüsselung verboten, denn ein freies Informationsmedium war für die französische Regierung unvorstellbar. Nun gut, dann haben es die Amis gemacht.

Die technischen Normen des Internet sind keine Vorschriften, sondern RFCs (request for commands), also offen für Weiterentwicklungen.

Es gibt viele RFCs, es gibt auch sinnlose RFCs, aber das ist frei gewachsen, es gab da keine Vorschriften, und deshalb funktioniert das exponentielle Wachstum.

Es gibt NGOs. Eine der ältesten ist das Rote Kreuz. Das Rote Kreuz ist inzwischen eine GONGO, eine „governmental oriented“ NGO, und wenn ich den Chaos Computer Club mir so anschau, dann hat er zwei überlappende Strukturen: eingetragener Verein nach deutschem Recht und galaktische Vereinigung ohne feste Strukturen. Das ist ein Stück weit eine PGO, eine „post-governmental organization“.

Was wir brauchen, ist ein „Non-Governmental Advisory Committee“, und der Versuch besteht darin, wie man das hinkriegen und ob man das nun doch den Vereinten Nationen unterstellen kann.

ICANN ist eine Unterabteilung des amerikanischen Wirtschaftsministeriums, hat nichts mit den Vereinten Nationen zu tun, das haben die Amis an der Stelle usurpiert und insofern stinkt mir ICANN. Ich habe mich nicht an der Wahl beteiligt. Andi (Müller Maguhn) ist auch irgendwie quasi abgeordnet worden: „Also Du musst das machen,“ das ist wichtig. Im Chaos Computer Club gab es eine Diskussion, ob er ein Vertreter des Chaos Computer Club sei oder nicht, und dabei kam heraus, dass er kein Vertreter des Chaos Computer Clubs sein kann. Andi ist nicht steuerbar. Das ist seine Stärke.

Bei ICANN gibt es den „Mantel Advisory Committee“, wo die ganzen Regierungen drinhängen. Dann gibt es noch die Industrie, die ihre Macht hat. Was wir brauchen, ist ein „Non-Governmental Advisory Committee“, und der Versuch besteht darin zu gucken, wie man das hinkriegen kann und ob man das nun doch den Vereinten Nationen unterstellen kann.

Bei ICANN brauchen wir ein „alternate route zone file system“, denn Milosevic hat bewiesen, dass man das Internet zensieren kann. In der Nacht nach der Wahl waren die Server der Opposition abgeschaltet, umgelenkt auf irgendwelche Pornoseiten und anderes, weil er am „route name system“ manipuliert hat. Im Verhältnis können das die USA auch mit Europa, dass sie meinetwegen <eu> einfach abhängen, denn an der Stelle ist das Internet hierarchisch organisiert. Das muss sich ändern. Und das wird einigen nicht passen.

Winfried Schüller, Deutsche Telekom:

Ich werde versuchen darzulegen, wie ICANN in den Rahmen der Vereinten Nationen passt, was die Aufgabe von ICANN ist und was ICANN zukünftig leisten kann.

ICANN ist meiner Ansicht nach ein sehr sinnvoller Versuch, alle am Internet Beteiligten an einen Tisch zu bekommen. Die gesamte technische Entwicklung des Internets ist aus einem amerikanischen Militärprojekt hervorgegangen. Allerdings hat sich das Internet durch die zivile Nutzung weiterentwickelt, was dazu führt, dass neue Standards entwickelt werden müssen. Die Idee des Internets als Wissenschaftsnetz ist es, dass so viele Menschen wie möglich überall auf der Welt den gleichen Zugang zur Information erhalten. Dies zu ermöglichen, ist die Hauptaufgabe von ICANN, insbesondere die technischen Möglichkeiten dafür zur Verfügung zu stellen. Dafür brauchen wir eine Weiterentwicklung im Adressraum insofern, als wir sicherstellen müssen, dass die zukünftigen Anwendungen auch mit einer ausreichenden Zahl von Adressen versehen sind. Wir brauchen auch im Protokollbereich Weiterentwicklungen. Bisher galt das „best effort – Prinzip“ im Internet. Dabei gehen aber manchmal Dinge verloren. Diesbezüglich sind Entwicklungen in Richtung „quality of service“ notwendig, nicht zuletzt auch im „domain name system“, von dem heute jeder Nutzer betroffen ist.

ICANN kann aufgrund seiner begrenzten Ressourcen nicht Lösungen generieren, sondern muss sich darauf beschränken, Werkzeuge für Problemlösungen zur Verfügung zu stellen

ICANN kann aufgrund seiner begrenzten Ressourcen nicht Lösungen generieren, sondern muss sich darauf beschränken, Werkzeuge für Problemlösungen zur Verfügung zu stellen.

ICANN ist wirklich ein technisches Gremium, in dem technische Administration durchgeführt wird. ICANN ist also keine Weltregierung, wie jetzt stark in den Medien artikuliert worden ist. Das Regieren ist nach wie vor bei den Regierungen angesiedelt. Es gibt auch keine Internet-Minister und keine Ressorts bei ICANN, sondern es gibt von den technischen „Supporting“-Organisationen bestellte Vertreter und durch die „At large“-Wahl einen meiner Ansicht nach im Rahmen der Möglichkeiten erfolgreich verlaufenden Versuch, die Nutzer tatsächlich auch an all diesen Aktivitäten zu beteiligen. Dabei gab es zwar technische Schwierigkeiten, so war das Verfahren für den normalen Nutzer zu komplex, aber ich denke, dass dies Erfahrungen sind, von denen man in der nächsten Runde, die hoffentlich noch im nächsten Jahr stattfinden wird, durchaus lernen kann. Gleichzeitig könnte auch eine höhere Publicity für diese Probleme und für die Probleme der Standardisierung zu gewinnen sein. Insofern werte ich die Einrichtung von ICANN und auch das Mandat als positiv und ziel führend.

Wir haben natürlich nach wie vor das Problem, dass die amerikanische Regierung einen erheblichen Einfluss nehmen kann, wobei die Betonung auf dem Wort „kann“ liegt. Es gibt bisher keine Fälle, in denen, wie eben angedeutet, z.B. <.eu> oder andere „top-level-domains“ einfach abgehängt worden sind. Der einzige Fall ist allein der, den Wau Holland zitiert hat, wo ein Land die Ressourcen, über die es verfügt, missbräuchlich genutzt hatte. Hier liegt aber auch eine Möglichkeit für ICANN – und hier sehe ich auch den Link zu den Vereinten Nationen –, das Internet, in den Ländern, in denen es bisher nicht so verbreitet ist, einzuführen und dafür auch technische Unterstützung und Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie sich allein die Beteiligung aus den afrikanischen Ländern bei der „At Large“-Wahl ansehen: Ich glaube, wir hatten in Afrika 150 registrierte Nutzer, von denen 70 im Endeffekt an der Wahl teilgenommen haben. Sie sehen, dass es dort ein großes Potential gibt. Daher ist es sehr wichtig, dass von ICANN Regeln aber auch technische Prinzipien entwickelt werden, die einen gleichberechtigten und neutralen Zugang zu dieser Ressource ermöglichen. Soweit zu den Prinzipien und Aufgaben, die ich bei ICANN sehe.

Christopher Wilkinson hat noch das Thema <.eu> angesprochen. Dieses Thema ist für die wirtschaftliche Einheit in Europa und für die kommerzielle Nutzung des Internets ausgesprochen wichtig. Vor diesem Hintergrund unterstützen wir die Bewerbung um <.eu>. Ein Ansatz könnte hier die gecharterte „double domain“ sein, mit der es möglich sein könnte, das, was im Augenblick nicht als „countrycode domain“ verfügbar ist, dann unter kommerziellen Rahmenbedingungen unter der EU verfügbar zu machen. Hier beteiligen wir uns intensiv an entsprechenden Vorbereitungen, an Steuerungstätigkeiten und beobachten das Steering-Komitee. Dabei gilt es folgende Fragen zu klären: Wer wird solche „top level domains“ zukünftig verwalten, wer wird die „Registry“ sein, wie kann man sich registrieren lassen? Bei dem exponentiellen Wachstum, das sich im Augenblick entwickelt, wird es immer schwieriger, dieses Netz auch tatsächlich stabil zu halten. Vor allem die Anforderungen an die Technik sind groß. Es ist auch nicht möglich, alles durch Selbstverwaltung zu organisieren, sondern es bedarf eines erheblichen Planungsprozesses, um das Internet stabil zu halten.

Dr. Klaus Werner Grewlich:

Das war ja voller interessanter Anregungen, zum einen die Aussage, Weltkulturerbe auf Knopfdruck. Das ist ja auch direkt für die Vereinten Nationen wichtig: Können das dann alle und welches Weltkulturerbe wird erscheinen, wenn wir auf den Knopf drücken? Dann die Frage mit der „Use Net Death Penalty“. Gehen wir da auf vorkonstitutionelle Dinge wieder zu? Wo bleibt die Herrschaft des Rechts, von der wir gestern so viel gehört haben? Dann Ihre Aussage zur Wettbewerbsfähigkeit in der Nutzung – das sind ja eine Fülle von interessanten Fragen.

Traagott Schöffthaler, Deutsche UNESCO Kommission:

Ich möchte drei Bemerkungen und Fragen loswerden. Die eine zur Rolle der Vereinten Nationen, die zweite zum Weltkulturerbe, wo wir uns als UNESCO besonders angesprochen fühlen, und die dritte zur Frage des Zugangs speziell in Afrika und anderen nicht sehr repräsentierten Weltregionen.

Im Lichte der geplanten Weltkommunikations-Konferenz, die wahrscheinlich auf Einladung der ITU in Genf, aber mit Beteiligung des gesamten Systems, stattfinden wird, ist wichtig, dass wir das vernünftig vorbereiten. Von daher ist jede Form von Präzisierung der Idee, die Vereinten Nationen als System könnten eine Rolle spielen bei der Regulierung, bei der Verhinderung des Missbrauchs, wie wir es bei Herrn Milosevic erlebt haben, hochwichtig und hochinteressant. Das zweite: Weltdokumentenerbe auf Knopfdruck. In der UNESCO haben wir ein neues internationales, bewusst nicht zwischenstaatlich organisiertes Programm: Gedächtnis der Menschheit, „memoria mundi“. Es konzentriert sich auf das, was von dem Dokumentenerbe inklusive Bibliotheken und Sammlungen für besonders wichtig gehalten wird, um es allen digital verfügbar zu machen. Hier ist natürlich das Engagement der Sammlungsbesitzer besonders gefragt. Die Lösung, die Herrn Holland vorschwebt, mit Knopfdruck alles auf den Schreibtisch, ist natürlich ein sehr viel weiterer Schritt. Wenn wir die „Library of Congress“ digitalisiert zur Verfügung hätten, wären sehr viele Leute sehr froh. Ich würde nur dafür plädieren, dass wir es differenzieren. Weltkulturerbe, das fordert eine Auswahlprozedur, die bei uns in der UNESCO sehr behutsam versucht wird.

Der dritte Aspekt: Zugang. Wir sehen mit sehr viel Enthusiasmus, wie in Mittel- und Osteuropa eine Organisation von lokalen Providern Erleichterung kostengünstigen Zugangs zum Internet und E-Mail schafft. Das hat wirklich Bestand, und ich wünsche mir, dass wir so eine Lösung auch für Afrika hätten.

Janos Pasztor, UNFCCC:

Mr. Holland spoke about the pre- and post-internet world. If we go back eight years to the Rio Conference. The Rio Conference was the first major UN-Conference that had used information technology in the Internet. And all the documents were available on the Internet. At the Conference all the technology was there for people to send e-mails, faxes from the conference computers. It was a major and exciting event from that stand point and I think what happened there also supported the huge NGO presence at the conference itself. I think that use of technology is at least partly responsible for the huge explosion of the civil society support for these issues after the conference. My question is, what will happen at the Ten Year Anniversary in “Rio plus 10”. Is there something new that anybody is envisaging here? I am saying this because at the Climate Change Secretariat which is a daughter of the Rio process we

have been continuing this kind of activities and I sense that we have reached a kind of a “plateau”. We have been using all the technologies that are available, the Internet or Website is hugely popular, gigabytes of documents are being downloaded for every meeting but it is not moving any further than that. So, where is the next step, something beyond just document sharing and some of the basic things that we do over the Internet? Would for example Deutsche Telekom and companies like that be ready to work with the UN and those people who are preparing for “Rio plus 10”? Perhaps in the context of those models that we were discussing yesterday in terms of a Global Compact. The second question is again to what Mr. Holland said about the pre- and post-Internet world. I think there is something else happening. The Internet indeed developed in a very democratic way, bringing everybody together and it created something quite special. But what we are facing now is a major take-over by the business of the Internet. Now, I am not saying it's good or bad, I am saying it is going to be a very different world. And what will that do to the way the Internet community has developed and what will it do to the data gap that is definitely increasing?

Dr. Günther Altenburg, Auswärtiges Amt:

Ich wollte nahtlos anknüpfen an das, was mein Vorredner gerade zu dem „take-over“ gesagt hat, und ich möchte nochmal einen Rückblick auf das Jahr 1997 wagen. Da war ja eine andere Lösung fertig und kam auf den Tisch von Madeleine Albright, die dann, wie man lesen konnte, „fuming“ das Ganze abgelehnt und dafür gesorgt hat, dass ICANN in der jetzigen Form eingerichtet wurde. Das ist genau der Punkt, um den wir uns kümmern wollen. Ich glaube, wir haben alle keine Schwierigkeiten – ich jedenfalls nicht – mit „self-government“, mit „Membership At Large“, aber ich habe den Eindruck, dass wir darauf achten müssen, dass dieses „self-government“ nicht ein „self-government“ von Gnaden des amerikanischen Industrieministeriums und der amerikanischen Regierung ist. Letztendlich ist ICANN eine Gesellschaft nach amerikanischem Recht. Und wer den Schalter hin- und herlegen kann, der bestimmt darüber. Deswegen haben wir ja auch dieses Thema hier in diesem Rahmen eingeführt, weil wir die Frage stellen möchten, wäre dies nicht besser aufgehoben bei einer Organisation wie ITU oder etwas ähnlichem, also einer Organisation, die dem Einfluss einer Regierung entzogen ist. In der anderen Frage der globalen Meinungs- und Willensbildung müssen wir uns natürlich auch einige Fragen in Bezug auf das Grundverständnis von Demokratie vorlegen. Hier tun sich eine Reihe von wirklich sehr diffizilen Fragen auf. Wer repräsentiert wen per Knopfdruck, wenn über bestimmte wesentliche Fragen der Menschheit oder auch ein Einzelschicksal entschieden wird?

Christopher Wilkinson:

Well, that's quite a mouthful. I cannot answer all those questions and some of them are clearly addressed to other members of the panel. But, purely as a matter of history, in 1998 we were dealing with considerable sensitivities in the US administration who were in fact under pressure from a completely different direction to re-assert a degree of US government authority over the Internet which is a matter of fact. So our strategy was and still is: To go the general concepts of the US-based private sector not for profit organization but to build into its structure a series of pro-active objectives in terms of internationalization and global participation and influence. Did we go far enough? I am not sure. I said it was a case that it was not necessarily a

model. It will become a model if it really succeeds. When the Council of Ministers adressed this question earlier this year the general conclusion was that there was great deal of unfinished business in terms of completing the transition of getting the US Government to give up the remaining authority and control that they have. But not to question the underlying strategy. So, certainly, in the Commission we accept that there is a lot more work to be done. But I think we are still working on the basis of getting the ICANN organization to complete its objectives to our satisfaction rather than to start from scratch.

Dr. Klaus Werner Grewlich:

Darf ich darum bitten, auch auf die Frage von Herrn Altenburg einzugehen, die auch in den beiden anderen Fragen präsent war. Die beiden Wahlkämpfer müssten das ja nun wirklich beantworten können, denn sie mussten sich ja um die Gunst der Nutzer bemühen und auch dartun, ob dies die richtige Struktur ist oder wie sie sein sollte.

Dr. Jeanette Hofmann:

Zu den beiden Fragen von Herrn Altenburg, zum einen bezüglich der „dormant authority“ der amerikanischen Regierung: Die Alternativen, die in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre diskutiert wurden, waren alle keine wirklich guten. Beispielsweise die Idee, die Verwaltung des Internet der ITU, einer Organisation, die, was die internationale Kommunikationsinfrastrukturen anbelangt, eine eher unrühmliche Vergangenheit hat. Sie hat das Internet bekämpft bis zum Schluss und sie hat bis heute eine Form der Entscheidungsprozeduren, die interessierte Nutzer faktisch ausschließt. Es ist nicht mal möglich, einen Standard, den die ITU verabschiedet hat, umsonst im Netz einzusehen. Man muss dort zahlen, das ist alles streng geschlossen und findet hinter verschlossenen Türen statt. In der ITU sind Regierungs- und Industrievertreter präsent, aber keine individuellen Nutzer, d.h. nicht die Menschen, die von den Folgen solcher Entscheidungen direkt betroffen sind. Ich glaube, dass ICANN bis heute seine endgültige Form nicht gefunden hat. Das ist eine „organization in the making“, und welche Form sie endgültig finden wird, ob es bei einer amerikanischen Organisation bleibt, welche Mitsprache, welche Einflussmöglichkeiten die Regierung künftig hat, das ist alles offen. Ich denke nicht, dass die amerikanische Regierung diese Art der Sonderstellung langfristig bewahren kann. Es geht einfach nicht, dass eine Regierung sagt, alle anderen Regierungen sollen nur Beratungsrecht haben. Was die Frage der Demokratie per Knopfdruck anbelangt: Mein Eindruck war, dass das Gejammere insbesondere der Ingenieure darüber, dass die Nutzer nun wählen durften, ein wenig erinnert an Zeiten, wo das allgemeine Wahlrecht eingeführt wurde. Gesellschaftliche Eliten sind immer sauer, wenn sie ihre Privilegien verlieren und mit Leuten teilen müssen, die vermeintlich weniger kundig sind als sie selbst. Natürlich ist auch das ein Lernprozess. Man kann jetzt schon sehen, dass diese Wahl im Internet sehr viel verändert hat. Es bildet sich in Europa eine „Community“ heraus, die aktiv Anteil nimmt an ICANN. Diese hat vorher nicht bestanden. Auch unsere Medien, insbesondere die in Deutschland, bilden sich, nehmen das Thema ICANN inzwischen wahr und berichten darüber, verstehen es als ein Politikum. Genauso ist es bei der Einführung des Wahlrechts auch gewesen. Eine Prozedur verändert auch etwas bei denjenigen, die daran teilnehmen können und dadurch neue Rechte erhalten.

Wau Holland:

ICANN wurde auf der letzten Sitzung befragt, wie das denn sei, es sollte doch noch ein Direktor gewählt werden, und da kam dann irgendwie zurück, also, wir haben jetzt hier intern beschlossen, dass diese Wahl ausfällt wegen sonstwas, einfach so. Das war so ein definitiver Beschluss. Das ist der gegenwärtige Zustand. Trotzdem können wir das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen, sondern wir müssen mit ICANN leben und zusehen, es stark zu machen. Die konkrete Frage, was die Vereinten Nationen machen könnten, etwa ein „alternate route name server system“ hochziehen anstelle des gegenwärtigen hierarchischen Modells. Ich traue da Regierungen nicht, ich traue da auch den Vereinten Nationen nur beschränkt. Amnesty International beispielsweise, denen würde ich trauen. Also auch an der Stelle haben die Vereinten Nationen umzudenken. Ich habe kein Vaterland, aber eine Muttersprache, und der Begriff Macht kommt von dem Verb machen. Die Vereinten Nationen waren einfach zu langsam, genau wie ITU das Internet bekämpft hat. Die am schnellsten exponentiell wachsende Maschine hat eben deshalb funktioniert, weil sie nicht von der ITU gemacht wurde, das ist der Punkt. Die hatte vielleicht schönere Konzepte mit X400, X500 und so weiter, die sind an einigen Stellen gedanklich solider als das Internet. Aber Offenheit ist das Entscheidende. Und der nächste Punkt noch zum Weltkulturerbe: Wichtiger Warnhinweis: Digitalisiert werden kann nur die schriftliche Überlieferung, nicht die mündliche Überlieferung. Beispielsweise indianische Entscheidungsprozesse wie „The great binding law“ oder so etwas, bei denen wurde ausdrücklich gesagt, dass sie nicht schriftlich gefasst werden sollen, sondern nur mündlich bleiben. Also kriegt man damit erstens nur einen Teil vom Weltkulturerbe. Und zweitens, pragmatisch, kann man anfangen mit allen, die mehr als 70 Jahre tot sind, das ist auch eine überschaubare Datenmenge, damit kommt man erstmal voran. Negative Utopie für die Zukunft wäre ein Internet, das nur noch vom Kommerz beherrscht wird und wo diese Kultursachen gar nicht mehr drinstehen, weil, bitte schön, wer soll denn dafür überhaupt bezahlen? Die Herren Verleger, um Gottes willen, die wollen das doch „copyright“-mäßig vermarkten, auch wenn die Leute schon Jahrtausende tot sind. Also das ist ein echtes Problem und da habe ich große Sorgen für die Zukunft. Von daher bin ich froh, hier sprechen zu können, weil ich im Publikum eine Fülle von Menschen weiß, die dieses Anliegen verstehen.

Winfried Schüller:

Zum Thema Gesellschaft von US-Gnaden: Wenn man die Verträge liest, kann man dies sicher so hereininterpretieren. Es ist aber in den letzten zwei Jahren in der Form nicht ausgeübt worden, zumindestens nicht in Fällen, die mir bekannt geworden sind. Ich halte ICANN in der Form für eine Start-Organisation. Ich halte es auch nicht für glücklich: Gesellschaft nach amerikanischem Recht, speziell nach kalifornischem, das passt eigentlich nicht für so eine globale Organisation. D. h. ich plädiere für eine Weiterentwicklung dieser Organisation, sehe aber die Lösung auf der politischen Ebene. Hier müssen die entsprechenden Institutionen miteinander verhandeln, um diese Weiterentwicklung zu ermöglichen. Ich würde nicht befürworten, und zwar aus Gründen der Schnelligkeit, ICANN der ITU unterzuordnen. Wir merken schon jetzt innerhalb von ICANN, dass wir teilweise nicht mehr schnell genug sind, um die Anforderungen des Netzes und der Nutzer tatsächlich schnell genug umzusetzen. Der Erfolg des Internet ist es gewesen, dass die Umsetzung sehr unkon-

ventionell und nicht in der üblichen Standardisierungsprozedur abgelaufen ist. Zur Frage, welche Entwicklungen sehen Sie in den nächsten 10 Jahren mit dem Internet: Ich denke, es wird natürlich ganz klar die technische Entwicklung hin zu höherer Leistungsfähigkeit geben, das wird ganz zwangsläufig kommen. Aber für mich ist der wesentlich stärkere Entwicklungspfad, was passiert in der Gesellschaft mit der Nutzung des Internet? Es werden sich also völlig andere Strukturen entwickeln, wie man dieses Netz nutzt, wie man damit umgeht.

Dass ICANN eine Gesellschaft nach amerikanischem Recht ist, passt eigentlich nicht für solch eine globale Organisation. Ich plädiere für eine Weiterentwicklung dieser Organisation, sehe aber die Lösung auf der politischen Ebene.

Heute holt man seine Theaterkarten vielleicht noch an der Theaterkasse, zukünftig druckt man sich die am Rechner zu Hause aus, bezahlt mit seiner Kreditkarte. D. h. da finden gesellschaftliche Veränderungen statt durch das Netz, die für mich wesentlich eingreifender sein werden als die technischen Entwicklungen, die sich auf dem Netz abspielen werden.

Dr. Klaus Werner Grewlich:

Wir nehmen noch zwei Fragen. Und dann würde ich gerne, dass die Panelisten nochmal einen Durchgang haben, in dem sie dann bitte zwei Dinge besonders berücksichtigen: Erstens, wie sollte die „Governance“ von ICANN idealerweise aussehen, nachdem wir einige Kritik gehört haben? Zweitens, was können die Vereinten Nationen tun? Das ist ja hier unser Thema.

Helmut Schink, Siemens AG:

Ich bin einer der ICANN-Direktoren. Ich bin vor vier Wochen gewählt worden als Vertreter der PSO, „Protocol Support Organization“, und zwar war ich der Kandidat der vielgeschmähten ITU. Ich hoffe, dass wir da ein bisschen die Polemik herausbringen in der Folge der Diskussion. Ich wollte zwei Kommentare machen und eine Frage loswerden. Die Kommentare beziehen sich zum einen auf die „At Large Membership“. Ich bin ja nun Vertreter der „Support“-Organisation und sehe da keinerlei Kontroverse zwischen den „At Large Membership“-Vertretern und den „support“-Organisationen. Die Diskussion wird bestimmt schwieriger als wenn Funktionärstypen untereinander sind. Aber wenn wir das mit unseren Abstimmungsverfahren unter einen Hut bringen, dann hoffe ich doch, dass wir auch zu entsprechenden Entscheidungen kommen. Der andere Kommentar bezog sich auf eine Bemerkung von Herrn Schüller bezüglich der Techniker und in der ICANN gegenüber diesem ganzen „Government“-Ansatz. Ich gehe auch davon aus, dass ICANN eigentlich ein mehr technisch orientiertes Gremium ist, das sich auf die eigentlichen „Core“-Aufgaben beschränken und sich nicht allzusehr von den Medien bedrängen lassen sollte. Hier zusätzliche Aktivitäten aufzunehmen, die mehr in Richtung Internet-Regierung gehen, macht meines Erachtens in einem Internet-Umfeld keinen Sinn. Die konkrete Frage ist: Gibt es hier nun wirklich greifbare Benachteiligungen, entweder in geschriebenen Texten, in Verträgen, im täglichen „Business“, die es aufzuheben gilt? Oder ist es mehr oder weniger eine langfristige politische Absicht, ICANN z. B. in internationales Recht umzuwandeln?

Martin Jähn, Unternehmensberatung Martin Jähn und Partner:

Ein Kommentar vorneweg: Wir haben eine „pax americana“ in dieser Welt, und ich finde es naiv zu sagen, die Kontrollmöglichkeit wurde nicht ausgenutzt. Faktum ist, dass man in der Lage ist, weltweit gewisse Dinge zu steuern, wenn man will. Und die Frage ist einfach, wie passt das in eine demokratische Welt. Eine Frage an Herrn Holland zu diesem Thema: Wie könnte technisch eine Alternative aussehen? Denn wenn ich überhaupt keine technischen Alternativen habe, was gibt's dann politisch zu entscheiden? Ein zweites Thema: Die Frage ist doch nicht, ob wir Theaterkarten über das Internet ausdrucken. Ich habe einen indischen Mandanten. Das ist ein relativ großes Industriekonglomerat, das auf eigene Initiative das gesamte indische Curriculum der Grundschule auf eine Internet-Plattform gebracht hat. Wie kriegen wir es hin, dass wir so etwas auch in anderen Kontinenten schnell mit Unterstützung des Westens realisieren? Wenn wir die 6 Milliarden Weltbevölkerung nehmen und sagen, 3 Milliarden haben noch nie telefoniert – vielleicht müssen die ja auch gar nicht alle telefonieren, aber können vorher Internet-Access haben und eine Schulausbildung bekommen.

Dr. Jeanette Hofmann:

Ich fange mit der Frage von Herrn Schink an. Natürlich sind die Folgen allein dadurch, dass ICANN in Kalifornien sitzt, für uns Europäer in jeder Hinsicht deutlich zu spüren. Zum einen: Alle Mitarbeiter bei ICANN, es sind ja nur 8 oder 9, sind Amerikaner. Viele dieser Amerikaner haben überhaupt keine internationale Erfahrung. Sie haben daher keinen Sinn dafür, dass unser Verständnis von Demokratie möglicherweise abweicht von dem amerikanischen. Man hat das deutlich gemerkt bei den Auswahlkriterien, die an die „At Large“-Direktoren gestellt wurden. So stellte sich beispielsweise der „Chief Officer“ hin und sagte ganz selbstverständlich, natürlich müssten diese vermögend sein, sonst könne man dieses Amt nicht ausüben. Das ist aus europäischer Sicht geradezu „outrageous“. Wir empfinden das als undemokratisch, in Amerika ist das ganz selbstverständlich. Dann natürlich die Frage der Sprache. Wenn man sich im Bereich von ICANN bewegt, muss man fit im Englischen sein, und nicht nur im alltagssprachlichen Englisch, sondern auch im juristischen Englisch. Sonst kriegt man da einfach keine „Schnitte“, insbesondere die Franzosen und die Italiener klagen darüber sehr, weil dort Englisch weniger verbreitet ist als beispielsweise in Deutschland. Und da muss man sich natürlich überhaupt fragen, warum denn das so ist, dass bei ICANN nur Leute arbeiten, die entweder aus der IANA, der Vorläuferorganisation, stammen, oder aus dem Bergman-Center, das an der Harvard Law School angesiedelt ist. Auch Studien, die vergeben worden sind, Rechtsanwältinnen, die beschäftigt sind, das sind alles Amerikaner aus dem Umfeld von ICANN. Dann zu Ihrer Frage, wie denn ICANN-„Governance“ aussehen sollte. Aus meiner Sicht kann man das bislang fast nur im Hinblick auf Verfahren beantworten. ICANN ist darauf angewiesen, dass die, die es betrifft, diese Entscheidungen legitim finden, und legitim können die Nutzer und die Unternehmen ICANN nur dann finden, wenn die Entscheidungen nachvollziehbar sind. Das sind sie zur Zeit in vielfacher Hinsicht nicht. Da wird ICANN dazulernen müssen, weil das Obstruktionspotential im Internet groß ist. Wau Holland hat es schon erwähnt, die Idee, „alternative route files“ aufzubauen, geistert seit Jahren herum. Das kann im Prinzip auch jeder machen. Was für die Demokratie insgesamt gilt, zeigt sich im Internet fast noch deutlicher. Demokratie funktioniert nur, wenn mindestens 80 – 90 Prozent der Leute das okay finden.

Wau Holland:

Wir brauchen als Europäer doch gar nicht so besorgt zu sein. Irgendwie bestimmt „good old Europe“ jetzt den nächsten Verschlüsselungsstandard, das ist eine zentrale Geschichte für Amerika. Das haben zwei trinkfeste Belgier entwickelt, und damit müssen die Amis nun leben. Man kann einfach nach vorne gucken und überlegen, welche Dinge man von hier macht, wo Deutschland vorn ist. Ich bin als braver Deutscher nun in mehreren Vereinen, einer ist der Förderverein Informationstechnik und Gesellschaft (FITUG). Und die Lobbyarbeit von dem Verein hat dafür gesorgt, dass die Gerichtsurteile des Bundesverfassungsgerichts oder Bundesgerichtshofs (weiß ich jetzt nicht genau), nicht mehr allein auf Papier rechtsverbindlich sind, sondern auch als im Netz signiert. An der Stelle haben eben auch ein Techniker wie Lutz Donnerhake und andere bei FITUG im Hintergrund kräftig mitgestrickt. Da ist Deutschland vorne. Was man machen kann? Für den Chaos Computer Club ist es nicht wichtig, als NGO bei den Vereinten Nationen akkreditiert zu sein, „street credibility“ ist für uns eine viel wichtigere Geschichte. Regierungen machen Krieg, NGOs machen Frieden. Im Januar 1999 (ist im Netz zu finden unter „Chaos Realitäts-Dienst“) gibt es eine Erklärung zum „Info-Peace“, wo Hacker-Gruppen aus aller Welt sich zusammengeschlossen und eine gemeinsame Erklärung geschrieben haben, dass sie keine Angriffe auf die Kommunikationsinfrastruktur machen werden. Es gab nämlich die „legion of underground“, die meinte, wegen der Menschenrechtsverletzungen müsste man den Irak und die Volksrepublik China computermäßig runterfahren. Und das ist einfach übel und gefährlich. Da gab's die Erklärung über „Info-Peace“. Das war eine Woche Arbeit von einem Familienvater in Hamburg, der in der Zeit nicht gearbeitet, sondern das koordiniert hat. Und ein Vierteljahr später kam von den amerikanischen Hackern als Antwort: Wir hätten es nie geglaubt, dass Ihr alle diese Hackergruppen unter einen Hut kriegt, die sich ansonsten bis auf Bitterste bekämpfen und nichts miteinander zu tun haben wollen. Aber das ist geschafft worden. Dieses geistige Niveau hat das Bundesministerium des Innern noch nicht erreicht, denn von dort kam eine Anfrage: Sag' mal, Chaos Computer Club, könnt' Ihr nicht die Nazi-Seiten kaputthacken? Das ist einfach der falsche Weg. An der Stelle haben die ISP's, die „Internet Service Providers“, den Finger am Hebel. Und da kommt es eben auch darauf an, diese widerstreitenden Konzerne und politischen Interessen unter einen Hut zu kriegen. An der Stelle sage ich mal, wenn ich es richtig verstehe, hat es Lutz Donnerhake geschafft, BOFH als Endung „Bastard Operators from Hell“ irgendwie durchzukriegen. Die gibt's schon, und bei einigen ISP's funktioniert sie und bei anderen nicht. Es kommt drauf an, dass das alles unter einem Hut bleibt. Die ISP's sind eine wichtige Macht, und mit denen muss man kooperativ umgehen. Noch ganz grundsätzlich zur Bildung: Luther hat die Schulpflicht eingeführt, Lesen, Schreiben, Rechnen. Wir brauchen am Beginn des Informationszeitalters eine vierte Qualifikation: Filtern.

Luther hat die Schulpflicht eingeführt, Lesen, Schreiben, Rechnen. Wir brauchen am Beginn des Informationszeitalters eine vierte Qualifikation: Filtern.

Winfried Schüller:

Es kam eben die Frage: technische Alternative für das jetzige hierarchische System. Es gibt sie ganz klar, aber man kann sie nur koordiniert einführen. Ansonsten würden sie

das Netz quasi vor die Wand fahren, weil es dann nicht mehr weltweit funktionieren würde. Es ist eine der Arbeiten der nächsten Jahre, daran zu arbeiten, und das kann auch eines der europäischen Themen sein, wo wir uns mit profilieren können. Dann die Frage, wer sollte die „Governance“ ausüben über das Internet. Ich bin der Meinung, dass alle Gruppen, die darin agieren, auch dort repräsentiert sein sollen. Ich habe mich auch dafür eingesetzt, dass die „At Large Membership“ nicht nur auf die 5 Direktoren, die jetzt gewählt worden sind, beschränkt wird, sondern dass dort eine Balance zukünftig im Board herrschen soll. Ich denke, dass es dann auch zu einem konstruktiven Dialog „mit den Funktionären“, wie Herr Schink sie eben titulierte, kommen wird. Das wird beide Seiten befruchten. Dann die Frage: Was können die Vereinten Nationen eigentlich tun, um das Internet zu befördern? Ich denke, die Technik und die Ressourcen werden durch ICANN bereitgestellt. Aber wo ICANN überhaupt keine Möglichkeiten hat, ist z. B. in afrikanischen Ländern den Zugang selber zu ermöglichen, d. h. Internetcafés einzurichten etc. Hier sehe ich tatsächlich ein erhebliches Betätigungsfeld sowohl der Vereinten Nationen als auch im Rahmen der Entwicklungshilfe. Wir als Telekom sind z. B. in dem Bereich aktiv, um Aufbauhilfe für ISP's zu leisten im afrikanischen, aber auch im asiatischen Raum.

Christopher Wilkinson:

My goodness it is incredibly difficult from this advantaged point to keep up with you all. And the thought that is going through my mind is what would be the political impact on Europe generally if we could have as profound and indeed passionate debate of these matters in all the member states. You are in a leadership position in this area and I thank you for it. I would like to pick up a few of the points which have been made, not in any particular order but regarding the cultural heritage.

It is technically possible to put the cultural heritage in a digital form and have access to it through the click of a button.

Yes, I think it is technically possible to put the cultural heritage in a digital form and have access to it through the click of a button or a mouse. But please keep an eye on who will own it and how the access will be controlled because the underlying objective is access to the cultural heritage for the benefit of civilisation as a whole. Just as a case in point, there is an application for “dot museum” as a top-level domain. But this does not come from UNESCO. It comes from the Getty Museum. Regarding the digital divide and particularly the critical situation in Africa where I spent a good deal of my early career, I think a lot can be done but it will cost money. Radio technologies and satellite technologies are already used in the Australian outback at affordable prices for internet access and distance education. There are certainly solutions that could be improved, they will however, cost money. Just as an anecdote do give you an idea, there are policies that the <.eu> registry should be a not for profit public service registry. But I am regularly reminded that it might also generate a certain amount of money. I think it would be appropriate for the governments and the Commission and the music community to think in terms of creating some form of funds that are generated within the European Internet to be used for the promotion of the Internet worldwide.

Regarding the take-over by industry, yes and no. There is certainly a push from industry and from the internet dot-coms to play a larger role in the internet's manage-

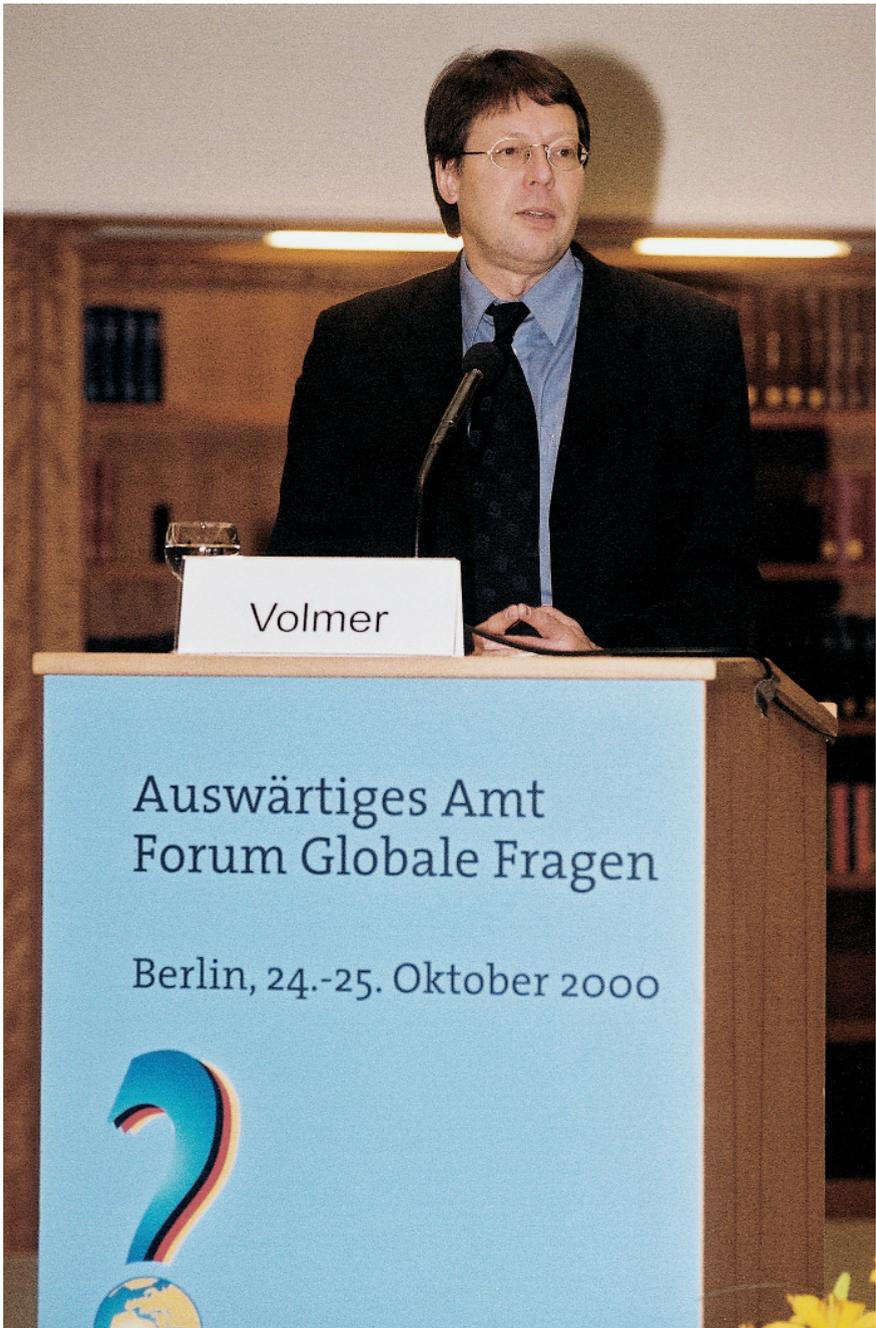
ment. All I am saying is as a public official I would not turn to civil society and to the Internet community at large to solve a problem for me. I would rather turn to the existing legal frame work composition policy and the authority of governments. In the present balance of power please don't forget that there are still governments, and though, as some of you have said, their lights are not bright enough, but governments act in the public interests. Finally this question of US-control. This is a complex one and temporarily it is on hold. Because of practical purposes there is nobody to talk to in Washington. But come January and February of next year, I am sure that the European Union will re-open discussions with the US-Government. My first point is that you cannot bypass the problem just by talking about alternative root service. All responsible operators and users of the Internet want full global interoperable ability. We are outraged, and rightly so, when governments interfere with global interoperable ability in the interests of censorship or protectionism. But if that is the base line, please don't talk about competing or alternative root services. It would split the Internet because notably more than one interest can play that game and we are not at all sure who would be on the winning or losing side of that game. It is an agreed position with the governments to maintain the integrity of the global internet root. There do remain considerable problems. We need a neutral and independent control of the root, which we do not yet have. We need the ICANN not only to have an international representative board, but the ICANN staff in terms of its professionals and its nationalities should be more representative of the global Internet community. I think Jeanette has made that point very clearly. And I expect the European Union to work towards a system of international oversight of the Internet management functions. I think those are the main points I wish to add to the responses that you already received from the other panelists and once again I want to thank the Federal Foreign Office for this magnificent opportunity and to congratulate its organizers for the depth and passion of your debates.

Dr. Klaus Werner Greulich:

Nur einen Punkt noch. Bei der Frage der normativen Lösungsmacht, bei dem Problem der Kräfteverteilung – Staaten, Zivilgesellschaft und Industrie – wird man sicher unterscheiden müssen zwischen dem Bereich, der die Offenhaltung von Märkten betrifft, und dem anderen Bereich, wo es um das allgemeine Interesse geht, z. B. Menschenrechte. Da müssen die Gewichteverteilungen bei der normativen Lösung wohl unterschiedlich sein. Ich brauche übrigens keine Zusammenfassung zu machen, weil Herr Staatsminister Volmer jetzt – allerdings für die gesamte Veranstaltung – dies freundlicherweise tun wird.

Schlusswort: Staatsminister Dr. Ludger Volmer, Auswärtiges Amt

Zum Abschluss des vierten „Forum Globale Fragen“ möchte ich Ihnen allen zunächst für Ihre aktive, rege Teilnahme danken. Auch dieses Mal hatten wir intensive, lebendige und auch kontroverse Diskussionen. Vor allem gilt mein Dank unseren Gästen aus New York, an erster Stelle der Stv GS, Louise Fréchette, und dem ASG, John Ruggie, sowie den anderen hervorragenden Referenten und Panelisten. Sie alle haben dazu beigetragen, dass wir gemeinsam aktuelle Themen zum



Staatsminister Dr. Ludger Volmer

Millenniums-Gipfel der VN sachkundig und mit Blick in die Zukunft erörtern konnten. Gestern war ja der „Tag der VN“. Ich glaube, wir sind diesem schönen Anlass gerecht geworden. Auch dadurch, dass gestern abend die Band des AA, „jAazz“, nicht nur mitreißend aufspielte, sondern – angeführt von Charlie Paschke – der Stellvertretenden VN-Generalsekretärin ein besonderes Ständchen brachte!

Lassen Sie mich nur einige Schlussfolgerungen ziehen:

- Es war ein guter Zeitpunkt für das Forum, um glaubwürdig zu unterstreichen, dass wir die Verpflichtungen der VN-Millenniums-Erklärung vom 8. 9. wirklich ernstnehmen. Wir: das sind wir alle, nämlich die Regierungsvertreter ebenso wie die Repräsentanten des UNO-Systems, aber genauso die Vertreter der Zivilgesellschaft und des privaten Sektors. Alle Themen, die gestern und heute zur Sprache kamen, haben deutlich gemacht, dass die globalen Fragen von niemandem mehr alleine mit Aussicht auf Erfolg gelöst werden können. Das konstruktive Zusammenwirken aller globalen Mitspieler ist unverzichtbar, um die Versprechen der Millenniums-Erklärung in die Tat umzusetzen.
- Das Forum ist seinem Anspruch, so glaube ich, einigermaßen gerecht geworden, neue Impulse aufzugreifen, um die zentrale Weltprobleme in den Griff zu kriegen. Ich habe mich besonders gefreut, dass der südafrikanische Botschafter in seiner Rede die Notwendigkeit hervorgehoben hat, die Globalisierung auch politisch mitzugestalten. In der Tat: Sie darf nicht alleine den Marktkräften überlassen werden.
- Es passt dazu, dass das ehrgeizige Projekt eines „Global Compact“, so eloquent von John Ruggie vorgestellt, bei allen kritischen Einwänden doch auf breite Unterstützung stieß. Allerdings mit dem Verständnis, dass Freiwilligkeit bei der Einhaltung von Menschenrechten die Erfüllung von international rechtlich verbindlichen Verpflichtungen nicht ersetzen, sondern nur ergänzen kann. Unser Forum hat gezeigt, dass hier ein fruchtbarer Lernprozess im Gange ist.
- Weiter wurde klar, dass „alte Themen“ wie etwa das heute früh diskutierte Problem des „Sustainable Development“ relevanter denn je ist und dringend umfassender Umsetzung in der politischen Praxis bedarf. In einem Wort: Das Kyoto-Protokoll muss endlich verwirklicht werden!
- Ich freue mich, dass unser letztes Panel eine besonders aktuelle Fragestellung, nämlich die spannende Thematik des Internet, diskutiert hat. Auch hierzu haben wir einiges gelernt und viel Stoff zum Nachdenken, nicht zuletzt im Hinblick auf die Möglichkeiten, aber auch auf die Grenzen von internationalen Regelungen erhalten.

In einem Wort: Wir konnten wieder feststellen, dass die Vereinten Nationen zwar zweifellos reformbedürftig sind, aber es zur UNO keine ernsthafte Alternative gibt. Nur die VN bieten das universale System, um die Globalisierung wirklich „inclusive“ zu machen und auch die Menschen in den Ländern des Südens einzubeziehen und sie an den Vorteilen der Globalisierung zu beteiligen.

Die Vereinten Nationen sind zwar zweifellos reformbedürftig, aber es gibt zur UNO keine ernsthafte Alternative. Nur die VN bieten das universale System, um die Globalisierung wirklich „inclusive“ zu machen und auch die Menschen in den Ländern des Südens einzubeziehen und sie an den Vorteilen der Globalisierung zu beteiligen.

Wir vom Auswärtigen Amt fühlen uns in dem offenen Diskussionsansatz und Arbeitsstil unseres Forums durchaus bestätigt und wollen – mit Ihrer Unterstützung – damit weitermachen. Dabei sind wir auch in Zukunft auf Ihre Kritik, Ihre Ideen und Vorschläge – kurzum Ihre umfassende Mitarbeit – angewiesen.

Noch einmal Dankeschön, auch an die Kolleginnen und Kollegen hier im Auswärtigen Amt, von der Hausverwaltung, vom Konferenzsekretariat und Protokoll. Doch auch Danke an den Arbeitsstab Globale Fragen. Hier möchte ich einige Mitarbeiterinnen namentlich hervorheben: Frau Christiane Kuhlemann, Frau Katja Wendel und Christine Ermgassen.

Programm

Dienstag, 24. 10. 2000

- 12.00 Uhr Eröffnung durch den
Bundesminister des Auswärtigen, Joschka Fischer
Diskussion
Moderation: **Staatssekretär Wolfgang Ischinger**,
Auswärtiges Amt
- 14.00 Uhr Vortrag der **stellvertretenden Generalsekretärin der Vereinten Nationen, Louise Fréchette**
Diskussion
Moderation: **MD Dr. Günther Altenburg**, Leiter der Abteilung für die Vereinten Nationen, Auswärtiges Amt
- 14.45 –16.15 Uhr **Panel 1: Der „Global Compact“: Neue Kooperationsformen zwischen den VN, NGOs und transnationalen Wirtschaftsunternehmen**
Einführung: **John Ruggie**, Assistant Secretary-General, Special Adviser, Office of the Secretary-General of the United Nations
Panel: **Dr. Maritta von Bieberstein Koch-Weser**, Generaldirektorin World Conservation Union (IUCN)
Malini Mehra, Director Centre for Social Markets
Gerd Poppe, Beauftragter für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, Auswärtiges Amt
Prof. Dr. Josef Wieland, Wissenschaftlicher Direktor, Institut des Deutschen Netzwerks Wirtschaftsethik
Moderation: **Hans-Heinrich Wrede**, Leiter Arbeitsstab Globale Fragen, Auswärtiges Amt
- 16.45 –18.45 Uhr **Panel 2: Zukunftsperspektiven der VN nach dem Millenniums-Gipfel – VN als zentraler Pfeiler des „global governance“?**
Einführung: **Prof. Dr. Sibusiso Bengu**, Botschafter der Republik Südafrika in Deutschland
Panel: **Dr. Eberhard Brecht**, MdB, Vorsitzender des Bundestags-Unterausschusses für die Vereinten Nationen

Friederike Bauer, Frankfurter Allgemeine Zeitung
Ingeborg Kaul, Direktorin für Entwicklungsstudien UNDP

Moderation: **Botschafter Karl Theodor Paschke**, Sonderinspekteur für die deutschen Vertretungen in der EU, Auswärtiges Amt

20.00 Uhr Abendessen, gegeben von **Staatsminister Dr. Ludger Volmer**
Musikalisches Programm: **jAazz** – die Jazzgruppe des Auswärtigen Amts

Mittwoch, 25. 10. 2000

09.15 – 10.45 Uhr **Panel 3:** **Modelle der Nachhaltigkeit auf dem Weg zu „Rio plus 10“ – Konkrete Beispiele aus der Praxis u. a. der VN**

Einführung: **Dr. Angelika Zahrnt**, Erste Vorsitzende, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

Panel: **Udo Weis**, ABB

Aira Kalela, stv. Exekutivsekretärin VN-Sekretariat der Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung (UNCCD)

Janos Pasztor, VN-Sekretariat der Klimarahmenkonvention (UNFCCC)

Moderation: **MDg Roland Mauch**, Leiter Unterabteilung 41, Auswärtiges Amt

11.15 – 12.45 Uhr **Panel 4:** **Die VN und das Internet – Neue technologische Möglichkeiten und Risiken (am Beispiel ICANN)**

Einführung: **Christopher Wilkinson**, Generaldirektorat für die Informationsgesellschaft, Europäische Kommission

Panel: **Dr. Jeanette Hofmann**, Wissenschaftszentrum Berlin

Wau Holland, Chaos Computer Club

Winfried Schüller, Deutsche Telekom

Moderation: **Prof. Dr. Klaus Werner Grewlich**, Auswärtiges Amt

12.45 Uhr Schlusswort von **Staatsminister Dr. Ludger Volmer**

Viertes Forum Globale Fragen am 24./25. 10. 2000
Teilnehmer/-innen

Renée Abul-Ella	Al-Dar arabischer Frauenverein
Wilhelm Adamy	Deutscher Gewerkschaftsbund
Brigitte Adler	Mitglied des Deutschen Bundestages
Kai Ahlborn	Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen
Dr. Günther Altenburg	Auswärtiges Amt
Angela Andersen	Deutscher Ingenieurinnenbund
Dietrich Andreas	Auswärtiges Amt
Dr. Sabine Arlt	Hanns-Seidel-Stiftung
Monika Bär	Siemens AG
Gerhard Bauch	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
Friederike Bauer	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Dr. Markus Baumanns	ZEIT-Stiftung
Ellwyn O. Beck	Botschaft der Republik Südafrika
Andreas Beckermann	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Marianne Beisheim	Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“
Prof. Sibusiso Bengu	Botschafter der Republik Südafrika
Gerd Benke	Auswärtiges Amt
Dörte Bernhardt	Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“
Hans-Michael Besig	Kommunikationsberater
Dr. Maritta von Bieberstein Koch-Weser	World Conservation Union
Dr. Jan Bielawski	Außenministerium der Republik Polen
Dr. Wolfgang Biermann	SPD-Parteivorstand
Gerd Billen	NABU
Peter C. Black	Botschaft von Jamaika
Petra Bläss	Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages
Alinda Boekhoff	Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“
Cordula Boerger	Bundesverband der Deutschen Industrie
Nicole Böhm	Wissenschaftszentrum Berlin
Dr. Lienhard-W. Böhmecke	
Thomas Böhmecke	Deutsche Stiftung Weltbevölkerung
Alexander Böhmer	Bundesverband der Deutschen Industrie
Dr. Claudia von Braunmühl	Freie Universität Berlin
Peter Brosse-Brekenfeld	Evangelischer Pressedient
Dr. Eberhard Brecht	Mitglied des Deutschen Bundestages
Helmut Breiderhoff	Bündnis 90/Die Grünen
Friederike Brinkmeier	Universität Potsdam
Dr. Enrico Brissa	Universität der Bundeswehr
Dr. Klaus Brüggemann	ABB
Carola Busch	Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft

Stephan Contius

Liselore Cyrus

Tobias Debiel

Stefan Delfs

Sabine Dolderer

Dr. Jochen Donner

Carola Donner-Reichle

Dr. Heinrich Doppler

Karl-Helmuth Draeger

Wolfgang Ehrhart

Dr. Brigitte Fahrenhorst

Zaheer Fakir

Martin Fleischer

Carmen Fontes

Ekkehard Forberg

Mark Franken

Regina Franken

Arndt Freytag von Loringhoven

Doris Friedrich

Dr. Gunther Alexander Friedrich

Juliane Freifrau von Friesen

Rüdiger Freiherr von Fritsch-

Seerhausen

Helmut Ganser

Dr. Sven Gareis

Bettina Gaus

Joachim Gause

Andreas Gehlhaar

Dr. Ricardo Gent

Kurt Gerhardt

Kirsten Gerstner

Gwendy Goldstein

Klaus-Peter Gottwald

Prof. Dr. Klaus Werner Grewlich

Monika Griefahn

Rita Griebhaber

Wilfried Grolig

Sabine Grund

Dr. Jürgen Hambrink

Andreas Harbig

Humaira Hasan

Christina Heck

Bundesministerium für Umwelt, Natur-
schutz und Rektorsicherheit

Auswärtiges Amt

Stiftung Entwicklung und Frieden

Auswärtiges Amt

DENIC e.G.

Deutsche Welthungerhilfe

BMZ

ABB

Schering AG

Deutscher Bundestag

Society for International Development

Ministerium für Umwelt und Tourismus der
Republik Südafrika

Auswärtiges Amt

Botschaft von Spanien

Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Berghof Forschungszentrum für konstruk-
tive Konfliktbearbeitung

Reporter ohne Grenzen

Auswärtiges Amt

Europäisches Informationszentrum

UN Exekutivsekretär a. D.

Deutscher Juristinnenbund

Bundespräsidialamt

Führungsakademie der Bundeswehr

Akademie der Bundeswehr für Information
und Kommunikation

TAZ

Gerling Konzern

Enquete-Kommission „Globalisierung der
Weltwirtschaft“

Industrieverband Agrar

Westdeutscher Rundfunk

Freie Universität Berlin

Technische Universität Berlin

Auswärtiges Amt

Auswärtiges Amt

Mitglied des Deutschen Bundestages

Mitglied des Deutschen Bundestages

Auswärtiges Amt

Society for International Development

Gemeinsame Konferenz Kirche und
Entwicklung

Price Waterhouse Coopers

Botschaft der Islamischen Republik Pakistan

Dr. Hans-Joachim Heintze
Marianne Hentrich
Paula Marie Hildebrandt
Dr. Ernst Hillebrand
Jochen Hoffmann

Dr. Jeanette Hofmann
Jobst Holborn
Wau Holland
Hanns Michael Hölz
Prof. Dr. Klaus Hüfner
Martin Jähn

Ramesh Jaura
Dr. Mathias John
Dr. Karl Jüsten
Aira Kalela
Regina Kalthe gener
Hans-Peter Kaul
Ingeborg Kaul
Dr. Hilmar Kienzl
Sabine Klotz

Julia Koch
Dr. Burkhard Könitzer
Claus Körting
Wilfried Koschorreck
Sabine Köster-Hartung
Heinrich Kreft
Corinna Kreusel
Helga Krickl
Dr. Winrich Kühne
Mirjam Künkler
Dietrich Lämpke
Peter A. Le Roux
Antje Leendertse
Irmgard von Lehsten
Michael Leibrandt

Annekathrin Linck
Detlef Lingemann
Klaus Linsenmeier
Barbara Lochbihler
Peter Lock
Ingrid Lottenburger
Sophie Lovy-Laszlo
Volkmar Lübke
Daphné Lucas

Ruhr-Universität Bochum
Weltbürger Netz

Friedrich-Ebert-Stiftung
Enquete-Kommission „Globalisierung der
Weltwirtschaft“
Wissenschaftszentrum Berlin
Bundesministerium der Finanzen
Chaos Computer Club
Deutsche Bank
Deutsche Unesco-Kommission
Unternehmensberatung Martin Jähn & Part-
ner
Global Cooperation Council
amnesty international
Kommissariat der deutschen Bischöfe
VN-Wüstensekretariat (UNCCD)
Terre des Femmes
Auswärtiges Amt
UNDP
German Pharma Health Fund
Forschungsstätte der Evangelischen
Studiengemeinschaft
Ärzte ohne Grenzen
Stiftung Entwicklung und Frieden
Bündnis 90/Die Grünen

Deutscher Multimedia Verband dmmv
Auswärtiges Amt

Psychopolitical Peace International
Stiftung Wissenschaft und Politik
Heinrich-Böll-Stiftung
Bundesanstalt Technisches Hilfswerk
Botschaft der Republik Südafrika
Auswärtiges Amt
Deutsches Komitee für UNICEF
Bundesministerium für Wirtschaft und
Technologie
Heinrich-Böll-Stiftung
Auswärtiges Amt
Heinrich-Böll-Stiftung
amnesty international
EART
Frauennetzwerk für Frieden
Botschaft der Französischen Republik
Verbraucher Initiative
Büro MdB Köster-Lossack

Dr. Rainer Lucht
Karolina Lyczywek
Dr. Claudia Maennling
Dr. Ursula Matschke
Roland Mauch
Malini Mehra
Prof. Dr. Frieder Meyer-Krahmer

Malay Mishra
Claudia von Monbart
Dr. Jochen Motte
Karl-Ulrich Müller
Dr. Peter Müller-Rockstroh
Dr. Wolfgang Münch
Stefan Neubauer
Martina Nibbeling-Wrießnig
Dr. Andreas Obser
Joachim Oelßner
Hakan Ockal
Ilse Otto
Barkan Öz
Hasan Özdogan
Urszula Pallasz
Markus Pallek
Regine Pankuweit
Anja Papenfuß

Karl Theodor Paschke
Janos Pasztor
Dr. Ina Maria Pernice
Eileen Petzold-Bradley
Sylvia Pfaff-Hofmann

Bernd Pickert
Dr. Ulrike von Pilar
Peter Platte
Angelika Pohlenz
Gerd Poppe
Hans Pravda
Prof. Dr. Gisbert Freiherr zu Putlitz
Eva Quistorp
Cornelia Richter
Martina Richter
Richard Rorvig

Dr. Martin Roth
Michèle Roth
Steffen Rudolph

DW Katastrophenhilfe
AIESEC
GTZ
equality, life and work
Auswärtiges Amt
Centre for Social Markets
Fraunhofer Institut für Systemtechnik und
Innovationsforschung
Botschaft der Republik Indien
The World Bank Group
United Evangelical Mission
Auswärtiges Amt
Society for International Development
UN Joint Inspection Unit
CDU/CSU-Fraktion
Auswärtiges Amt
Universität Potsdam
Deutsches Rotes Kreuz
Botschaft der Republik Türkei
Deutscher Akademikerinnenbund
Botschaft der Republik Türkei
Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland
Botschaft der Republik Polen

Verband der weiblichen Arbeitnehmer
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Poli-
tik
Botschafter, Auswärtiges Amt
VN-Klimasekretariat (UNFCCC)
Deutscher Industrie- und Handelstag
Ecologic
Unternehmensberatung Martin Jähn & Part-
ner
TAZ
Ärzte ohne Grenzen
Auswärtiges Amt
International Chamber of Commerce
Auswärtiges Amt
Society for International Development
Gottlieb Daimler und Karl Benz Stiftung
UNIFEM
GTZ
Heinrich-Böll-Stiftung
Botschaft der Vereinigten Staaten von Ame-
rika
EXPO 2000
Stiftung Entwicklung und Frieden
Auswärtiges Amt

John G. Ruggie	UN Assistant Secretary-General, Exec. Office of the Secretary-General
Nadia Saband-Canzler	Büro MdB Clemens Schwalbe
Dr. Kyode Salau	Society for International Development
Uwe Schäfer	Bundesministerium der Verteidigung
Hartmut Schauerte	Mitglied des Deutschen Bundestages, Enquete-Kommission „Globalisierung der „Weltwirtschaft““
Julia Scherf	Heinrich-Böll-Stiftung
Carsten Schiefner	DENIC e.G.
Dr. Frank Schilling	BKM
Dr. Gunnar Schilling	Freier Wissenschaftsjournalist
Helmut Schink	Siemens AG
Dr. Hans-Peter Schipulle	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ludmilla Schlageter	Ärzte ohne Grenzen
Dr. Hermann Schmitz-Wenzel	Deutsches Komitee für Katastrophenvorbeu- gung
Michael Schneider	EuroISPA
Dr. Traugott Schöffthaler	Deutsche Unesco-Kommission, Generalse- kretär
Winfried Schüller	Deutsche Telekom
Prof. Dr. Meinhard Schulz-Baldes	Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen
Dr. Peter Seel	Haus der Kulturen der Welt
Jörg Siebert	MISEREOR
Oltmann G. Siemens	World Bank Group
Dr. Otto Singer	Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft““
Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk	Mitglied des Deutschen Bundestages
Arndt Spahn	IG Bauen-Agrar-Umwelt
Ingrid Spiller	Heinrich-Böll-Stiftung
Detlef Sprinz	Institut für Klimafolgenforschung
Kristina Steenbock	Greenpeace
Uta Stitz	Mitglied des Deutschen Bundestages
Wolfgang Stöckl	Auswärtiges Amt
Corry Szantho von Radnoth	NRO-Frauenforum
Ulf Terlinden	Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
Bruno Thiesbrummel	Friedrich-Naumann-Stiftung
Elke Thoß	PRO FAMILIA
Dr. Gerhard Timm	BUND
Dr. Wolfgang Trautwein	Auswärtiges Amt
Dr. Armin Triebel	Sozialwissenschaftlicher Studienkreis für internationale Probleme
Dr. Tundanonga-Dikunda	Initiative Pro Afrika
Wolfgang Tyderle	Johanniter-Unfall-Hilfe
Bärbel Uhl	KOK
Stefan Ulrich	Süddeutsche Zeitung

Dr. Günther Unser
Martin Vogt

Matthias Vollert
Dr. Antje Vollmer
Dr. Hans Voß

Dr. Hendrik Vygen

Wolfgang Wagner
Regine Walch
Bernhard Graf von Waldersee
Eckhard Wannick
Udo Weis
Dr. Norman Weiß
Ernst-Ulrich von Weizsäcker
Matthias Wellmann
Jürgen Wenderoth
Dr. Sondra Wentzel
Reinhard Wesel
Dr. Volker Weyel

Prof. Dr. Josef Wieland

Renate Wilke-Launer
Christopher Wilkinson
Dr. Hans Willmann

Stefan Willmutz
Jutta Wolke
Ulf Wolter
Dr. Angelika Zahrnt
Birgit Zeitz

Rudolf Zimmermann

Institut für Politische Wissenschaft
International Centre for Insect Physiology
and Ecology, Verein Deutscher Bediensteter
bei Int. Organisation der VN
Bertelsmann Stiftung
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages
Verband für internationale Politik und
Völkerrecht

Bundesministerium für Umwelt, Natur-
schutz und Reaktorsicherheit
Auswärtiges Amt
Heinrich-Böll-Stiftung
Auswärtiges Amt
BMW AG
ABB
Universität Potsdam
Mitglied des Deutschen Bundestages
Büro MdB Birgit Homburger
Bundesministerium der Finanzen
GTZ

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Na-
tionen
Institut des Deutschen Netzwerks
Wirtschaftsethik
der überblick
Europäische Kommission
UNHCR, Verein Deutscher Bediensteter bei
Int. Organisationen der VN
Forum Ziviler Friedensdienst
Bundespräsidialamt
Forschungsprojekt Universal Consultation
BUND
Bundesministerium für Arbeit und
Sozialordnung
ABB

Resolution adopted by the General Assembly

[without reference to a Main Committee (A/55/L.2)]

55/2. United Nations Millennium Declaration

The General Assembly

Adopts the following Declaration:

United Nations Millennium Declaration

I. Values and principles

1. We, heads of State and Government, have gathered at United Nations Headquarters in New York from 6 to 8 September 2000, at the dawn of a new millennium, to reaffirm our faith in the Organization and its Charter as indispensable foundations of a more peaceful, prosperous and just world.
2. We recognize that, in addition to our separate responsibilities to our individual societies, we have a collective responsibility to uphold the principles of human dignity, equality and equity at the global level. As leaders we have a duty therefore to all the world's people, especially the most vulnerable and, in particular, the children of the world, to whom the future belongs.
3. We reaffirm our commitment to the purposes and principles of the Charter of the United Nations, which have proved timeless and universal. Indeed, their relevance and capacity to inspire have increased, as nations and peoples have become increasingly interconnected and interdependent.
4. We are determined to establish a just and lasting peace all over the world in accordance with the purposes and principles of the Charter. We rededicate ourselves to support all efforts to uphold the sovereign equality of all States, respect for their territorial integrity and political independence, resolution of disputes by peaceful means and in conformity with the principles of justice and international law, the right to self-determination of peoples which remain under colonial domination and foreign occupation, non-interference in the internal affairs of States, respect for human rights and fundamental freedoms, respect for the equal rights of all without distinction as to race, sex, language or religion and international cooperation in solving international problems of an economic, social, cultural or humanitarian character.
5. We believe that the central challenge we face today is to ensure that globalization becomes a positive force for all the world's people. For while globalization offers great opportunities, at present its benefits are very unevenly shared, while its costs are unevenly distributed. We recognize that developing countries and countries with economies in transition face special difficulties in responding to this central challenge. Thus, only through broad and sustained efforts to create a shared future, based upon our common humanity in all its diversity, can globalization be made fully

inclusive and equitable. These efforts must include policies and measures, at the global level, which correspond to the needs of developing countries and economies in transition and are formulated and implemented with their effective participation.

6. We consider certain fundamental values to be essential to international relations in the twenty-first century. These include:
 - **Freedom.** Men and women have the right to live their lives and raise their children in dignity, free from hunger and from the fear of violence, oppression or injustice. Democratic and participatory governance based on the will of the people best assures these rights.
 - **Equality.** No individual and no nation must be denied the opportunity to benefit from development. The equal rights and opportunities of women and men must be assured.
 - **Solidarity.** Global challenges must be managed in a way that distributes the costs and burdens fairly in accordance with basic principles of equity and social justice. Those who suffer or who benefit least deserve help from those who benefit most.
 - **Tolerance.** Human beings must respect one other, in all their diversity of belief, culture and language. Differences within and between societies should be neither feared nor repressed, but cherished as a precious asset of humanity. A culture of peace and dialogue among all civilizations should be actively promoted.
 - **Respect for nature.** Prudence must be shown in the management of all living species and natural resources, in accordance with the precepts of sustainable development. Only in this way can the immeasurable riches provided to us by nature be preserved and passed on to our descendants. The current unsustainable patterns of production and consumption must be changed in the interest of our future welfare and that of our descendants.
 - **Shared responsibility.** Responsibility for managing worldwide economic and social development, as well as threats to international peace and security, must be shared among the nations of the world and should be exercised multilaterally. As the most universal and most representative organization in the world, the United Nations must play the central role.
7. In order to translate these shared values into actions, we have identified key objectives to which we assign special significance.

II. Peace, security and disarmament

8. We will spare no effort to free our peoples from the scourge of war, whether within or between States, which has claimed more than 5 million lives in the past decade. We will also seek to eliminate the dangers posed by weapons of mass destruction.

9. We resolve therefore:

- To strengthen respect for the rule of law in international as in national affairs and, in particular, to ensure compliance by Member States with the decisions of the International Court of Justice, in compliance with the Charter of the United Nations, in cases to which they are parties.
- To make the United Nations more effective in maintaining peace and security by giving it the resources and tools it needs for conflict prevention, peaceful resolution of disputes, peacekeeping, post-conflict peace-building and reconstruction. In this context, we take note of the report of the Panel on United Nations Peace Operations¹ and request the General Assembly to consider its recommendations expeditiously.
- To strengthen cooperation between the United Nations and regional organizations, in accordance with the provisions of Chapter VIII of the Charter.
- To ensure the implementation, by States Parties, of treaties in areas such as arms control and disarmament and of international humanitarian law and human rights law, and call upon all States to consider signing and ratifying the Rome Statute of the International Criminal Court².
- To take concerted action against international terrorism, and to accede as soon as possible to all the relevant international conventions.
- To redouble our efforts to implement our commitment to counter the world drug problem.
- To intensify our efforts to fight transnational crime in all its dimensions, including trafficking as well as smuggling in human beings and money laundering.
- To minimize the adverse effects of United Nations economic sanctions on innocent populations, to subject such sanctions regimes to regular reviews and to eliminate the adverse effects of sanctions on third parties.
- To strive for the elimination of weapons of mass destruction, particularly nuclear weapons, and to keep all options open for achieving this aim, including the possibility of convening an international conference to identify ways of eliminating nuclear dangers.
- To take concerted action to end illicit traffic in small arms and light weapons, especially by making arms transfers more transparent and supporting regional disarmament measures, taking account of all the recommendations of the forthcoming United Nations Conference on Illicit Trade in Small Arms and Light Weapons.
- To call on all States to consider acceding to the Convention on the Prohibition of the Use, Stockpiling, Production and Transfer of Anti-personnel Mines and

on Their Destruction³, as well as the amended mines protocol to the Convention on conventional weapons⁴.

10. We urge Member States to observe the Olympic Truce, individually and collectively, now and in the future, and to support the International Olympic Committee in its efforts to promote peace and human understanding through sport and the Olympic Ideal.

III. Development and poverty eradication

11. We will spare no effort to free our fellow men, women and children from the abject and dehumanizing conditions of extreme poverty, to which more than a billion of them are currently subjected. We are committed to making the right to development a reality for everyone and to freeing the entire human race from want.
12. We resolve therefore to create an environment – at the national and global levels alike – which is conducive to development and to the elimination of poverty.
13. Success in meeting these objectives depends, *inter alia*, on good governance within each country. It also depends on good governance at the international level and on transparency in the financial, monetary and trading systems. We are committed to an open, equitable, rule-based, predictable and non-discriminatory multilateral trading and financial system.
14. We are concerned about the obstacles developing countries face in mobilizing the resources needed to finance their sustained development. We will therefore make every effort to ensure the success of the High-level International and Intergovernmental Event on Financing for Development, to be held in 2001.
15. We also undertake to address the special needs of the least developed countries. In this context, we welcome the Third United Nations Conference on the Least Developed Countries to be held in May 2001 and will endeavour to ensure its success. We call on the industrialized countries:
 - To adopt, preferably by the time of that Conference, a policy of duty- and quota-free access for essentially all exports from the least developed countries;
 - To implement the enhanced programme of debt relief for the heavily indebted poor countries without further delay and to agree to cancel all official bilateral debts of those countries in return for their making demonstrable commitments to poverty reduction; and

¹ A/55/305-S/2000/809; see *Official Records of the Security Council, Fifty-fifth Year, Supplement for July, August and September 2000*, document S/2000/809.

² A/CONF.183/9.

- To grant more generous development assistance, especially to countries that are genuinely making an effort to apply their resources to poverty reduction.
16. We are also determined to deal comprehensively and effectively with the debt problems of low- and middle-income developing countries, through various national and international measures designed to make their debt sustainable in the long term.
 17. We also resolve to address the special needs of small island developing States, by implementing the Barbados Programme of Action⁵ and the outcome of the twenty-second special session of the General Assembly rapidly and in full. We urge the international community to ensure that, in the development of a vulnerability index, the special needs of small island developing States are taken into account.
 18. We recognize the special needs and problems of the landlocked developing countries, and urge both bilateral and multilateral donors to increase financial and technical assistance to this group of countries to meet their special development needs and to help them overcome the impediments of geography by improving their transit transport systems.
 19. We resolve further:
 - To halve, by the year 2015, the proportion of the world's people whose income is less than one dollar a day and the proportion of people who suffer from hunger and, by the same date, to halve the proportion of people who are unable to reach or to afford safe drinking water.
 - To ensure that, by the same date, children everywhere, boys and girls alike, will be able to complete a full course of primary schooling and that girls and boys will have equal access to all levels of education.
 - By the same date, to have reduced maternal mortality by three quarters, and under-five child mortality by two thirds, of their current rates.
 - To have, by then, halted, and begun to reverse, the spread of HIV/AIDS, the scourge of malaria and other major diseases that afflict humanity.
 - To provide special assistance to children orphaned by HIV/AIDS.
 - By 2020, to have achieved a significant improvement in the lives of at least 100 million slum dwellers as proposed in the "Cities Without Slums" initiative.

³ See CD/1478.

⁴ Amended protocol on prohibitions or restrictions on the use of mines, booby-traps and other devices (CCW/CONF.I/16 (Part I), annex B).

20. We also resolve:

- To promote gender equality and the empowerment of women as effective ways to combat poverty, hunger and disease and to stimulate development that is truly sustainable.
- To develop and implement strategies that give young people everywhere a real chance to find decent and productive work.
- To encourage the pharmaceutical industry to make essential drugs more widely available and affordable by all who need them in developing countries.
- To develop strong partnerships with the private sector and with civil society organizations in pursuit of development and poverty eradication.
- To ensure that the benefits of new technologies, especially information and communication technologies, in conformity with recommendations contained in the ECOSOC 2000 Ministerial Declaration⁶, are available to all.

IV. Protecting our common environment

21. We must spare no effort to free all of humanity, and above all our children and grandchildren, from the threat of living on a planet irredeemably spoilt by human activities, and whose resources would no longer be sufficient for their needs.

22. We reaffirm our support for the principles of sustainable development, including those set out in Agenda 21⁷, agreed upon at the United Nations Conference on Environment and Development.

23. We resolve therefore to adopt in all our environmental actions a new ethic of conservation and stewardship and, as first steps, we resolve:

- To make every effort to ensure the entry into force of the Kyoto Protocol, preferably by the tenth anniversary of the United Nations Conference on Environment and Development in 2002, and to embark on the required reduction in emissions of greenhouse gases.
- To intensify our collective efforts for the management, conservation and sustainable development of all types of forests.
- To press for the full implementation of the Convention on Biological Diversity⁸ and the Convention to Combat Desertification in those Countries Ex-

⁵ Programme of Action for the Sustainable Development of Small Island Developing States (*Report of the Global Conference on the Sustainable Development of Small Island Developing States, Bridgetown, Barbados, 25 April-6 May 1994* (United Nations publication, Sales No. E.94.I.18 and corrigenda), chap. I, resolution 1, annex II).

periencing Serious Drought and/or Desertification, particularly in Africa⁹.

- To stop the unsustainable exploitation of water resources by developing water management strategies at the regional, national and local levels, which promote both equitable access and adequate supplies.
- To intensify cooperation to reduce the number and effects of natural and man-made disasters.
- To ensure free access to information on the human genome sequence.

V. Human rights, democracy and good governance

24. We will spare no effort to promote democracy and strengthen the rule of law, as well as respect for all internationally recognized human rights and fundamental freedoms, including the right to development.

25. We resolve therefore:

- To respect fully and uphold the Universal Declaration of Human Rights¹⁰.
- To strive for the full protection and promotion in all our countries of civil, political, economic, social and cultural rights for all.
- To strengthen the capacity of all our countries to implement the principles and practices of democracy and respect for human rights, including minority rights.
- To combat all forms of violence against women and to implement the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women¹¹.
- To take measures to ensure respect for and protection of the human rights of migrants, migrant workers and their families, to eliminate the increasing acts of racism and xenophobia in many societies and to promote greater harmony and tolerance in all societies.
- To work collectively for more inclusive political processes, allowing genuine participation by all citizens in all our countries.

⁶ E/2000/L.9.

⁷ *Report of the United Nations Conference on Environment and Development, Rio de Janeiro, 3–14 June 1992* (United Nations publication, Sales No. E.93.I.8 and corrigenda), vol. I: *Resolutions adopted by the Conference*, resolution 1, annex II.

- To ensure the freedom of the media to perform their essential role and the right of the public to have access to information.

VI. Protecting the vulnerable

26. We will spare no effort to ensure that children and all civilian populations that suffer disproportionately the consequences of natural disasters, genocide, armed conflicts and other humanitarian emergencies are given every assistance and protection so that they can resume normal life as soon as possible.

We resolve therefore:

- To expand and strengthen the protection of civilians in complex emergencies, in conformity with international humanitarian law.
- To strengthen international cooperation, including burden sharing in, and the coordination of humanitarian assistance to, countries hosting refugees and to help all refugees and displaced persons to return voluntarily to their homes, in safety and dignity and to be smoothly reintegrated into their societies.
- To encourage the ratification and full implementation of the Convention on the Rights of the Child¹² and its optional protocols on the involvement of children in armed conflict and on the sale of children, child prostitution and child pornography¹³.

VII. Meeting the special needs of Africa

27. We will support the consolidation of democracy in Africa and assist Africans in their struggle for lasting peace, poverty eradication and sustainable development, thereby bringing Africa into the mainstream of the world economy.

28. We resolve therefore:

- To give full support to the political and institutional structures of emerging democracies in Africa.
- To encourage and sustain regional and subregional mechanisms for preventing conflict and promoting political stability, and to ensure a reliable flow of resources for peacekeeping operations on the continent.
- To take special measures to address the challenges of poverty eradication and

⁸ See United Nations Environment Programme, *Convention on Biological Diversity* (Environmental Law and Institution Programme Activity Centre), June 1992.

⁹ A/49/84/Add.2, annex, appendix II.

¹⁰ Resolution 217 A (III).

¹¹ Resolution 34/180, annex.

sustainable development in Africa, including debt cancellation, improved market access, enhanced Official Development Assistance and increased flows of Foreign Direct Investment, as well as transfers of technology.

- To help Africa build up its capacity to tackle the spread of the HIV/AIDS pandemic and other infectious diseases.

VIII. Strengthening the United Nations

29. We will spare no effort to make the United Nations a more effective instrument for pursuing all of these priorities: the fight for development for all the peoples of the world, the fight against poverty, ignorance and disease; the fight against injustice; the fight against violence, terror and crime; and the fight against the degradation and destruction of our common home.

30. We resolve therefore:

- To reaffirm the central position of the General Assembly as the chief deliberative, policy-making and representative organ of the United Nations, and to enable it to play that role effectively.
- To intensify our efforts to achieve a comprehensive reform of the Security Council in all its aspects.
- To strengthen further the Economic and Social Council, building on its recent achievements, to help it fulfil the role ascribed to it in the Charter.
- To strengthen the International Court of Justice, in order to ensure justice and the rule of law in international affairs.
- To encourage regular consultations and coordination among the principal organs of the United Nations in pursuit of their functions.
- To ensure that the Organization is provided on a timely and predictable basis with the resources it needs to carry out its mandates.
- To urge the Secretariat to make the best use of those resources, in accordance with clear rules and procedures agreed by the General Assembly, in the interests of all Member States, by adopting the best management practices and technologies available and by concentrating on those tasks that reflect the agreed priorities of Member States.

¹² Resolution 44/25, annex.

¹³ Resolution 54/263, annexes I and II.

- To promote adherence to the Convention on the Safety of United Nations and Associated Personnel¹⁴.
 - To ensure greater policy coherence and better cooperation between the United Nations, its agencies, the Bretton Woods Institutions and the World Trade Organization, as well as other multilateral bodies, with a view to achieving a fully coordinated approach to the problems of peace and development.
 - To strengthen further cooperation between the United Nations and national parliaments through their world organization, the Inter-Parliamentary Union, in various fields, including peace and security, economic and social development, international law and human rights and democracy and gender issues.
 - To give greater opportunities to the private sector, non-governmental organizations and civil society, in general, to contribute to the realization of the Organization's goals and programmes.
31. We request the General Assembly to review on a regular basis the progress made in implementing the provisions of this Declaration, and ask the Secretary-General to issue periodic reports for consideration by the General Assembly and as a basis for further action.
32. We solemnly reaffirm, on this historic occasion, that the United Nations is the indispensable common house of the entire human family, through which we will seek to realize our universal aspirations for peace, cooperation and development. We therefore pledge our unstinting support for these common objectives and our determination to achieve them.

*8th plenary meeting
8 September 2000*

Der Arbeitsstab Globale Fragen im Auswärtigen Amt stellt sich vor:

Der Arbeitsstab wurde im Sommer 1998 im Zuge einer umfassenden Neubewertung der Behandlung von globalen Fragen geschaffen. Er nimmt Grundsatz- und Koordinierungsaufgaben in diesem Themenfeld innerhalb der Abteilung für Globale Fragen, Vereinte Nationen, Menschenrechte und humanitäre Hilfe wahr. Zentrales Projekt des Stabs ist das „Forum Globale Fragen“. Es wurde im April 1999 von Bundesaußenminister Joschka Fischer zusammen mit UNO-Generalsekretär Kofi Annan in Berlin ins Leben gerufen und dient als Plattform für die Vertiefung des Dialogs zwischen Regierung und der Zivilgesellschaft, insbesondere Nichtregierungsorganisationen, zum gesamten Spektrum globaler Probleme. Damit soll es einen Beitrag leisten, die inhaltlichen Zusammenhänge zwischen verschiedenen globalen Fragen mit dem Ziel kohärenter Lösungsansätze herauszuarbeiten.

Dieser neuen Kultur der Kooperation und Vernetzung entsprechend steht der Arbeitsstab interessierten Partnern zum Informations- und Meinungsaustausch gern zur Verfügung. Kommentare zu dieser Broschüre oder anderen Fragen sind willkommen!

Die Koordinaten des Arbeitsstabs:

Leiter: VLR I Hans-Heinrich Wrede, Tel.: 0 18 88/17-19 21

Stv. Leiter: VLR Cord Meier-Klodt, Tel.: 0 18 88/17-19 22

(ab August 2001 VLR Thomas Fitschen)

Sekretariat: Tel.: 0 18 88/17-19 23

Fax-Anschluss: 0 18 88/17-18 85

E-mail-Anschluss: gf09-s@auswaertiges-amt.de

Adresse: Auswärtiges Amt

Arbeitsstab Globale Fragen

Werderscher Markt 1

10117 BERLIN

Auf der Homepage des Auswärtigen Amts (www.auswaertiges-amt.de) wurde unter der Rubrik „Außenpolitik“ eine Seite „VN und Globale Zusammenarbeit“ mit weiteren Informationen eingerichtet.

¹⁴ Resolution 49/59, annex.

Publikationen des Auswärtigen Amts

Das Auswärtige Amt

Das Auswärtige Amt stellt sich vor: Dienst am Bürger. Weltweit. Neuauflage ab Ende April 2001

Info 2001: Adressen von Botschaften, Goethe-Instituten, Auslandshandelskammern usw.

Der höhere Auswärtige Dienst

Der gehobene Auswärtige Dienst

Der mittlere Auswärtige Dienst

Fremdsprachenassistent/in im Auswärtigen Dienst – Neuauflage ab Ende April 2001

Vorbereitung für internationale Einsätze

Training for international missions

Das Haus am Werderschen Markt, Von der Reichsbank zum Auswärtigen Amt (dreisprachige Broschüre: Deutsch, englisch und französisch)

(Schutzgebühr DM 5,-, bitte Scheck beifügen.)

Außenpolitik

„Zeitzeugnisse. Deutsche Außenpolitik von 1870 bis heute“ Katalog zur Ausstellung in der Staatsbibliothek zu Berlin vom 7. 10. bis 30. 10. 1997

(Schutzgebühr DM 10,-, bitte Scheck beifügen, Versand erfolgt unfrei)

Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Dokumente von 1949 bis 1994

(Schutzgebühr DM 10,-, bitte Scheck beifügen, Versand erfolgt unfrei)

Deutsche Außenpolitik nach der Einheit

1990–1993. Eine Dokumentation

(Schutzgebühr DM 10,-, bitte Scheck beifügen, Versand erfolgt unfrei)

Deutsche Außenpolitik 1995

Auf dem Weg zu einer Friedensregelung für Bosnien und Herzegowina: 53 Telegramme aus Dayton (Dokumentation).

(Schutzgebühr DM 10,-, bitte Scheck beifügen, Versand erfolgt unfrei)

Zweites Forum Globale Fragen: 6 Milliarden Menschen – Bevölkerungswachstum als eine zentrale globale Herausforderung

Drittes Forum Globale Fragen: Gleichstellung in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft

Berlin, 8.– 9. Mai 2000

Ostseerat – Deutsche Präsidentschaft 2000–2001

Außenwirtschaftsförderung der Bundesregierung (Faltblatt)

2+4=1 Die internationale Regelung der deutschen Einheit

(Schutzgebühr DM 5,-, bitte Scheck beifügen, Versand erfolgt unfrei)

Vereinte Nationen

25 Years of German Participation in United Nations Peacekeeping Operations

ABC der Vereinten Nationen, Neuauflage ab Mai 2001

Bilaterale Beziehungen

Adressbuch der deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit

Adressbuch der deutsch-italienischen Zusammenarbeit

Europa

Infoset-Europa: beinhaltet Materialien für fächerübergreifenden Unterricht: Videofilm „Spirit of Europe“, Broschüre „Auf dem Weg nach Europa“, Info- und Notenheft Europahymne, Musik-CD Europahymne, Poster „Gute Noten für Europa“, Poster EU-Landkarte, CD-Rom Europaspiel „EuroTOUR“.

Bitte beachten: Aufgrund der beschränkten Auflage bitten wir um Verständnis, dass nur Einzelbestellungen (schriftlich) nachgekommen werden kann, die mit dem Briefkopf der Schule oder Bildungseinrichtung versehen sind.

Sicherheitspolitik

Für eine Welt ohne chemische Waffen

Bericht zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung 1999

Von der KSZE zur OSZE. Grundlagen, Dokumente und Texte zum deutschen Beitrag 1993–1997 (*Schutzgebühr DM 10.–, bitte Scheck beifügen, Versand erfolgt unfrei*)

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union (GASP), Dokumentation, 10. überarbeitete Auflage, 1994

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union (GASP), Dokumentation, 11. überarbeitete Auflage, 1999, Stand Mitte 1998 (*Schutzgebühr DM 10.–, bitte Scheck beifügen, Versand erfolgt unfrei*)

Kulturpolitik

Zukunft der auswärtigen Kulturpolitik

Menschenrechte

5. Menschenrechtsbericht der Bundesregierung

Hilfe im Ausland

Unser Konsulardienst – Hilfe und Service für den Bürger. Weltweit. (Broschüre)

Diese Publikationen können angefordert werden bei:

Auswärtiges Amt

Broschürenstelle

11013 Berlin

Tel.: 0 18 88/ 17-49 90 oder 17-21 31

Fax: 0 18 88/ 17-5 49 90 oder 1 75 21 31

Mit der Bestellung erklären Sie sich damit einverstanden, dass bei Versand von unfreien Publikationen oder von insgesamt mehr als drei Exemplaren

**der Publikationen die Portokosten von Ihnen getragen werden. Falls vergriffen, erfolgt keine besondere Benachrichtigung.
Werden Schutzgebühren erhoben, ist bei der Bestellung ein Eurocheck mit einzusenden.**

Zudem bieten wir Ihnen die Möglichkeit, die Publikationen des Auswärtigen Amts über unsere Internet-Homepage <http://www.auswaertiges-amt.de> zu bestellen. Dort halten wir eine ständig aktualisierte Publikationsliste für Sie bereit. Verschiedene Veröffentlichungen liegen dort auch als PDF-Datei vor.

Als Internet-Nutzer finden Sie auf der Homepage des Auswärtigen Amts Reden und Aussagen des Bundesministers des Auswärtigen zu aktuellen außenpolitischen Fragen, Dokumente zu den Schwerpunkten deutscher Außenpolitik und Originaltexte internationaler Verträge. Sie finden beispielsweise Informationen zum Auswärtigen Dienst, zu Austausch- und Stipendienprogrammen, internationalen Wirtschaftsdaten, nützliche Hinweise für Auslandsreisen und Erläuterungen zu den Hilfsleistungen der deutschen Botschaften und Konsulate.

Beim Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Dorotheenstraße 84; 10117 Berlin, Postanschrift: 11044 Berlin, Tel.: 0 18 88/ 2 72-0; können Sie ebenfalls Informationsmaterial zu außenpolitischen Fragen erhalten.

